FACIT

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Bildungspolitik aus einem Guß
Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus

Marx an die Hochschule

Zur ideologischen Strategie des Imperialismus

Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

25

facit **Nr. 25** **November 1971**

		Seite
	Editorial	1
Steffen Lehndorff	Bildungspolitik aus einem Guß – Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus	3
Uli Bange / Jürgen Büscher	Marx an die Hochschule	17
G. A. Arbatow	Zur ideologischen Strategie des Imperialismus	28
Raimund Teismann	Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam!	43
	Rezensionen	58

Impressum

Verlegt bei: facit e. V.

Herausgeber: Jürgen Büscher, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Christoph Strawe.

Redaktion: Jürgen Büscher (verantwortlich), Klaus Görke, Christof K. Kievenheim, Roland Lang, Steffen Lehndorff, Werner Loch (Geschäftsführer), Gunnar Matthissen, Peter Schöttler.

Redaktionsadresse: facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH, 235 Neumünster, Wendenstraße 4a, Postfach 470.

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementpreis.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Hermann Rühl, Krefeld.

Editorial

Seit facit 1964 als Organ des Kölner SDS entstand, hat es durch seine theoretischen Beiträge im ideologischen Kampf um die Bestimmung einer marxistischen Strategie der westdeutschen Studentenbewegung eine aktive Rolle gespielt. Es wurde daher in zunehmendem Maße zur publizistischen Plattform jener Teile des SDS, die sich an der Theorie von Marx, Engels und Lenin orientierten und den Kampf um hochschulpolitische Veränderung einzuordnen versuchten in die von der Arbeiterklasse geführten Klassenauseinandersetzungen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Nach dem Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS im Herbst 1968 und nachdem die selbständige Organisierung der Marxisten an den Hochschulen zur Tagesaufgabe wurde, hatte facit einen nicht unwesentlichen Anteil an der Entstehung der Assoziation marxistischer Studenten, ihrer konsequenten Weiterentwicklung zum Marxistischen Studentenbund „Spartakus" sowie bei der Ausarbeitung und Vereinheitlichung seiner Strategie und Taktik.

Mit der Konstituierung des MSB SPARTAKUS ist auch facit in ein neues Stadium seiner Entwicklung eingetreten. Diese Tatsache findet ihren Ausdruck in der Veränderung im Herausgeberkreis und in der Redaktion, als auch in der neuen Aufmachung der Zeitschrift.

Die Konstituierung des MSB im Mai 1971 und seine feste Verankerung an den Hochschulen schafft heute auch für facit günstigere Wirkungsbedingungen. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und den Gruppen des MSB wird es die Aufgabe von facit sein, die marxistisch-leninistische Theorie fruchtbar zu machen für den Hochschulkampf, zugleich aber die Interdependenz von Hochschul- und gesamtgesellschaftlichem Klassenkampf zu verdeutlichen und zu analysieren.

Dies impliziert insbesondere die ständige Auseinandersetzung mit bürgerlichen und opportunistischen Auffassungen über die angeblich führende Rolle der Intellektuellen und die Reflektion des möglichen Anteils der Intelligenz am Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Zu einem Zeitpunkt, da es gilt, unter der Losung „Marx an die Hochschule" dem Marxismus seinen legitimen Platz an den Hochschulen zu verschaffen, will facit durch Beiträge marxistischer Wissenschaftler und Studenten verstärkt mithelfen, das Kräfteverhältnis zu verändern und die Angriffe der Reaktion gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte zurückzuweisen.

Die Redaktion

SOZIALISTISCHE POLITIK

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH.
1000 **Berlin 41**
Postfach 270
Postscheckkonto Berlin-West 62010

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

SOPO 11 (Juni 71) Zur politischen Entwicklung und Publikationsstrategie der SOPO / P. Boccara: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, I. Einführung in die Frage des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion / D. Klein: Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsforschung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus / W. Erdmann: Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkswirtschaft der Türkei / Z. Sonkosi: Beschreibung: Der schwarze Südafrikaner / Bericht: Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften, Tagung des IMSF / Projekt Klassenanalyse: Bemerkungen zu H. Reichelt: „Zur ideologischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx" / Projekt Klassenanalyse: Besprechung von M. Mauke: „Die Klassentheorie von Marx und Engels" / V. Gransow: Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus / A. Hauff: Anmerkungen zur Revisionismus-Kritik einer linken Sekte.

SOPO 12 (Juli 71) J. Bischoff: Materielle und geistige Produktion — Sohn-Rethels ‚Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke / W. Roth: Möglichkeiten sozialistischer Politik — Beispiel Italien / V. Gransow: Von „Imperialismus heute" zum „Imperialismus der BRD" / Bericht: Klassenkampf bei August Thyssen / Bericht: I. Gründung des Arbeitskreises „Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", II. Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus / T. Müller, H. Schäfer: Bemerkungen zum Artikel „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" (SOPO 6/7) / L. Peter: Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse / U. Garling, D.v.d.Lühe, W. Schuchardt, E. Witten: Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus / Projekt Klassenanalyse: Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen.

SOPO 13 (Okt. 71) W.M. Breuer: Warenproduktion und Sozialismus / H. Behrens: Das Bildungssystem der DDR — Aspekte seiner Entwicklung und seiner Probleme / L. Peter: Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971 / H. Ley, T. Müller: Technik und Gesellschaftsstruktur / N. A. Aitow: Allgemeines und Besonderes in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder / G. Landwirth: Der bürgerliche Konvertit und sein eigener Revisionismus / V. Gransow: Anstelle einer Besprechung des Buches „Ausgewählte Reden, Aufsätze und Beschlüsse der KPD-Aufbauorganisation / Projekt Klassenanalyse: Besprechung von Lavrov: „Die Pariser Kommune" / A. Sohn-Rethel: Aus Anlaß von J. Bischoff: „Materielle und geistige Produktion in SOPO 12 /

SOPO 14/15 erscheint Anfang Dezember und enthält u. a. Beiträge zu folgenden Themen:
Entwicklung der Klassenverhältnisse in der BRD / Kritik der bürgerlichen Monopoltheorie / Fragen revolutionärer Taktik heute / Gewerkschaftliche Ausbildung Jugendlicher / Klassenkämpfe in Großbritannien / Gewerkschaftsaktionen und Betriebsverfassung in Italien / Lage der Arbeiterklasse und Politik des westdeutschen Kapitals in Südafrika / Kritik am Aufsatz zur „Sozialstaatsillusion" in SOPO 6/7 / Aktuelle Diskussion über Fragen der Mitbestimmung sowie Kurzreferate von Zeitschriftenaufsätzen in marxistischen Zeitschriften.

SOPO 16 erscheint Februar 1972

1971 erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,—, der des Doppelheftes DM 8,—. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,—, der des Doppelheftes DM 6,—. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,—.

Bildungspolitik aus einem Guß

Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus

Steffen Lehndorff

Vorbemerkung

Die gegenwärtige bildungspolitische Szenerie in der Bundesrepublik stellt sich dem flüchtigen Betrachter als ein verwirrendes Durcheinander von Zerstrittenheit und Einigkeit zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition dar. Angesichts des Feldgeschreis der Kontrahenten, in dem sich vor allem die Springer-Presse mit ultrarechten Parolen hervortut, fällt es der gegenwärtigen Bundesregierung zuweilen nicht allzu schwer, gegenüber der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit als Vorkämpferin einer demokratischen, emanzipatorischen und auf Chancengleichheit bedachten Bildungsreform[1]) zu erscheinen. Die fortschrittlichen Hochschulangehörigen brauchen jedoch in den vor uns liegenden Monaten mehr denn je vollständige Klarheit über die Frage, wo die tatsächlichen Gegensätze, und vor allem, wo die Gemeinsamkeiten zwischen den systemtragenden Parteien liegen, damit der Bonner Theaterdonner nicht den beabsichtigten Erfolg zeitigt: die demokratische Bewegung zu verwirren. Nur auf dieser Grundlage können die Aktionen gegen die geplante Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes, für demokratische Lehrinhalte, materiell gesichertes Studium und Mitbestimmung konsequent gegen das Großkapital in der Bundesrepublik gerichtet und die vorhandenen Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise illusionslos für diesen Kampf genützt werden.

Von dieser Überlegung und dieser aktuell-politischen Aufgabenstellung gehen die nachstehenden „Stichpunkte" aus. Sie sind im Rahmen der Tätigkeit zusammengestellt worden, die die Hochschulkommission des Bundesvorstandes des MARXISTISCHEN STUDENTENBUNDES SPARTAKUS nach der Konstituierung des Verbandes aufgenommen hat.

Die „Stichpunkte" geben zunächst einen komprimierten Überblick über die wesentlichen Ursachen der aktuellen bildungspolitischen Entwicklung, nämlich die gesamtstrategische Situation des BRD-Imperialismus zum Zeitpunkt der Einleitung der staatsmonopolistischen Bildungsformierung, sowie die grundlegenden Widersprüche staatsmonopolistischer Bildungsplanung.

Im dritten Abschnitt wird umrissen, welche hauptsächlichen Bewegungsformen dieser Widersprüche, d. h. welche Hauptlinien der Lösung oder partiellen Aufhebung dieser Widersprüche sich gegenwärtig abzeichnen. In den darauf folgenden vier Abschnitten wird ein Überblick über den sich daraus ergebenden gegenwärtigen Stand in der Bildungspolitik auf Bundesebene gegeben, und zwar unterteilt nach den Problemkreisen: Struktur des Bildungswesens, Herrschaftssicherung im Hochschulbereich, Bildungsinhalte, Bildungsfinanzierung.

[1]) Vgl. beispielsweise Klaus von Dohnanyi: Vorrang für die Bildung. In VORWÄRTS, 9. 9. 1971.

Strategische Ausgangslage des Imperialismus der BRD, Mitte der sechziger Jahre

1. Seit Mitte der sechziger Jahre ist die strategische Situation des Imperialismus der BRD zunehmend durch einige neue Momente gekennzeichnet: Unantastbarkeit der sozialistischen Staatengemeinschaft, Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz, erzwungener Übergang zu intensiven Wachstumsstrategien, aufkeimende, elementar-antiimperialistische Opposition.

2. Die angesichts dieser veränderten strategischen Situation notwendig einzuleitende neue Phase der imperialistischen Expansion erforderte eine umfassende „Modernisierung" des staatsmonopolistischen Gesamtsystems. Vordringlich waren die Anpassung der staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismen an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie die Effektivierung des politischen Herrschaftsapparates einschließlich der ideologischen Konzeptionen.
3. Die Tatsache, daß diese Umstellung auf eine neue Expansionsstrategie angesichts eines beträchtlich zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses vorgenommen werden mußte, trug wesentlich zur Entwicklung scharfer Differenzierungsprozesse innerhalb der Monopolbourgeoisie bei. Diese Differenzierungen wurden in spezifischer Weise verstärkt durch partielle Schwächen der Hauptpartei des Monopolkapitals, der CDU/CSU, und der damit zusammenhängenden Regierungsübernahme durch die SPD-Führung.

4. Die Versuche, das imperialistische Herrschaftssystem an das veränderte Kräfteverhältnis anzupassen, decken folgenden grundlegenden Widerspruch auf: Einerseits drängen die objektiven Erfordernisse der Herrschaftssicherung auf eine Verschärfung der politischen Reaktion (ökonomische und politische Machtkonzentration, Labilität der sozialen Basis des Monopolkapitals, die zur Einleitung des neuen Expansionskurses erforderliche Bindung aller politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Potenzen); zugleich wachsen jedoch die der politischen Reaktion entgegenwirkenden Tendenzen (Sozialismus, demokratische und Arbeiterbewegung, soziale Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution). Dieser Widerspruch zwingt sämtliche Richtungen innerhalb der Monopolbourgeoisie, wenn auch mit Nuancierungen in der Methode, zu einer Politik des sozialen und politischen Manövrierens, zur Suche nach neuen Kombinationen der Techniken in der Herrschaftsausübung.

5. Dies tritt vor allem im Zuge der staatsmonopolistischen Formierung des Bildungswesens kraß zutage, die im Rahmen der infrastrukturellen Modernisierungsmaßnahmen eine besondere Begeutung hat: Die mit der fortschreitenden ökonomischen und politischen Machtkonzentration einhergehende Verschärfung des Gegensatzes zwischen körperlicher und geistiger Arbeit bei gleichzeitigem Zwang zur Vergabe geistiger Teilarbeit an nichtmonopolistische Schichten macht das imperialistische Bildungswesen zu einem Brennpunkt der Klassenauseinandersetzungen, in dem auch kleinste Widersprüche mit besonderer politischer Schärfe zutage treten.

Grundlegende Widersprüche der staatsmonopolistischen Bildungsplanung und Bildungspolitik

1. Die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Entwicklung verhindert prinzipiell eine verbindliche, exakte, die Einhaltung der Vorgaben garantierende Planung der kapitalistischen Zukunft. In dem Maße jedoch, wie die Vergesellschaftung der Arbeit fortschreitet, wird die Systemplanung — oder besser: der immer virtuosere Versuch der Systemplanung — zur Entwicklungsbedingung des modernen Kapitalismus. Diese spitzt den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital aufs äußerste zu: die Entwicklung des Systems der Produktivkräfte erfordert und ermöglicht historisch die planmäßige Entwicklung der Hauptproduktivkraft, des Menschen, d. h. die Entfaltung seiner schöpferischen Anlagen und Fähigkeiten. Genau dies ist jedoch unvereinbar mit dem Fortbestehen des überlebten, menschenfeindlichen Imperialismus.
Der Klassenkampf, der Ausdruck dieses Widerspruchs ist, erscheint deshalb der um Planung bemühten Monopolbourgeoisie als ein „Störfaktor", der noch weniger kalkulierbar ist als die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolistischen Interessen.
2. So ergeben sich erhebliche Probleme bei der Aufbereitung zuverlässiger Daten für die Bildungsplanung, die ja als Planung eines Teilsystems integrierender Bestandteil der Planung eines von Gegensätzen zerrissenen Gesamtsystems in Angriff zu nehmen ist. Dieses Problem wiegt um so schwerer, als der Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus immer mehr auf die Entwicklung offensiver gesellschaftlicher Gesamtkonzeptionen angewiesen ist. Wenn den Planungsexperten der Monopolbourgeoisie jedoch geeignete langfristige Zieldaten fehlen, müssen sie sich weitgehend auf kurz- bis mittelfristige Trendextrapolationen beschränken, also auf die Verlängerung des gegenwärtigen Zustands in die Zukunft hinein.[2]) Aus naheliegenden Gründen tragen die Ergebnisse dieser Planungsmethode nicht gerade zur Attraktivität des Imperialismus bei.
3. Vor diesem Hintergrund treten immer wieder einige Probleme der Bildungsökonomie akut zutage, deren Ursache vor allem im Widerspruch zwischen der produktiven und der konsumtiven Seite der Bildungsinvestitionen liegt.
Die Ausweitung des Bildungswesens ist zwar ein notwendiger Bestandteil der staatsmonopolistischen Wachstumsstrategien, verursacht jedoch kurzfristig Entzug von Arbeitskräften und Kosten, die dem monopolkapitalistischen Verwertungsinteresse unmittelbar zuwiderlaufen. Letzteres spielt auch deshalb eine große Rolle, weil die tatsächlichen Wachstumseffekte zum Zeitpunkt der Bildungsinvestition weitgehend unbekannt sind.[3]) Zusätzlich sind die Bildungsinvestitionen, die ja langfristig zu einem stabilen wirtschaftlichen Wachstum beitragen sollen, ständig den kurzfristigen Erfordernissen der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik unterworfen.
4. Diese Widersprüche werden zunächst über den Staatshaushalt wirksam: Einmal zeichnet sich — aufgrund der Ungewißheit über die langfristigen Wachstums-

[2]) Mit diesen Problemen schlagen sich Planungsexperten wie Leussink und Joachimsen (Bundeskanzleramt) in all ihren Veröffentlichungen herum.
[3]) Vgl. Bildungsgesamtplan, 3. Entwurf, IV/3 ff.

effekte der Bildungsausgaben — eine allgemeine Tendenz der relativen Unterinvestition im Bildungswesen ab. Außerdem muß die Bildung im Rahmen des Staatshaushalts mit anderen Ausgabengebieten, beispielsweise anderen Infrastrukturbereichen, konkurrieren, während überproportionale Zuwachsraten im Rüstungsbereich nicht angetastet werden.

5. Diese Widersprüche werden immer wieder zu Lasten der Arbeiterklasse zeitweilig gelöst, z. B. durch Steuererhöhungen, Inflation usw., wodurch jeweils neue Widerspruchsfelder aufgerissen werden.

6. Der Widerspruch von produktiver und konsumtiver Seite der Bildungsinvestitionen drückt sich — und dies ist entscheidend für die gegenwärtigen Formierungsprozesse — auch in den widersprüchlichen Bildungs*konzeptionen* aus.

Einerseits erfordert der Entwicklungsstand der Produktivkräfte objektiv eine Ausbildung, die Grundlagen- und Methodenkenntnisse vermittelt und die Aneignung allgemeinen Wissens mit der Aneignung fachorientierten Wissens integriert. Das heißt: die Bildung muß integrativen Charakter annehmen und zur Disponibilität erziehen. Gleichzeitig muß dazu das Qualifikationsreservoir breitestmöglich erschlossen werden und die Differenzierung des Bildungswesens dem Ziel der Integration und Disponibilität entsprechen.

Das Bildungswesen entwickelt sich jedoch nicht abstrakt aus den Erfordernissen der Produktivkräfte, sondern nur konkret im Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Im Widerspruch zum Erfordernis der integrierten Ausbildung disponibler Arbeitskraft steht das unmittelbare monopolistische Interesse an straffer Spezialisierung und Unterordnung der Ausbildungsinhalte unter die nächstliegenden monopolistischen Verwertungsinteressen, aus dementsprechend möglichst kurzer Ausbildungsdauer, und an der Erhaltung des imperialistischen Herrschaftssystems, also an politischer Unterdrückung. Diese mehr kurzfristigen, aber für das Gesamtsystem des Imperialismus konstitutiven und nicht durch „rationale Planung" überspielbaren Monopolinteressen erzwingen mithin den Drang nach einer eher betriebsnahen Ausbildung. Zwar schließt diese Tendenz ebenfalls eine gewisse quantitative Ausweitung des Bildungsweges ein. Die damit bewirkte relative Ausschöpfung von Bildungsreserven muß jedoch geprägt sein durch Ausleseprinzipien, die dem allgemeinen Bildungsziel — der Erhaltung des Imperialismus — entsprechen. Die von den unmittelbaren Monopolinteressen ausgehende Gegentendenz in der Struktur des Bildungswesens orientiert sich also nicht an Integration und Disponibilität, sondern an Betriebsnähe und Disziplinierung.

7. Dieser Widerspruch, der *allen* staatsmonopolistischen Bildungskonzeptionen zugrunde liegt, hat auch eine ideologische Seite: der Imperialismus ist einerseits zunehmend auf eine partielle Förderung der Kreativität der Werktätigen angewiesen, auf Einbeziehung der Arbeiterklasse in den permanenten staatsmonopolistischen Modernisierungsprozeß durch die Vergabe von Teilfunktionen, und auf die Mobilisierung und Aktivierung der Massen für den Imperialismus durch eine proimperialistische Reideologisierung in Gestalt von neuen Leitbildern. Im gesetzmäßigen Widerspruch dazu steht die Furcht des Imperialismus vor der Politisierung des öffentlichen Lebens, vor dem Umschlagen der „Reform"-bewegungen in eine elementar demokratische Aktion.

Angesichts dieses Widerspruches ergibt sich, gleich welche Komponente stärker betont wird, in jedem Falle die dringende Notwendigkeit der spezifischen Bekämpfung des bewußten Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus.

Gegenwärtige Haupttendenz der partiellen Aufhebung dieser Widersprüche

1. Im Interesse der Konzentration aller Potenzen für den Systemkampf sehen sich die verschiedenen Monopolkräfte und ihre politischen Exponenten zur Zeit gezwungen, kurz- bis mittelfristige Kompromißentscheidungen zu treffen, ohne jedoch einige tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, die nur Ausdruck der Widersprüchlichkeiten staatsmonopolistischer Bildungsplanung sind, grundsätzlich ausräumen zu können.

Die gegenwärtigen Kompromisse sind jedoch kein Stückwerk, sondern sie sind aufeinander abgestimmt und stellen den Versuch einer „Bildungspolitik aus einem Guß" dar, so wie sie der BDI in seinem Jahresbericht 1969/70 formuliert hat: „Abstimmung der Grundkonzeption der industriellen Aus- und Weiterbildung mit dem öffentlichen Schul- und Hochschulwesen."

2. Diese Gesamtkonzeption, die sich schon seit Jahren abzeichnet[4]) und teilweise bereits in Details praktisch verwirklicht wird, schälte sich in den letzten Monaten endgültig in der Auseinandersetzung um den Bildungsgesamtplan (BGP) heraus. Dabei hat, und dies steht stellvertretend für die Widersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie, die CDU/CSU ihre Kritik an der bildungspolitischen Konzeption und an der Vorgehensweise der SPD/FDP-Regierung in der Bundestagsdebatte vom 9. 6. 1971 folgendermaßen zusammengefaßt:

— Die von der Regierungskoalition angestrebten *strukturellen* Reformen seien zum Teil problematisch;

— ein Teil dieser Reformvorhaben sei personell und *finanziell* nicht gesichert;

— es breite sich durch die *Vorgehensweise* der Regierungskoalition ein „Reformismus" aus, der den Weg zu „schrittweise realisierbaren Reformen" erschwere.

3. Als Entwicklungsform der oben beschriebenen Widersprüche staatsmonopolistischer Bildungsplanung entzündet sich also der partielle Gegensatz zwischen den verschiedenen Monopolkräften an strukturellen, finanziellen und herrschaftstechnischen Fragen bei der staatsmonopolistischen Formierung des Bildungswesens. Selbstverständlich sind diese drei Seiten eng miteinander verbunden. Sie werden im folgenden jedoch der einfachen Darstellung halber getrennt voneinander dargestellt.

4. Die Schärfe, die die tagespolitische Auseinandersetzung um diese Fragen teilweise angenommen hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei stets um Widersprüche innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer politischen Exponenten handelt, die durch die gegenwärtigen parlamentarisch-parteipolitischen Konstellationen in der BRD eine besondere Zuspitzung erhalten. Insbesondere die CDU läßt sich immer wieder zu demagogischen Verzerrungen und zu Verabsolutierungen einzelner bildungspolitischer Maßnahmen hinreißen, die den Kern des jeweiligen Streits sehr leicht vernebeln können. Außerdem erlaubt sich die

[4]) u. a. Empfehlungen des Wissenschaftsrates, 1966.

CSU hin und wieder einige taktische Extratouren, die wahrscheinlich als ihr spezifischer Beitrag zur Kanzlerkürung innerhalb der CDU/CSU anzusehen sind.

Struktur des Bildungswesens

A) Elementarbereich

Über die Dringlichkeit des Ausbaus der Kindergarten- und Vorschulerziehung sind sich alle Parteien einig, weil sie eine stärkere Einbeziehung der Frauen in den kapitalistischen Verwertungsprozeß sowie als Lehrer und Erzieher in das Bildungswesen anstreben. Außerdem erfordert die staatsmonopolistische Form der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs spezifische Begabungsförderung in Gestalt der sog. kompensatorischen Erziehung.[5]) Der Ausweitung des Kindergartenwesens und der Vorschulerziehung sind jedoch vorläufig aus Kostengründen Grenzen gesetzt, so daß bis 1985 — entgegen ursprünglichen Planungen — nur Kinder berufstätiger Mütter Anspruch auf einen Ganztagskindergartenplatz haben.

B) Schule

1. Gesamtschule:
Hier gibt es nach wie vor tiefgreifende Differenzen, die eine Einigung auf die Einführung der Gesamtschule als Regelschule bisher unmöglich gemacht haben. Zwar ist die innere Auseinandersetzung zwischen den Parteien bisher vor allem mit finanzpolitischen Argumenten geführt worden, die von seiten der CDU darüber hinaus äußerst demagogisch eingesetzt wurden, jedoch dürfte der Kern des Streits viel eher in den unterschiedlichen Konzeptionen der Herrschaftssicherung und proimperialistischen Mobilisierung im Erziehungswesen begründet liegen. Aus der Unabgeschlossenheit dieser Auseinandersetzung folgt, daß das derzeitige geteilte Schulsystem mittelfristig extrapoliert, quantitativ ausgeweitet, mit schärferem Konkurrenz- und Leistungsdruck durchzogen und „praxisnäher" gestaltet wird.
2. 1985 werden 15—30 % aller Schüler eine Ganztagsschule besuchen.
3. Für den Primarbereich ist im 3. Entwurf des Bildungsgesamtplans für 1975 eine Klassenfrequenz von 35, für 1985 eine Klassenfrequenz von 30 Schülern vorgesehen. Diese Schüler — Klasse-Relation kann bei der vorgesehenen Schüler — Lehrer-Relation (39 bzw. 24) nur durch eine Senkung der Lehrer — Klasse-Relation, also faktisch durch Überstunden für Lehrer, verbessert werden.
4. Auch 1985 wird die Sekundarstufe I nur für 70 % der Schüler mit der Klasse 10 abschließen.

[5]) Die Tatsache, daß die Forderung nach kompensatorischer Erziehung heute noch meistens von fortschrittlicher Seite vorgebracht wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß kompensatorische Erziehung im Rahmen des imperialistischen Bildungswesens und in der Zweckbestimmung durch die imperialistische Bildungsplanung die Funktion der staatsmonopolistischen Brechung des Bildungsprivilegs hat. Ebenso wie andere fortgeschrittene Formierungsmaßnahmen im Bildungswesen (Gesamtschule u. a.) bietet sie natürlich bessere strukturelle Ausgangspositionen für den Kampf um ein demokratisches Bildungswesen, ohne jedoch die demokratischen Veränderungen selber zu implizieren.

5. Der erste Stoß der Absolventen der Sekundarstufe I, das werden 1985 also 30 % aller Schüler sein, wird somit bereits nach 9 Jahren dem dualen Berufsausbildungssystem überantwortet.
6. Der Abschluß der Sekundarstufe I wird nicht automatisch zum Besuch der Sekundarstufe II berechtigen. An dieser Stelle ist also mit ersten Eignungsprüfungen zu rechnen.
7. Für die Sekundarstufe wird eine kombinierte Studien-Berufsberatung vorbereitet. Die Interdisziplinären Beraterteams sollen sich auf Daten der Bundesanstalt für Arbeit und den mit ihr kooperierenden Forschungsinstituten stützen können.[6])
8. Insbesondere im Schulbereich wird die Industrie eine „rationelle Arbeitsteilung" und „enge Kooperation" des öffentlichen mit dem industriellen Bildungswesen verstärkt anstreben.[7])
9. Für den Übergang von der Sekundarstufe II (die zum Teil fachgebunden abschließen soll) zur Hochschule oder Fachhochschule ist mit besonderen Eignungstests zu rechnen. Die zentrale Regulierung des Hochschulzugangs durch die Zentrale Registrierstelle (ZRS) macht ja bereits große Fortschritte.
10. Die Industrie wird sich in Zukunft intensiv darum bemühen, durch attraktive Berufsbilder, Aufstiegschancen und Verdienstmöglichkeiten den Direktübergang vom Abschluß der Sekundarstufe II zur industriellen Aus- und Weiterbildung zu fördern.[8]) Wie aus demselben Jahresbericht hervorgeht, hat der BDI darüber hinaus den weiteren Ausbau der privaten Aus- und Fortbildungseinrichtungen neben dem öffentlichen Bildungswesen angekündigt und eigens dafür ein „Programm zur Intensivierung der Bildungsarbeit der Industrie" anlaufen lassen. Derartige Vorkehrungen leisten ihm am ehesten Gewähr dafür, „daß nicht am Bedarf vorbei ausgebildet wird."[9]) Die dazu erforderliche Abstimmung des industriellen mit dem öffentlichen Bildungswesen soll zum Teil über das staatliche „Institut für Berufsbildungsforschung" vorgenommen werden, dessen Kern mittlerweile die von BDI, BDA und DIHT gemeinsam eingebrachte ehemalige „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung" darstellt.[10])

C) Tertiärer Bereich

1. Integrierte Gesamthochschule:
Zwar bestehen hier ähnliche Differenzen zwischen den systemtragenden Parteien wie im Falle der Gesamtschule, sogar vermutlich aufgrund derselben Erwägungen. Im Gegensatz zur Gesamtschule gelang es jedoch der CDU, die Regierungskoalition zum Verzicht auf die integrierte Gesamthochschule als mittelfristiges Ziel der strukturellen Bildungsreform zu bewegen.[11]) Demgegenüber konnte über die unterschiedlichen Konzeptionen der Lehrerbildung keine Einigung erzielt werden. Daher rührt

[6]) Bildungsgesamtplan, 3. Entwurf, II/G 3.
[7]) Bundesverband der deutschen Industrie. Jahresbericht 1969/70, S. 96.
[8]) ebenda, S. 94.
[9]) Bundesverband der deutschen Industrie. Jahresbericht 1970/71, S. 18.
[10]) ebenda, S. 89, und Jahresbericht 1969/70, S. 97.
[11]) Einige SPD-geführte Landesregierungen halten jedoch nach wie vor am Ziel der integrierten Gesamtschule für ihren Einflußbereich fest.

die zeitweilige Auseinandersetzung (zum Teil als Reflex auf die Auseinandersetzungen um die Schulreform) über die Erhöhung der Lehrerzahlen gemäß den Vorstellungen des ersten Entwurfs des Bildungsgesamtplans, die fast ausschließlich mit Finanzierungsargumenten geführt worden sind. In diesen quantitativen Fragen herrscht jedoch mittlerweile weitgehend Konsensus, seitdem der zweite und dritte Entwurf des Bildungsgesamtplans die Schüler — Lehrer-Relation wieder hinaufgeschraubt hat und seitdem Einvernehmen über die Priorität der naturwissenschaftlichen Lehrerausbildung im Rahmen der Lehrerausbildung überhaupt erzielt werden konnte.

So ergibt sich mittelfristig ein faktischer Konsens über ein herkömmliches tertiäres Bildungswesen mit einer Steigerung der Studienplätze von 458.000 (1960) auf 665.000 (1975) mit straffer, zentralistischer, fachlich-politischer Lenkung, der Teilung in Kurz- und Aufbaustudium, Studienzeitbegrenzung und permanenter sowie intervallmäßiger Leistungskontrollen.

2. Der Warnung des BDI[12]) vor der „Kopflastigkeit" des Bildungswesens und seiner Forderung nach einem großzügigen Ausbau des Fachschul- und Fachhochschulwesens wurde entsprochen. Gemäß Beschluß der Planungskommission nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG), in Übereinstimmung mit dem BGP/3. Entwurf, wird bis 1975 der Anteil der Studienplätze an Fachhochschulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studienplätze (Vergleichszahlen 1969) von 15,6 % auf 20,8 % erhöht.

3. Das Schwergewicht ist auch für den Hochschulbereich auf die Ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer gelegt worden. Der Anteil steigt hier von 22,4 % auf 23,1 %.[13]) Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine Schwerpunktverlagerung auf die Ausbildung von naturwissenschaftlichen Lehrern. Von daher erklärt sich auch die Stagnation des Anteils der Ingenieurstudenten im Hochschulbereich. Die Ingenieurausbildung wird zunehmend in den Fachhochschulbereich und direkt in die Industrie verschoben.

Der BDI hat in seinem neuesten Jahresbericht vorgerechnet, daß gegenwärtig nur die Hälfte des Bedarfs an naturwissenschaftlichen Lehrern ausgebildet wird. Würde dieser Zustand belassen, so fehlte 1980 das Doppelte des heutigen Bestandes an naturwissenschaftlichen und technischen Lehrern.

4. Die dreijährigen Studiengänge, die generell „in der Fortschreibung (der Hochschulrahmenplanung) besonders berücksichtigt werden" sollen,[14]) gewinnen auch in der Lehrerbildung bei weitem das Übergewicht. Während von 1969 bis 1975 der Anteil der Lehrerstudenten in geisteswissenschaftlichen Fächern an der Gesamtstudentenzahl insgesamt von 31,2 % auf 30,2 % sinkt, nimmt der Anteil der PH-Studenten von 15,4 % auf 15,8 % zu. Zusätzlich zur PH wird ja auch ein großer Teil der Lehrerstudenten an Hochschulen dreijährig ausgebildet.

5. Der Anteil der Studenten in staatswissenschaftlichen Fächern (WiSo und Jura) wird verringert. Vor allem in den Wirtschaftswissenschaften ist dies Ergebnis der geplanten Direktüberführung von Sekundar II-Absolventen in die Industrie.

[12]) Jahresbericht 1969/70, S. 94.
[13]) Rahmenplan für den Hochschulbau. Beschluß der Planungskommission/HBFG vom 19. 6. 1971.
[14]) ebenda

6. Der Ärztemangel wird, mit Ausnahme der Zahnmedizin, ungeheuer verschärft. Der Anteil der Humanmedizinstudenten nimmt von 6,9 % auf 5,4 % ab.[15])

7. Das drei- bis vierjährige Studium ist in allen Planungen gemäß den bekannten Vorstellungen als Rezepte-Anwender-Studium festgeschrieben worden: Lehrintensiv, Grundausbildung mit Zwischenprüfung, möglicherweise Intervallprüfungen durch Einführung eines formalen Baukastenprinzips, Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Studienzeitbegrenzung.

8. Die Lenkung der Studieninhalte und Prüfungen erfolgt über zentrale Studienreformkommissionen, unter Umständen mit stimmberechtigter Vertretung von Konzern-„Sachverständigen", über Zentralinstitute für Curricula einschließlich Didaktik und Prüfungsfragen (vgl. das Zentraldidaktik- und Prüfungsfrageninstitut für das Medizinstudium in Mainz).

9. Die Einhaltung der Regelstudienzeit wird, ergänzend zum gesetzlichen Zwang (HRG), durch sog. „Studienbegleitende Beratung" unterstützt. Den materiellen Hebel setzt hier das BAFÖG an.

10. Über den Einsatz des Fernstudiums im Medienverbund (FIM) gibt es noch offene Vorstellungen. Nach CDU-Plänen soll das FIM nicht als Unterrichtshilfe, sondern einseitig als Rationalisierungsinstrument zur Senkung der Zahl der Direktstudenten eingesetzt werden. Die Monopole der Meinungsmanipulierung, allen voran Springer und Bertelsmann, schaffen sich gegenwärtig durch die Monopolisierung der technischen Vorbereitungsmittel die materiellen Bedingungen für eine weitestgehende Teilhabe an der zukünftigen Normierung imperialistischer Bildungsziele.

11. Als Krönung dieses mustergültig offenen und demokratischen Bildungswesens werden schließlich 4 % der Jugendlichen eines jeden Jahrgangs im Rahmen des Aufbaustudiums in den illustren Kreis der „Rezeptemacher" eingeführt.

D) Weiterbildung

1. Über das Konzept eines Systems der Weiterbildung sind sich die systemtragenden Parteien angesichts der Bedeutung, die auch sie dem „lebenslangen Lernen" beimessen, einig geworden. Soweit es sich bis jetzt absehen läßt, ist das beschlossene Konzept der Weiterbildung lückenlos in das auch für die übrigen Bereiche gültige BDI-Konzept eingefügt. So stand noch im ersten Entwurf des Bildungsgesamtplans, der ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, zu lesen: „Lernziele, die in der Weiterbildung effektiver zu erreichen sind, sollen in der ersten Bildungsphase ausgespart werden."[16]) Der der imperialistischen Bildungskonzeption immanente Widerspruch zwischen Disponibilität und Disziplinierung ist durch die Konzeption der engen Verzahnung des industriellen mit dem öffentlichen Weiterbildungswesen und durch die Förderung von Konzernhochschulen partiell aufgehoben, und zwar im Sinne kurzfristiger Profitausrichtung. Schneller moralischer Verschleiß, verschärfte soziale Unsicherheit, Bindung an den jeweiligen Betrieb, — das sind die Konsequenzen.

[15]) ebenda
[16]) Bildungsgesamtplan, 1. Entwurf. II c/8.

2. Sogenannte „nichtöffentliche“ Träger von Weiterbildungseinrichtungen, also vor allem Konzerne, werden zu 50 % vom Staat bezuschußt.
3. Die Inhalte der Weiterbildung werden über Zentralinstitute ohne Mitwirkungsmöglichkeiten für die Betroffenen gelenkt.
4. Der ebenfalls unkontrollierbare Fernunterricht wird voraussichtlich von den FIM-Meinungsmonopolen in Zusammenwirken mit den Zentralinstituten und den größten Trägern von Weiterbildungseinrichtungen perfekt gesteuert.

Herrschaftssicherung im Hochschulbereich

1. Das SPD/FDP-Konzept der Herrschaftssicherung betont stärker als das der CDU die Mitwirkung des einzelnen an der permanenten „Reform der Hochschulen“; es baut teilweise auf die Zukunftsträchtigkeit sozialdemokratischer Leitbilder sowie auf die Wirksamkeit der Reformpropaganda zur Bindung oppositioneller Kräfte. So fordert Hildegard Hamm-Brücher:[17]) „Für uns ist es höchste Zeit, aus der Defensive herauszutreten und die sozialliberale Demokratie aktiv zu legitimieren, unter anderem durch eine Schulreform, die die Chance bietet zur radikalen Veränderung ohne Revolution.“ Dieses Integrationskonzept macht selbst, wenn auch nur in zaghaften Ansätzen, vor einer Differenzierung zwischen im Grunde gutwilligen Spartakisten und „kühl kalkulierenden, auch machtpolitisch bis zum letzten entschlossenen Kommunisten, Stalinisten“ im Spartakus nicht halt (Prof. Lohmar im Bundestag, 9. 6. 1971).
2. Angesichts der unvermeidlichen Labilität des „sozialliberalen“ Integrationskonzepts warnt der BDI vor „der Anwendung des demokratischen Prinzips auf die Hochschule“, ohne daß das Verhältnis zum Leistungsprinzip geklärt sei. Das „Recht auf Bildung“ ziehe eine „Verpflichtung zur Leistung“ nach sich.[18]) Ebenso ruft die CDU (im Bundestag, 9. 6. 1971) dazu auf, durch „Reformismus“ keine „ungerechtfertigten Erwartungen“ zu wecken. Ihre Alternative: ein „realistisches, finanziell abgesichertes und in Stufen zu verwirklichendes Reformprogramm“.
3. Diese Unterschiede zwischen Regierungskoalition und CDU/CSU in methodischen Fragen imperialistischer Herrschaftssicherung kommen in den vier wesentlichen Abweichungen des CDU-Alternativ-Entwurfs für ein Hochschulrahmengesetz vom Regierungsentwurf zum Ausdruck: Sicherung der „Freiheit der Wissenschaft“; präzise Mitwirkungsregelungen; unverhüllte Fachaufsicht des Staates; keine verfaßte Studentenschaft.
4. Angesichts der Labilität des politischen Kräfteverhältnisses, vor allem in Fragen der Bildungsinhalte, haben sämtliche Richtungen in der imperialistischen Bildungspolitik ein direktes Interesse an der Mobilisierung der Rechtskräfte im Hochschulbereich.
5. Im Mittelpunkt der Hochschulformierung müssen perspektivisch Fragen der Konservierung bzw. der imperialistischen Modernisierung reaktionärer Lehrinhalte stehen. Gerade hier gibt es jedoch auf seiten der herrschenden Klasse die größten

[17]) FR, 16. 6. 1971.
[18]) BDI-Jahresbericht 1970/71, S. 84.

Unsicherheiten, so daß eine volle imperialistische Modernisierungsoffensive in inhaltlichen Fragen noch nicht möglich erscheint. Um so wichtiger ist es für den Gegner, durch formale Regelungen und durch die Mobilisierung der Reaktion an den Hochschulen zunächst einmal herrschaftsmäßig vorzubauen, damit im Zuge einer Strukturreform nicht auch Inhalte ins Rutschen kommen.

Ansätze zu einer Neubestimmung imperialistischer Bildungsinhalte

1. Angesichts der relativen Unsicherheit bei der Konzipierung modernisierter Bildungsinhalte, im Rahmen der Taktik des herrschaftsmäßigen Vorbauens, kann und muß der Imperialismus auch gerade in inhaltlichen Fragen an einer Front zum Angriff übergehen: Es zeichnet sich ab, daß die Anstrengungen zur Abschirmung der imperialistischen Hochschulen vor dem Marxismus wesentlich verstärkt werden. Die diesbezüglichen Aktivitäten des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ sowie die Propagandaunterstützung von regierungsamtlicher Seite, die er in seinen Bemühungen erhält, müssen unter zwei Aspekten betrachtet werden:
Einmal im Zusammenhang mit der Taktik der Kriminalisierung der linken Opposition, koordiniert mit ständigen Verbotsdrohungen gegen DKP, Spartakus und SDAJ.
Zum anderen zeigt die Regierungsantwort auf die SPARTAKUS-Anfrage der CDU, daß die Sozialdemokratischen Regierungen im Bündnis mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“[19]) sich die direkte Förderung eines Wissenschaftspluralismus vorbehalten, der zwar Revisionisten, Renegaten, Neomarxologen und „kritische Marxisten“ aller Spielarten einschließt, wirkliche Marxisten jedoch, für die die Einheit von Theorie und Praxis ein Prinzip ist, zu Verfassungsfeinden erklärt.
2. Die relative Schwäche der Monopole in der Modernisierung von Bildungsinhalten hat jetzt der BDI zum Anlaß genommen, auf seiner diesjährigen Jahrestagung anzukündigen, es solle „den Berufsbildern im kommenden Jahr besondere Beachtung geschenkt werden“. Der BDI stellt fest, daß die Erarbeitung von Berufsbildern die „Voraussetzung für eine sinnvolle Bildungsplanung“ ist und wird sich deshalb verstärkt um „Überlegungen zu den qualitativen Anforderungen“ der Bildungsformierung bemühen. Er arbeitet zu diesem Zweck eng mit Institut für sozialökonomische Strukturforschung, Köln, zusammen, das im Auftrag des BMBW Akademikerprognosen und Berufsbildanalysen erstellt.
3. Daß die Monopole Schwächen aufweisen in der Konzipierung von Berufsbildern und Bildungsinhalten, ist gesetzmäßig angesichts des Eigangs beschriebenen Widerspruchs zwischen Disponibilität und Disziplinierung als Bildungsziel. Deshalb ist die Überlegung nicht abwegig, daß auch längerfristig in den Bildungsinhalten selber herrschaftsmäßig vorgebaut werden muß. So zeichnen sich jedenfalls seit einiger Zeit die Konturen einer strukturellen und inhaltlichen Verschränkung der Bildung in der Bundeswehr mit dem gesamten industriellen und öffentlichen Bildungswesen ab.[20]) Neuere Entwicklungen auf diesem Gebiet sind:

[19]) Vgl. die Gründungserklärung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ zum Thema Wissenschaftspluralismus.
[20]) Vgl. dazu Michael Maercks, Bundeswehrhochschulen. facit Nr. 21.

Die von der Ellwein-Kommission vorgelegten Vorschläge zur Einrichtung von zwei Bundeswehrhochschulen sehen eine umfassende Neuordnung der curricula sowie deren permanente Anpassung an die sich wandelnde Berufswelt vor. Nach ergänzenden Auskünften von Ellwein in der Frankfurter Rundschau[21]) könnte diese Reform, da sie schneller als im öffentlichen Hochschulbereich verwirklicht wird, als Modell für die gesamten curricularen Reformen gelten. Helmut Schmidt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die „heute schon gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Akademien der Bundeswehr mit den zivilen Hochschulen und Fachhochschulen" verstärkt werde.[22]) Zugleich fordert er einen höheren Beitrag des Schulwesens zur Wehrertüchtigung (vgl. seine Kontroverse mit Frister). Der BDI verweist in seinem diesjährigen Jahresbericht auf den „regen Gedankenaustausch" zwischen BDI und Verteidigungsministerium über die Bildungsreform innerhalb der Bundeswehr, um den reibungslosen Übergang der Soldaten ins Berufsleben zu gewährleisten. Der BDI verweist darüber hinaus auf gemeinsame praktische Maßnahmen zu diesem Zweck im Bereich der Luftwaffe.[23]) Schließlich soll noch, nur als Indiz, auf das Forschungsprojekt der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung hingewiesen werden, das die „Spiegelung der Situation der Bundesrepublik im Ost-West-Kräfteverhältnis im öffentlichen Bewußtsein und die daraus resultierenden 'Feinbilder' untersucht".

Im Rahmen dieser Analyse soll die „Darstellung von Krieg und Konflikt in Schulbüchern mit dem Ziel untersucht werden, die Voraussetzungen für die Entwicklung von didaktischem Material für die Schulen zu schaffen".[24])

Scheingegensätze in Fragen der Bildungsfinanzierung

1. Die Fragen der Bildungsfinanzierung wurden zunehmend zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien im Bereich der Bildungsformierung. Zum großen Teil handelte es sich jedoch um Scheingefechte, die die Divergenzen in strukturellen bzw. herrschaftstechnischen Fragen (s. o.) verbergen sollten. So haben die Bildungsreformen das Odium des Kostspieligen bekommen, so daß auch Leussink die „eigentlichen Reformen" auf die Zeit nach 1975 unter Verweis auf die mittelfristige Finanzplanung verschieben kann, obwohl die Gründe für diese „Verschiebung" ganz woanders zu suchen sind. Über die tatsächlichen Probleme der Bildungsfinanzierung schweigen sich alle Parteien wohlweislich aus.

2. Leussink selbst hat in der Bundestagsdebatte vom 9. 6. 1971 nachgewiesen, daß die kostenmäßigen Auswirkungen der Formierungsmaßnahmen, so wie sie im BGP/3. Entwurf von der Regierungskoalition ins Auge gefaßt worden sind, im Vergleich zu denen der CDU nicht beträchtlich höher liegen. Für 1975 ergeben sich in jeweiligen Preisen, bei einem Gesamtbildungsetat von 51 Milliarden DM, Kosten für strukturelle Reformen in Höhe von 3,9 Millionen DM. Eine Verwirklichung der

[21]) FR, 5. 8. 1971.
[22]) VORWÄRTS, 21. 5. 1971.
[23]) BDI-Jahresbericht 1970/71, S. 128.
[24]) Die WELT, 9. 8. 1971.

Alternativvorstellungen der CDU würde dementsprechend 1975 nur 1,6 Milliarden DM einsparen.[25])

Diese Angaben Leussinks sind von der CDU stillschweigend bestätigt worden (vgl. den Beitrag von Martin in derselben Debatte). Der Differenzbetrag zwischen beiden Parteien dürfte durch die seither erfolgte Einigung in der Bund-Länder-Kommission über den Zwischenbericht eher noch weiter zusammengeschmolzen sein.[26])

Daraus ergibt sich der Schluß, daß der Löwenanteil der Aufwendungen für das Bildungswesen nicht durch die strukturellen Reformen verursacht wird, sondern durch die quantitative Ausweitung des Bildungswesens. Deshalb wirken sich die relativen Unterinvestionen bzw. die Verknappung der Mittel für Bildung sehr direkt auf die materielle Ausbildungs- und Berufssituation aus (soziale Unsicherheit während des Studiums, Lehrmittel- und Lehrkräfteknappheit usw.; Lehrermangel in der Grundschule, irrsinniger Streß für Krankenhausärzte bei schlechten Arbeitsbedingungen usw.).

3. Die eigentliche Lücke in der Bildungsfinanzierung liegt nicht im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, sondern in den Länderhaushalten. Leussinks Versuche, auch einen wachsenden Teil der laufenden Hochschulkosten aus dem Bundeshaushalt zu bezahlen (vgl. die Mifrifi 1970—74 und den Vorschlag zur Einrichtung einer „Planungsreserve"), um damit die Rolle der zentralen Staatsgewalt in der staatsmonopolistischen Bildungsformierung beschleunigt zu stärken, sind vorläufig aus konjunkturpolitischen Gründen abgeblockt worden. So bleibt den Ländern die Aufgabe, 1975 im Vergleich zu 1970 für Bildung die zusätzliche Summe von 20 Milliarden DM aufzubringen.[27])

4. Die gegenwärtigen Prioritäten in der staatlichen Haushaltspolitik vorausgesetzt, spricht alles dafür, daß die fehlenden Mittel durch eine bedeutend höhere Beteiligung der Länder am Mehrwertsteueraufkommen bereitgestellt werden, was wiederum die Bundesregierung dazu zwingen wird, sich die ihr dadurch verlorengegangenen Mittel durch drastische Steuererhöhungen, vor allem der Mehrwertsteuer, zu beschaffen. Diese Steuererhöhungen müssen aller Voraussicht nach über die bereits von der Bundesregierung für 1972 beschlossenen hinausgehen, schon allein deshalb, weil die gewonnenen Mehreinnahmen zu großen Teilen für andere Infrastrukturaufgaben, vor allem jedoch im Rüstungssektor verwendet werden dürften.[28])

Schlußbemerkung:

Die gegenwärtige Etappe der Formierung des Hochschulwesens zeichnet sich dadurch aus, daß die drei Seiten des Formierungsprozesses enger als früher miteinander gekoppelt sind:

[25]) Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht der Sitzung vom 9. 6. 1971. Im Interesse besserer Vergleichbarkeit haben wir Leussinks Zahlenangaben auf das Niveau von jeweiligen Preisen umgerechnet.
[26]) FR, 12. 8. 1971.
[27]) FR, 26. 5. 1971.
[28]) Vgl. zu diesem gesamten Komplex die detaillierten Angaben in: ROTE BLÄTTER, Heft 1/1971.

— materielle Unsicherheit der Studenten, Kurzstudium usw.;
— verschärfte Propagierung imperialistischer Bildungsinhalte, speziell wachsende Tendenzen in Richtung Militarisierung und besonders aufmerksamer und intensiver Kampf gegen den Marxismus;
— Einengung der politischen Bewegungsmöglichkeiten fortschrittlicher Kräfte im Hochschulbereich: Berufungsskandale, Anti-MSB-Kampagne, erneute Gefährdung der Organe der verfaßten Studentenschaft.
Diese Entwicklung vollzieht sich auf dem Boden des zunehmenden ökonomischen (Steuern, Lohndiktat) und politischen (Verbotsdrohungen gegen die DKP) Drucks gegen die Arbeiterklasse.
Dies erzwingt und ermöglicht, noch einsichtiger und eindringlicher die Einheit der Forderungen nach materiell gesichertem Studium, nach demokratischen Lehrinhalten einschließlich der Verankerung des Marxismus sowie nach Mitbestimmung zu propagieren, und zugleich, diesen Kampf enger als bisher an der Seite der Arbeiterklasse zu führen.
Die Beschlüsse des Bundesvorstandes des MARXISTISCHEN STUDENTENBUNDES SPARTAKUS über den Hochschulkampf im Wintersemester 1971/72 orientieren sich an diesen Anforderungen.

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie
An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich.....Expl. von rote blätter Nr.....
☐ Hiermit abonniere ich.....Expl. rote blätter ab Nr.....

Name..... Anschrift.....

Unterschrift.....

Marx an die Hochschule

Mit Beginn des Wintersemesters 71/72 zeigt sich, daß die Hochschulpolitik der herrschenden Kräfte in der BRD in eine verfahrene Lage geraten ist. Das Formierungswerk, an dem sie schon seit Jahren zimmern, ist sehr viel weniger stabil geraten als die imperialistischen Bildungsplaner es konzipiert hatten. Immer klarer wird sichtbar, daß die entscheidenden Fragen in der Bildungs- und Hochschulpolitik zurückgestellt werden; an ihre Stelle treten sogenannte „praktische Schritte" und „Sofortprogramme".
Der Grund: Unter den gegebenen und von der SPD-Führung nicht in Frage gestellten Prioritäten im staatsmonopolistischen Bundeshaushalt ist die Bildungsplanung der SPD finanziell nicht durchführbar. Zusätzlich warfen die staatsmonopolistischen Strukturreformen im Bildungswesen, die mit der spezifischen SPD-Reformideologie durchgesetzt werden sollten, aus der Sicht wesentlicher Monopolkräfte nicht akzeptable Herrschaftssicherungsprobleme auf. So konnte es der CDU gelingen, die langfristig konzipierte, einheitliche Bildungsreform und die ihr entsprechende Reformideologie der SPD zu zerstören. Der jetzt weitgehend erzielte Kompromiß entspricht den Zielen der Monopolbourgeoisie, weil eine geplante Ausweitung des Bildungswesens — v. a. in besonders vernachlässigten Bereichen wie Math., Nat.-, Ingenieur- und Lehrerausbildung — vorgenommen wird, gleichzeitig aber wesentliche strukturelle Veränderungen aufgeschoben werden. Damit wird verhindert, daß mit zu weitgehenden Veränderungen der Herrschaftsstrukturen auch die gesamten Herrschaftsinhalte ins Rutschen kommen. Daraus erklärt sich auch die Angst der CDU/CSU, die mit der SPD-Ideologie geförderte Reformwelle könnte die „Dämme des Kapitalismus überfluten".
Diese imperialistische Bildungspolitik bedeutet Politik auf dem Rücken der Arbeiterkinder, denen der Zugang zur Hochschulausbildung mehrheitlich nach wie vor versagt bleibt, auf dem Rücken der Studenten, deren soziale Lage und Studienbedingungen sich weiter verschlechtern, auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, die die finanziellen Lasten dieser Politik tragen muß.
Die demokratischen und sozialistischen Studenten in der Bundesrepublik haben den Kampf gegen die Hochschulpolitik der Herrschenden aufgenommen. Seit am 21. Mai 1971 der MSB Spartakus sich als Bundesverband konstituierte, nahmen die Angriffe systematische Formen an und wurden auf den SPARTAKUS konzentriert.
Hier zeigte sich ein weiteres Mal die Taktik des Gegners: um eine demokratische Bewegung zu liquidieren, wird ihr konsequentester Teil bekämpft, werden ihre konsequentesten Vertreter zur öffentlichen Zielscheibe gemacht. Eben diese Taktik ist mit der monatelangen Kampagne gegen SPARTAKUS und bei den Einstellungsverweigerungen gegen Prof. Holzer in Bremen, gegen K. H. Henne und andere Lehrer mit Hilfe der bürgerlichen Presse angewendet worden.
Mittelpunkt aller dieser Angriffe ist die Losung des SPARTAKUS: „Marx an die Hochschule": eine für den SPARTAKUS zentrale Losung seiner Hochschulpolitik.

Es ist daher unbedingt notwendig, den Inhalt von „Marx an die Hochschule" genau zu erfassen, zu sagen, was damit erreicht werden soll, mit und gegen welche Kräfte diese Losung durchgesetzt werden soll.

Im Hauptreferat auf dem Bundeskongreß heißt es: „So kämpfen wir für marxistische Fachveranstaltungen mit politischen Argumenten, so ergibt sich die Notwendigkeit, die Methode und die Prinzipien des Marxismus, die Erkenntnis des Wissenschaftlichen Sozialismus aus erster Hand von Marxisten selber zu erfahren. Machen wir den Kampf für die Verankerung des Marxismus an der bürgerlichen Universität zum Instrument zur Verdrängung aller Formen von Vernichtungswissenschaft, denn es gibt keine Koexistenz von bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft an einer Hochschule. So wird dieser Kampf ein Mittel, um Studenten für die Erringung von Mitbestimmungsrechten zu gewinnen, Prüfungs- und Studienordnungen anzugreifen, die imperialistische Bildungsplanung mitsamt ihres Netzwerkes von Gesetzen und Rahmenbestimmungen zu enthüllen. Dann werden wir die Studenten davon überzeugen können, daß der Marxismus als einzige Wissenschaft ihnen den Weg der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung und Betätigung im Beruf weist, ihren spezifischen Beitrag im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Marx muß nicht aus pluralistischen Symmetriegründen an die Hochschule geholt werden, — „Marx an die Hochschule" — liegt im unmittelbaren und politischen und sozialen Interesse der meisten Studenten."

Diese Sätze zeigen klar, daß mit „Marx an die Hochschule" nicht irgendeine inhaltliche Alternative innerhalb der Studienreform gefordert wird. Vielmehr werden mit dem institutionalisierten Marxismus, wie er von Marxisten vorgetragen und verteidigt wird, gleichzeitig immer auch Fragen aufgeworfen und beantwortet, die die Studenten in die Lage bringen, besser den sozialen und politischen Zusammenhang kennenzulernen, in dem sie stehen; sie lernen von da ausgehend, wie und in welche Richtung sie sich in ihrem späteren Beruf gewerkschaftlich und politisch betätigen müssen, daß sie für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten müssen. Damit aber greift der Marxismus an der Hochschule die dort monopolisierte bürgerliche Wissenschaft an ihrer schwächsten Stelle an: wo sie nämlich zu verbergen sucht, daß sie Wissenschaft, Forschung und Ausbildung immer stärker im Dienste der Monopolbourgeoisie betreibt und ganze Systeme von Rechtfertigungsideologien für den Imperialismus hervorbringen muß, um die ihr zugedachte Funktion erfüllen zu können.

Die bürgerliche Wissenschaft ist nicht neutral. Sie kämpft gegen jede Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Klasse in der BRD zur Geltung bringen will. Sie kämpft verbissen gegen den real existierenden Sozialismus als einer Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung der Wenigen über die Vielen abgeschafft ist, in der die Arbeiterklasse die führende Kraft in Gesellschaft und Staat geworden ist. Dagegen stellt sie immer offensichtlicher die Instrumente bereit, mit denen die Herrschaft des Imperialismus abgesichert und seine Apologie glaubhaft gemacht werden soll.

Der Marxismus an der Hochschule durchbricht diese Mauer der Heucheleien. Notwendig aber und darum Kampfaufgabe wird die Losung erst deshalb, weil sie im sozialen und politischen Interesse nicht nur der Studenten liegt. Denn eine Ausbildung, die dem entwickelten Stand der Produktivkräfte entspricht, die finanziell abgesichert ist und sich an den Lebensfragen der ganzen Gesellschaft und ihres fortschrittlichsten Teils der Arbeiterklasse orientiert, kann nur erreicht werden, wenn eine grundsätzlich andere Politik gemacht wird in der BRD; wenn die Rüstung nicht Milliarden verschlingt, die in anderen infrastrukturellen Bereichen dringend gebraucht werden; wenn Rüstung und Militarisierung nicht weiterhin eine Politik verhindern, für die die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung Geltung haben. Es widerspräche der Politik des Imperialismus, eine gute Ausbildung, gegen Militarismus und Revanchismus und mit gesicherter Berufsperspektive bieten zu wollen. Der Marxismus an der Hochschule macht diese Zusammenhänge deutlich.

Auf dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist es sehr begreiflich, warum die Herrschenden erbittert dagegen kämpfen, daß der Marxismus an den Hochschulen Fuß faßt. Diese allgemeine Krise des Gesellschaftssystems, die in der fortschreitenden Zersetzung und Schwächung nicht nur seiner ökonomischen und politischen, sondern auch seiner ideologischen Grundlagen zutage tritt, soll durch die bürgerliche Wissenschaft repariert werden. Dagegen muß alles, was das brüchige ideologische System des Imperialismus auseinanderbricht, als eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Ideologie und Praxis der Arbeiterklasse verstanden werden. Jede Verunsicherung, jedes Zerschlagen des Monopolanspruches der bürgerlichen Ideologie, jeder Schritt, den Marxismus dort zu institutionalisieren, wo der Kampf zwischen bürgerlicher und marxistischer Ideologie und Wissenschaft ausgetragen wird, ist ein Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses. Jeder kleine Fortschritt in diesem Sinne trifft darum immer wieder den Kern im ideologischen Klassenkampf.

Die Aufmerksamkeit der Herrschenden richtet sich allerdings in der gegenwärtigen Auseinandersetzung besonders auf die Folgen, die der Marxismus an der Hochschule haben würde. Denn überall dort, wo der Marxismus die Massen ergriffen hat, wo er revolutionäre Veränderungen vorzubereiten hilft, wo er Waffe im Klassenkampf wird, da wird er diffamiert als Glaubensersatz, wird er als totalitär verschrien und seine Propagandisten für Feinde der Verfassung erklärt. Die Herrschenden befürchten, daß von Marxisten an der Hochschule, die nicht Marxologen sind, eine Wirksamkeit ausgeht, die sich massenhaft ausbreitet; sie müssen dies um so mehr fürchten, als er die Wissenschaft ist, die im Interesse der Massen, der arbeitenden Bevölkerung, ausgearbeitet worden ist.

Diejenigen Gruppierungen in der BRD, die das „Sozialistische Studium aufbauen" wollen, rücken, ob sie es wollen oder nicht, an die Peripherie des ideologischen Klassenkampfes. Ihre Losung geht am Kern der Auseinandersetzung vorbei, weil sie nicht an den ideologischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der Masse der Studenten anknüpft; erst dann läßt sich dagegen ein erfolgreicher Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft führen, wenn der Marxismus an der Hochschule auch institutionell verankert ist, wenn die Masse der Studenten, und nicht nur die

sozialistischen Studenten, dafür sich einzusetzen bereit ist. Darum kann das „Sozialistische Studium" vielleicht auf der Tagesordnung einer Roten Zelle stehen, nicht jedoch die zentrale Lösung einer marxistischen Studentenorganisation sein; denn die Hochschulen der BRD werden solange bürgerliche Hochschulen bleiben, wie die Monopolbourgeoisie die herrschende Klasse in der BRD ist. Uli Bange

Das Verhalten der herrschenden Klasse wird von der Furcht bestimmt, vom Marxismus hoffnungslos in die Defensive gedrängt zu werden. Überflüssig zu sagen, daß im Mittelpunkt der Angriffe dabei der sog. „Dogmatische" Marxismus steht, der, wenn er den Anspruch nicht aufgibt, wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, Anleitung zum Handeln im Klassenkampf zu sein, zusätzlich noch mit der Vokabel „Vulgärmarxismus" belegt wird.

Gegen alle Spielarten revisionistischer Marxismusverfälschung hingegen hat die herrschende Klasse nichts einzuwenden. Die Funktion dieses „verbesserten Marxismus" läuft darauf hinaus, die bürgerliche Ideologie im Kampf gegen den Sozialismus zu unterstützen. Deshalb betont die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Spartakus-Anfrage der CDU/CSU ausdrücklich, daß die Behauptung falsch sei, der Marxismus könne nur von Marxisten unverfälscht dargestellt werden. Die Taktik der Bourgeoisie beschrieb Lenin als den Versuch, den Marxismus „ . . . , durch Milde zu töten, ihn in der Umarmung zu ersticken . . . Man will vom Marxismus alles nehmen, was für die liberale Bourgeoisie annehmbar ist, . . . und will „nur" die lebendige Seele des Marxismus, „nur" sein revolutionäres Wesen beiseite werfen." (Lenin, Werke, 21, S. 216.)

Und da weder SPARTAKUS noch die DKP der Bourgeoisie diesen Gefallen tun, richtet sich der Angriff in erster Linie gegen diese Organisationen, gegen jedes ihrer Mitglieder.

Daß die Bourgeoisie dabei in ihren Methoden nicht gerade wählerisch ist, zeigt der Fall des Soziologen Prof. Horst Holzer. Der Bremer Senat scheute sich nicht, einen Verfassungsbruch zu begehen, um Horst Holzer, Mitglied der DKP, von der Universität Bremen fernzuhalten. Einzige Begründung: Die DKP „steht voll auf der Linie Lenins". Das sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Und der frühere Innenminister Ernst Benda (CDU) möchte eine Neuauflage der Adenauerschen Blitzgesetze durchsetzen: „DKP- oder Spartakus-Mitglieder sind im öffentlichen Dienst untragbar. Soweit die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht ausreichen sollten, sind sie zu schaffen oder zu ergänzen." (Die WELT, 25. 9. 1971.) Der Versuch, Marx von den Hochschulen fernzuhalten, wird nicht nur durch die Methode des Verfassungsbruchs oder durch administrative Maßnahmen vorangetrieben, sondern auch durch die Methode der Verleumdung und Verfälschung von „Marx an die Hochschule". So behauptet die WELT am 3. 6. 1971, „Marx an die Hochschule" sei gleichbedeutend mit der Entfernung bürgerlicher Wissenschaftler von den Universitäten. Spartakus erhebe einen Monopolanspruch für marxistische Wissenschaftler

und wolle diesen Monopolanspruch mit undemokratischen, ja sogar terroristischen Mitteln durchsetzen.

Die Methode ist alt, die Heuchelei perfekt. Fehlen die Argumente für eine angebliche Verfassungsfeindlichkeit des SPARTAKUS, so verschafft man sie sich eben selbst, indem man die Politik des Marxistischen Studentenbundes verfälscht. Das Kalkül der Herrschenden: Niemand wird es dann noch wagen, Kritik zu üben, wenn die Bundesregierung mit einem Verbot des SPARTAKUS droht oder Länderregierungen sich weigern, Mitglieder des SPARTAKUS als Lehrer einzustellen, wie der rheinland-pfälzische Kultusminister Vogel im Fall der EWH-Absolventin Marion Nürnberg. Durch die Politik der Verbotsdrohungen und Verleumdungen soll der SPARTAKUS von der Masse der Studenten und von fortschrittlichen Professoren und Assistenten isoliert werden. Das damit gleichzeitig die gesamte demokratische Bewegung an den Hochschulen getroffen werden soll, wird immer wieder deutlich, so wenn das „Handelsblatt" schreibt, der SPARTAKUS müsse vor allem fürchten, daß die Hochschulgesetze zuungunsten der jetzigen studentischen Stimmrechte geändert würden. Das ist doch wohl nichts anderes als eine Aufforderung, die demokratischen Rechte der gesamten Studentenschaft einzuschränken, um damit Spartakus zu treffen. So hält es „Die WELT" für untragbar, daß in Regensburg (eine Universität, an der es keine SPARTAKUS-Gruppe gibt) „durch demokratische Wahlen legitimiert, eine Mehrheit von Studenten und Assistenten „Grundkurse in marxistischer Indoktrination" fordert. Im gleichen Artikel entlarvt sich die WELT vollends, wenn sie den SPARTAKUS mit dem „NS-Studentenbund" vergleicht. Waren es 1933 noch die wenigen marxistischen Dozenten, die zuerst von den Universitäten verwiesen wurden, gefolgt von fortschrittlichen bürgerlichen Wissenschaftlern, denen der Haß der Faschisten ebenso galt wie ihren marxistischen Kollegen.

Während in Wirklichkeit also alles getan wird, um zu verhindern, daß die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterklasse ihren legitimen Platz an den Hochschulen erhält, ist es um so einfacher, in der Öffentlichkeit vom Wissenschaftspluralismus zu reden. Nicht die Marxisten fürchten die theoretische Auseinandersetzung, sondern die herrschende Klasse, die alles tut, um das Monopol der bürgerlichen Ideologie an den Hochschulen aufrechtzuerhalten. Für den SPARTAKUS hingegen geht es mit „Marx an die Hochschule" nicht um die Durchsetzung eines Monopolanspruchs für den Marxismus. „Unter den spätkapitalistischen Bedingungen in unserem Lande kann es keinen von der bürgerlichen Herrschaft und Ideologie befreiten Wissenschaftsbetrieb geben. Das stellen wir in Rechnung." (Interview der Deutschen Volkszeitung mit dem Vorsitzenden des SPARTAKUS, Christoph Strawe.) Die Revolution aber wird nicht an den Hochschulen gemacht. „Eine Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse kann nur Folge des umfassenden politischen Kampfes der Massen sein, deren führende Kraft nicht die Intellektuellen, sondern die Arbeiterklasse ist." (ebenda) Bei der Durchsetzung ihres Monopolanspruchs arbeitet die herrschende Klasse in der BRD eng zusammen mit den reaktionären Kräften vom „Bund Freiheit der Wissenschaft", deren Vertreter „Schwarze Listen" unter ihren Mitglieder kursieren lassen. Geistige Freiheit, das heißt für die Monopolbourgeoisien immer Freiheit für den Antikommunismus, für die psychologische Kriegsführung, gegen den real existierenden Sozialismus, heißt

Freiheit für die Manipulation der arbeitenden Massen im eigenen Land. Die herrschende Klasse hat aus der Wissenschaft ein Instrument gemacht, das ausschließlich auf die Erhaltung ihres Herrschaftssystems und seiner Machtstruktur ausgerichtet ist. Alle progressiven Ansätze an den Hochschulen, die sich nicht diesem Zweck unterwerfen, seien sie ihrem Inhalt nach marxistisch oder fortschrittlich-demokratisch, gelten als unbequem und werden, wenn möglich, ausgeschaltet. Dem offiziell geforderten Pluralismus sind also Grenzen gesetzt. Die engen Grenzen des Klasseninteresses der Monopolbourgeoisie. Da die Marxisten davon überzeugt sind, daß die Lehren von Marx, Engels und Lenin, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, in der theoretischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie den Sieg davontragen werden, ist für sie der Pluralismus kein Schreckgespenst. Woher rührt diese Sicherheit, die oft als dogmatische Intoleranz und Besserwisserei verleumdet wird, warum fürchtet die herrschende Klasse die theoretische Auseinandersetzung mit dem Marxismus?

Die Ideen, Gedanken und Anschauungen existieren nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Basis. So schrieb Marx: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende, materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht." (Marx/Engels, Werke, Bd. 3, S. 46.)

Und im „Manifest" rufen Marx und Engels der bürgerlichen Klasse zu: „Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie Euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse." (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1970, S. 62.)

Unter Ideologie verstehen wir das System der gesellschaftlichen Anschauungen, die immer bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck bringen. So ist die bürgerliche Ideologie die Gesamtheit der gesellschaftlichen Anschauungen der bürgerlichen Klasse, die die historisch gesellschaftliche Lage der bürgerlichen Klasse und ihre Interessen zum Ausdruck bringt. Zum Bereich des ideologischen Überbaus der Gesellschaft gehören auch die Wissenschaften. Das gilt insbesondere für die Gesellschaftswissenschaften, die einen ausgeprägten Klassencharakter besitzen. Die naturwissenschaftlichen und mathematischen Wissenschaften hingegen tragen, insofern sie Naturgesetze widerspiegeln, die unabhängig vom Subjekt, seinen Zielen und Interessen existieren, keinen solchen Klassencharakter. Jedoch haben jene Bereiche der Naturwissenschaften, die sich mit allgemein theoretischen Fragen philosophischen Charakters beschäftigen, ideologischen und deshalb Klassencharakter. Aus diesem Grunde rechnet Lenin diese Bereiche auch zur Ideologie. (Natürlich besitzt die Wissenschaft auch eine materielle Seite, da sie immer mehr direkt und unmittelbar in die Produktionstätigkeit, die praktische Tätigkeit der Menschen eingeht.)

Die herrschende Klasse versucht, die Klassengebundenheit und die daraus resultierende Parteilichkeit der Ideologie zu leugnen. „Die interessierte Vorstellung, worin ihr eure Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftsgesetze umwandelt, teilt ihr mit allen untergegangenen herrschenden Klassen." (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O. S. 62.)

Galt für die Periode, in der die bürgerliche Klasse noch Träger des gesellschaftlichen Fortschritts war, daß „der denkende Verstand als alleiniger Maßstab an alles angelegt wurde", daß der „Aberglaube, das Unrecht, das Privilegium und die Unterdrückung verdrängt werden (sollte) durch die ewige Wahrheit, die ewige Gerechtigkeit, die in der Natur begründete Gleichheit und die unveräußerlichen Menschenrechte" (Friedrich Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, 190), so änderte die bürgerliche Ideologie ihren Charakter mit der vollendeten Herausbildung der bürgerlichen Klassengesellschaft. In dem Maße, wie sich die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse als Hemmnis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte erwiesen, dient die bürgerliche Ideologie dazu, die überlebte Herrschaft der Bourgeoisie zu verteidigen. Die Ideologie wird ebenso wie die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse zum Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung.

In dem gleichen Maße wächst auch das Bedürfnis, die Parteilichkeit der bürgerlichen Ideologie zu leugnen, ihre Klassenbasis zu verschleiern und den Schein der Unabhängigkeit der Ideologie zu festigen und zu bewahren. Diese Verschleierung ist notwendig, damit die bürgerliche Ideologie ihren Zweck erfüllen kann, die arbeitenden Massen vom Kampf für eine sozialistische Gesellschaft abzuhalten. Doch Parteilichkeit ist nicht gleich Parteilichkeit. Diejenige der reaktionären Klassen richtet sich gegen die notwendige Objektivität der Wissenschaft, besonders dann, wenn es um die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen geht. Eine reaktionäre Klasse und ihre Theoretiker geraten unvermeidlich in Konflikt mit der Wirklichkeit. Ihr Klasseninteresse ist mit der objektiven wissenschaftlichen Forschung nicht mehr vereinbar. „Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung trat das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik." (MEW 23, S. 21.)

Das schrieb Marx bereits im Jahre 1872. Ohne Zweifel hat sich diese Tendenz zur Apologetik mit der Herausbildung des Imperialismus einerseits und dem Entstehen eines sozialistischen Lagers andererseits noch weiter verstärkt. Die Interessen der Arbeiterklasse jedoch stimmen mit der Entwicklung der Gesellschaft überein.

Die Arbeiterklasse ist mit der fortgeschrittensten Form der Produktion verbunden. Sie braucht die wissenschaftliche Erkenntnis über die Entwicklungsgesetze der Natur und der menschlichen Gesellschaft, um als Subjekt der revolutionären Veränderung der alten Gesellschaft und des Aufbaus der neuen sozialistischen Ordnung handeln zu können. Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse ist eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg, eine wahrhaft menschliche Gesellschaft. Während „alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern (suchten), indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen, (können) die Proletarier- . . . die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören." (Marx/Engels, Manifest, S. 56.)

Die Parteinahme für die Interessen der Arbeiterklasse ist gleichbedeutend mit der Parteinahme für den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt. Die Parteinahme für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse fällt mit der wissenschaftlichen Objektivität in eins. Deshalb sprechen wir vom Marxismus-Leninismus als der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse und stellen sie der unwissenschaftlichen Ideologie der Bourgeoisie gegenüber. Während die Parteilichkeit der bürgerlichen Ideologie zur Entstellung der wissenschaftlichen Wahrheit führt oder jedenfalls zu einem Hindernis für ihre volle Entfaltung geworden ist, haften der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse keinerlei Schranken an. „Im Gegenteil, je unbefangener und rücksichtsloser die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiterklasse." (Marx/Engels, Werke, 21, S. 307.)

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung zwischen Marxismus und bürgerlicher Ideologie an den Hochschulen würde zum Nachteil der bürgerlichen Ideologie ausgehen, wenn der Marxismus seinen legitimen Platz an den Universitäten erhielte. Diese Entwicklung fürchten die Herrschenden, sie fürchten, daß die Zahl der Studenten steigt, die über die theoretische Beschäftigung mit dem Marxismus zu Teilnehmern des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse werden. Deshalb die Hetze gegen SPARTAKUS und „Marx an die Hochschule", deshalb wird zum Mittel des Verfassungsbruchs wie im Falle Holzer und Marion Nürnberg gegriffen.

Zur Verfälschung der SPARTAKUS-Politik gehört auch der Versuch, den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, SPARTAKUS lehne den Kampf um friedliche Koexistenz ab oder sei nur verbal für friedliche Koexistenz, da diese Koexistenz den ideologischen Bereich ausklammere. Die unausgesprochene Forderung, die dahinter steht, lautet: Friedliche Koexistenz ist nur dann zu befürworten, wenn die Marxisten damit den Verzicht auf die ideologische Auseinandersetzung verbinden. Die Forderung „Marx an die Hochschule" wird für unvereinbar mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz erklärt. Dieses Argument ist keinesfalls neu, es wird nur immer wieder neu aufgewärmt, so auch vom Kommunistenjäger und ehemaligen Geheimdienstchef Gehlen, der in seinen Memoiren die Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie von den sozialistischen Ländern vorangetrieben wird, mit dem „Argument" in Mißkredit zu bringen versucht, die Kommunisten seien nicht bereit, auf den ideologischen Kampf zu verzichten, ja würden sogar von einer Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung sprechen. Das alles dient der Absicht, davon abzuleken, daß die Politik der friedlichen Koexistenz, die den Kampf um den Frieden zum Inhalt hat, eine politische Plattform von solcher Breite bildet, daß sich alle am Frieden interessierten Kräfte, ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit und der Differenzen ihrer politischen und ideologischen Positionen, auf ihr formieren können.

Den Imperialismus zu zwingen, auf den Krieg als Mittel seiner Politik zu verzichten, erfordert nicht nur den politischen Kampf der Arbeiterklasse und der Volkskräfte eines jeden kapitalistischen Landes gegen die herrschende Monopolbourgeoisie, die den Krieg als Mittel zur Zurückdrängung des Sozialismus und zur Unterwerfung der Völker, die ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft haben, keineswegs ausschließt, sondern auch den ideologischen Kampf gegen Antikommunismus, Revanchismus

und Völkerhaß, die gegen die friedliche Koexistenz gerichtet sind. Für „Marx an die Hochschule", für die Demokratisierung der Lehrinhalte überhaupt, gilt es in erster Linie den Kampf zu führen gegen diese reaktionärsten Spielarten der bürgerlichen Ideologie, die den Charakter der psychologischen Kriegsführung gegen den Sozialismus tragen.

Der Kampf der Ideen, die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Einschätzung dieser oder jener Erscheinung der Wirklichkeit, um die Vorzüge und Mängel von Gesellschaftsordnungen ist eine Sache. Eine solche Auseinandersetzung kann und wird nicht — führt man sie in den entsprechenden Formen —, und sei die Diskussion noch so scharf — den Frieden und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Mächten stören. Ebenso schließt eine solche Auseinandersetzung keineswegs den gemeinsamen Kampf um die Durchsetzung von gemeinsamen Interessen aus.

Ein Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, hieße, sich Ausbeutung und Unterdrückung zu unterwerfen. Ebensowenig wie der Klassenkampf in einer Klassengesellschaft „abgeschafft" werden kann, so lassen sich die Ideologien der sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen versöhnen —, trotz aller Versuche der Ideologen der herrschenden Klasse, in dieser Frage durch Predigen von Klassenversöhnung und Partnerschaft voranzukommen. In manchen Ländern, wie im faschistischen Spanien, versucht man die Dinge zu lösen, indem man den Klassenkampf und die Lehre vom Klassenkampf per Gesetz einfach verbietet. Aber auch dort ließe sich das Problem für die Herrschenden nicht lösen. „Die sozialistische Ideologie dient als wissenschaftliche Begründung für die Gesetzmäßigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und deswegen kann sie mit der bürgerlichen Ideologie nicht friedlich koexistieren. Die revolutionäre und die reaktionäre Weltanschauung miteinander zu versöhnen, ist ebenso unmöglich wie Feuer und Wasser, Tag und Nacht zu vereinigen." (Leninismus und die Gegenwart, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970, S. 148.) In „Was tun?" betont Lenin „ . . . so kann die Frage nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht. Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie." Die Verbreitung des Marxismus, der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie ist eine Form des Klassenkampfes neben der politischen und ökonomischen. In dieser Auseinandersetzung ist es für die Marxisten von großer Bedeutung, die neuen Tendenzen in der Bekämpfung des Marxismus zu beachten. Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die wachsende Attraktivität des Marxismus zwingen den Imperialismus auch in der ideologischen Auseinandersetzung zur Anpassung. Das Neue besteht darin, daß die offene, unverhüllte Bekämpfung des wissenschaftlichen Sozialismus allein nicht mehr ausreicht, sondern auch mit der Parole seiner angeblichen Verbesserung gearbeitet wird. Marx wird gegen Lenin, der „junge" Marx gegen den „alten" ausgespielt und mit einem derart verfälschten Marxismus gegen das sozialistische Weltsystem und gegen die marxistischen Kräfte im eigenen Lande argumentiert. Die Auseinandersetzung

mit der immer größer werdenden Zahl der Marxologen und Kreml-Astrologen ist Bestandteil der Kampagne „Marx an die Hochschule".

Mit der Kampagne gegen die Politik von „Marx an die Hochschule" soll insbesondere der gemeinsame Kampf von fortschrittlichen Dozenten und Studenten für eine demokratische Hochschule getroffen werden. Dabei verkündet die bürgerliche Presse eine Unvereinbarkeitserklärung nach der anderen. War es eben noch die Unvereinbarkeit von friedlicher Koexistenz und ideologischem Kampf, so ist es jetzt die Unvereinbarkeit zwischen dem gemeinsamen Kampf aller progressiven Gruppen und der theoretischen Diskussion ideologischer Differenzen. Weiterhin wird argumentiert, „Marx an die Hochschule" sei gleichbedeutend mit der Absicht des SPARTAKUS, nicht-marxistischen Kräften seine ideologischen Positionen aufzuzwingen. SPARTAKUS hat demgegenüber immer wieder betont, daß er sich als einigende Kraft an den Hochschulen versteht. Für den gemeinsamen Kampf von Professoren, Assistenten und Studenten gegen die Unterordnung von Wissenschaft und Ausbildung unter die Profitinteressen des Großkapitals gibt es keinerlei ideologische Bedingungen, die vom SPARTAKUS aufgestellt würden und die andere Gruppen zu akzeptieren hätten. Von den Folgen der imperialistischen Bildungspolitik, von unzureichender Ausbildungsförderung, von numerus clausus, von der Bildungsplanung, die jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist, von den katastrophalen Studienbedingungen sind nicht nur Marxisten betroffen, sondern die Mehrheit der Studenten, der Assistenten und Professoren. Deshalb besteht ein objektives gemeinsames Interesse an der Änderung der bestehenden Verhältnisse. Soziale Verbesserungen, Mitbestimmung, eine umfassende Demokratisierung des Hochschulwesens können nur im gemeinsamen Kampf gegen die Formierung der Bildungspolitik der Monopole und ihres Staates durchgesetzt werden. Die Diskussion ideologischer Meinungsverschiedenheiten und gemeinsamer Kampf schließen sich dabei keineswegs aus, wie auch die Praxis an den Hochschulen beweist. Die Verfälschung der SPARTAKUS-Politik, die jetzt mit allen Mitteln vorangetriebene Isolierung der Marxisten ist deshalb als Versuch zu werten, eine Aktionseinheit der progressiven Kräfte an den Hochschulen zu verhindern, um so die demokratische Bewegung insgesamt zu schwächen. Desto mehr kommt es darauf an, die Politik „Marx an die Uni" gegen alle Angriffe zu verteidigen und weiter voranzutreiben.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung beweist, daß „Marx an die Hochschule" eine Forderung ist, die den Marxisten aus den theoretischen Debattierclubs in den Mittelpunkt des politischen Kampfes stellt. „Marx an die Hochschule" vereinigt den ideologischen mit dem politischen Kampf, demonstriert, daß der Marxismus die Wissenschaft ist, die den Weg zur revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft zeigt. Mit „Marx an die Hochschule" beachtet der SPARTAKUS den Hinweis Lenins: „Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus den kommunistischen Broschüren und Werken geschöpfte Bücherwissen über den Kommunismus keinen Pfifferling wert, denn es würde nur die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis neu aufreißen . . ." (Lenin, Werke, 31, S. 274)

„Marx an die Hochschule" hat nichts gemeinsam mit elitärer Überheblichkeit, mit „unerträglicher Arroganz" gegenüber der bürgerlichen Wissenschaft oder mit dem Herunterbeten auswendig gelernter Parolen. „Marx an die Hochschule" ist die

Entwicklung marxistischer Alternativen, konkret bezogen auf jedes Fach, jede Vorlesung, jedes Seminar. Das erfordert die Aneignung der Erkenntnisse der bürgerlichen Wissenschaft und erlaubt keine Beschränkung der theoretischen Arbeit auf den Erwerb marxistischer Grundkenntnisse. „Ihr habt davon gelesen und gehört, wie die kommunistische Theorie, die kommunistische Wissenschaft, die in der Hauptsache von Marx geschaffen worden ist — wie diese Lehre des Marxismus aufgehört hat, das Werk eines einzelnen, wenn auch genialen Sozialisten des 19. Jahrhunderts zu sein, wie diese Lehre zur Lehre von Millionen und Abermillionen Proletariern in der ganzen Welt geworden ist, die diese Lehre in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus anwenden. Und wenn ihr die Frage stellt, wie es möglich war, daß die Lehre von Marx Millionen und Abermillionen Herzen der revolutionärsten Klasse ergreifen konnte, so kann es darauf nur eine Antwort geben: Das war deshalb möglich, weil Marx sich auf das feste Fundament des menschlichen Wissens stützte, das unter dem Kapitalismus errungen worden war; indem Marx die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erforschte, erkannte er die Unvermeidlichkeit der Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus und, was die Hauptsache ist, er erbrachte den Beweis dafür, allein aufgrund des exaktesten, gründlichsten und tiefsten Studiums dieser kapitalistischen Gesellschaft, Dank der völligen Beherrschung alles dessen, was die frühere Wissenschaft zu bieten hatte. Alles, was von der menschlichen Gesellschaft geschaffen worden war, hat Marx kritisch verarbeitet und nicht einen Punkt unbeachtet gelassen. Alles, was das menschliche Denken hervorgebracht hat, hat er umgearbeitet, der Kritik unterworfen, an der Arbeiterbewegung überprüft und dann jene Schlußfolgerungen gezogen, die die in den bürgerlichen Rahmen eingezwängten oder an bürgerliche Vorurteile gefesselten Menschen nicht zu ziehen vermochten." (Lenin, Werke, 31, S. 276)

Jürgen Büscher

K. NEELSEN

Wirtschaftsgeschichte der BRD

Ein Grundriß

Etwa 400 Seiten - Kunstleder - 19,80 DM - Erscheint im Oktober

Bestellen Sie bitte bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN
DDR - 108 Berlin **Postfach 1216**

Zur ideologischen Strategie des Imperialismus

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus einem Buch, das unter dem Titel „Ideologischer Kampf und gegenwärtige internationale Beziehungen, Doktrin, Methoden und Organisation der außenpolitischen Propaganda des Imperialismus" 1970 in Moskau erschien und dessen deutsche Ausgabe vom Dietz Verlag vorbereitet wird. Der Autor, Genosse G. A. Arbatow, Doktor der historischen Wissenschaften, ist Direktor des Instituts für Fragen der USA an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Er wurde auf dem XXIV. Parteitag zum Mitglied der Zentralen Revisionskommission des ZK der KPdSU gewählt.

Noch nie gab es eine Epoche, die sich durch so tiefe und umfassende Veränderungen ausgezeichnet hätte, wie die unsere. Das ist gesetzmäßig, denn ihr Inhalt ist die grundlegendste Umwälzung, die es je in der Geschichte gab: der Übergang von einer jahrtausendealten Herrschaft von Ausbeuterklassen zum Sozialismus und Kommunismus, von der Vorgeschichte der Menschheit zu ihrer wahren Geschichte. Die schnellen und grundlegenden Veränderungen erfassen alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, sie bringen eine Vielzahl neuer Erscheinungen hervor. Zu ihnen gehört auch das qualitative Wachstum des ideologischen Kampfes in den internationalen Beziehungen.

Der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus

Die neue Rolle, die der ideologische Kampf in den internationalen Beziehungen zu spielen begann, hängt in erster Linie mit der Spaltung der Welt in zwei Systeme zusammen. Dieses große historische Ereignis bestimmt das Wesen des Hauptwiderspruchs, des Hauptkonflikts in den internationalen Beziehungen für unsere gesamte Epoche.

Der antagonistische Charakter des Hauptwiderspruchs in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen legt durchaus nicht die Erscheinungs- und Lösungsformen dieses Widerspruchs von vornherein fest. Insbesondere macht er es keineswegs unausweichlich, daß die internationalen Konflikte häufiger als früher in schärferer Form auftreten oder in größerem Maße Mittel der Gewalt zur Anwendung kommen müßten. Jene Formen des internationalen Kampfes der Staaten, die extreme Gewaltmittel wie Kriege, Okkupationen, Annexionen, Kolonialisierung usw. einschließen, wurden von einer Gesellschaftsordnung hervorgebracht und sanktioniert, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und Ausbeutung beruht. Das bestätigt überzeugend die gesamte Geschichte der internationalen Beziehungen einschließlich der Geschichte der beiden Weltkriege. Gleichzeitig hat sich aber mit dem Auftreten des Sozialismus die Möglichkeit, Kriege

zu verhindern, Aggression und Kolonialismus entgegenzutreten, gewaltig erweitert. Hier stoßen wir auf eines der grundlegenden theoretischen und politischen Probleme der gegenwärtigen internationalen Beziehungen — die Frage nach Inhalt und Form des historisch unvermeidlichen Kampfes der beiden Weltsysteme. Die einzig fruchtbare Lösung dieses Problems ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, wie es von den sozialistischen Staaten aufgestellt wurde.

Das Auftreten des Widerspruchs zwischen den zwei Grundklassen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung als Hauptwiderspruch auch der internationalen Beziehungen bedeutete einen tiefen Umschwung in diesen Beziehungen. Zu den neuen Erscheinungen gehört eben insbesondere deren „Ideologisierung". Und es ist völlig verständlich, daß in dem Moment, da der Zusammenstoß und der Kampf zweier feindlicher Klassen in diesen Beziehungen bestimmend wurden, die Ideologie eine neue Bedeutung erlangte, denn von da an wurden die internationalen Beziehungen zu einem Gebiet nicht nur des ökonomischen und politischen, sondern auch des ideologischen Klassenkampfes. In der Außenpolitik trafen nunmehr zwei Klassen aufeinander, von denen jede ihre Ideologie und ihre Vorstellungen von der Welt, der Politik und allen wichtigen sozialen Problemen hat. Mit anderen Worten: Mit der Spaltung der Welt in zwei Systeme werden auch die internationalen Beziehungen zur Arena des Zusammenstoßes der *zwei entgegengesetzten Klassenideologien.*

Damit wird aber der ideologische Kampf keineswegs zur Hauptursache der Auseinandersetzungen, Zusammenstöße und Konflikte in der Welt. Er ist eine Form des Klassenkampfes in den internationalen Beziehungen, und zwar eine wichtige, besonders im Zusammenhang damit, daß gerade im Bereich der Ideologie der Klassenkampf in der Welt und der Klassenkampf im Innern der Gesellschaft außerordentlich eng miteinander verflochten sind. Damit wird der ideologische Klassenkampf ein bedeutsamer Faktor in der Außenpolitik.

Eine andere wichtige Ursache dafür, daß der ideologische Kampf zu einem untrennbaren und sehr wesentlichen Aspekt der internationalen Beziehungen wurde, ist der wachsende Einfluß breiter Volksmassen auf die Außenpolitik. Diese Tatsache, erstmalig von den Marxisten-Leninisten festgestellt, erlangt auch unter bürgerlichen Wissenschaftlern immer mehr Anerkennung. Das ist selbstverständlich von dem Versuch begleitet, die Ursachen dieser Erscheinung in ihrem Sinne zu erklären.

Eine entscheidende Rolle spielte das Auftreten einer prinzipiell neuen Außenpolitik und Diplomatie, die der sozialistischen Länder, die nicht nur die Interessen und den Willen breitester Volksmassen der ganzen Welt zum Ausdruck bringen, sondern sich auch bewußt das Ziel stellen, den Einfluß der werktätigen Massen auf die internationalen Beziehungen allseitig zu erweitern.

Große Bedeutung hat ferner, daß, besonders nach dem zweiten Weltkrieg, auch in den kapitalistischen Ländern ungeachtet der Konzentration der Macht in den Händen der Monopolbourgeoisie Bedingungen entstanden sind, die größere Möglichkeiten des Kampfes der werktätigen Massen für ihre außenpolitischen Interessen und Forderungen eröffnet haben. Schließlich ist die Entwicklung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu einem selbständigen staatlichen und politischen Leben voll in Gang gekommen.

Eine der Besonderheiten unserer Epoche – der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus – besteht darin, daß auch die internationalen Beziehungen in gewisser Weise einen *Übergangscharakter* annehmen. Die internationalen Beziehungen bieten heute ein außerordentlich kompliziertes Bild: Elemente des Alten, des Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachten Beziehungen zwischen den Völkern, und des Neuen, des Sozialismus mit seinen neuen internationalen Beziehungen, Elemente der traditionellen Außenpolitik der Ausbeuterklassen und -staaten und der außenpolitischen Tätigkeit der sozialistischen Staaten und der von der Arbeiterklasse geführten werktätigen Massen liegen im Widerstreit und wirken aufeinander ein.

Das Ausmaß des Kampfes der Werktätigen hängt neben den realen Möglichkeiten, auf die Politik einzuwirken, auch davon ab, in welchem Maße die breite Masse an der Lösung außenpolitischer Probleme interessiert ist. Denn es ist klar, daß die Werktätigen, selbst wenn sie über große Möglichkeiten verfügen, den Unterdrückern Widerstand entgegenzusetzen, diese nur für solche außenpolitischen Forderungen einsetzen, die ihre grundlegenden Interessen wirklich berühren. Und ein zweites Moment: Um zu kämpfen, müssen die Massen nicht nur objektiv an der Lösung dieser oder jener außenpolitischen Frage interessiert sein, sondern sich ihrer Interessen auch *bewußt werden*. In der Vergangenheit ist es mehr als einmal vorgekommen, daß die Werktätigen passive Beobachter der Ereignisse blieben, eben weil sie sich der Bedeutung oder der Folgen der außenpolitischen Aktionen der Unterdrückerstaaten nicht bewußt waren.

Das Bestreben, eine thermonukleare Weltkatastrophe zu verhindern, ist ein Motiv des Kampfes der Massen, das äußerst aktive politische Aktionen einschließlich (unter bestimmten Bedingungen) der Revolution auszulösen vermag. Die Bedrohung der physischen Existenz ganzer Völker schafft in dieser Hinsicht kein geringeres revolutionäres Potential als es Not, politische Rechtlosigkeit und nationale Unterdrückung hervorbringen – Erscheinungen, die bisher Millionen von Werktätigen zum revolutionären Kampf bewegt haben. Es ist möglich, daß diese neuen Momente der gegenwärtigen politischen Situation von den Werktätigen selbst wie von den Regierenden in den imperialistischen Ländern noch nicht bis zu Ende erkannt worden sind, aber sie beginnen, als Faktoren von sich reden zu machen, die die imperialistischen Kreise zügeln, sie zum Manövrieren

zwingen und dergestalt einen spürbaren Einfluß auf die internationale Lage ausüben.

Die Diplomatie der sozialistischen Länder

Als die Arbeiterklasse, bewaffnet mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung, die es ermöglicht, das Wesen der innen- und außenpolitischen Erscheinungen richtig zu verstehen, die historische Bühne betrat, wurde es möglich, die Mauer von Geheimnissen, Lügen, Illusionen und Vorurteilen zu durchbrechen, die solange die Volksmassen von den Realitäten der internationalen Beziehungen getrennt hatte. Die organisierte Arbeiterbewegung sah immer eine ihrer Pflichten darin, der Arbeiterklasse zu helfen, die Geheimnisse der internationalen Politik beherrschen zu lernen. Besondere Bedeutung erlangte dies im Zusammenhang mit den verbrecherischen Kriegen, die von den Imperialisten vorbereitet und vom Zaune gebrochen wurden. Die Entlarvung der Pläne zur Vorbereitung solcher Kriege, das Auftreten gegen die militaristische Propaganda wurde zu einer großen eigenständigen Aufgabe der Arbeiterparteien, ihrer politischen und ideologischen Tätigkeit.

Solange die Arbeiterklasse nicht wenigstens eines Landes ihre eigene Außenpolitik, ihre eigene Diplomatie hatte, fiel es den Werktätigen äußerst schwer, in die internationalen Angelegenheiten einzudringen, um wirksam auf die außenpolitische Tätigkeit der Regierung Einfluß zu nehmen. Die Lage änderte sich grundlegend, als der erste sozialistische Staat entstand, der eine neue, die sozialistische Diplomatie schuf.

Diese Diplomatie schließt natürlich politische Geheimnisse nicht aus. Unter den Bedingungen des Kampfes gegen den Imperialismus darf man dem Feind seine Pläne, Vorhaben und taktischen Züge nicht offenbaren. Die offene Diplomatie beginnt dort, wo die grundlegenden politischen Ziele des Staates, das Wesen der Außenpolitik so sind, daß man sie vor den Völkern nicht geheimzuhalten braucht, daß umgekehrt die Völker, die werktätigen Massen in Kenntnis dieser Ziele sie nicht nur moralisch, sondern durch ihren aktiven Kampf unterstützen. Das macht die offene Diplomatie zu einer Waffe, die nicht für jede Politik, nicht für jede Gesellschaftsordnung geeignet ist. Sie ist in höchstem Maße ein parteiliches politisches Instrument, das nur einer solchen Politik zuverlässig dienen kann, die die Interessen der breiten werktätigen Massen vertritt.

Die offene Diplomatie entstand als die einzig mögliche Diplomatie der neuen Gesellschaftsordnung, einer Gesellschaftsordnung, deren tiefste Interessen von den werktätigen Massen des eigenen Landes und der ganzen Welt geteilt werden. Eine solche Gesellschaftsordnung ist nicht daran interessiert, ihre außenpolitischen Ziele und Schritte vor den Massen zu verstecken.

Der Imperialismus angesichts der „Krise des Vertrauens"

Die Interessen der Monopole bestehen in der Verstärkung der Ausbeutung der Werktätigen und der politischen Unterdrückung, in der Einschränkung der Demokratie und der Beseitigung des Widerstandes gegen ihre reaktionären und aggressiven politischen Pläne. Diese Interessen werden in bestimmten Ideen der herrschenden Klasse widergespiegelt. Das ganze System der politischen Ansichten des Imperialismus dient der Begründung seines „Rechts" auf Herrschaft, auf Verstärkung der Einmischung in alle Gesellschaftsbereiche der Staaten, die den Monopolen unterworfen sind, auf Manipulierung der Massen und Desinformation der öffentlichen Meinung.

Aber diese Ideen erweisen sich als ungeeignet, wenn sie sich an die Gesellschaft wenden, wenn sie versuchen, vor dem Volk ihren „Anspruch" auf Herrschaft zu begründen. In dieser Beziehung sind in unserer Epoche entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Diese sind nicht nur damit verbunden, daß die Interessen der Bourgeoisie immer mehr zu den Interessen der anderen Klassen und sozialen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft in Widerspruch geraten. Es geht darum, daß sich die geistigen Positionen der Arbeiterklasse und des Weltsozialismus gefestigt haben. Das heißt nicht, daß schon die Mehrheit der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft von den Ideen des Marxismus-Leninismus erfaßt ist; diese Aufgabe ist in den kapitalistischen Ländern bei weitem nicht gelöst. Aber es bedeutet, daß bestimmte Ideen der Weltanschauung des Sozialismus tiefe Wurzeln geschlagen haben, die Massen bewegen und ihnen helfen, ihre eigenen Interessen besser zu erkennen.

Diese unwiderruflichen Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein machen die Ideen der imperialistischen Bourgeoisie als Waffe im Kampf um die Hirne der Massen unbrauchbar. Daher auch die eigenartige Lage, daß der Imperialismus im weltweiten Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen gezwungen ist, unter fremder Flagge aufzutreten, unter Losungen, die entweder seinem Klassengegner entwendet oder bei den bürgerlich-demokratischen Vorläufern entlehnt wurden. Das ist eine der Grundlagen der Strategie der gegenwärtigen imperialistischen Bourgeoisie in der ideologischen Auseinandersetzung.

Ausdruck im geistigen Leben der bürgerlichen Gesellschaft findet auch die Tatsache, daß die imperialistische Bourgeoisie unter dem Druck der Siege des Sozialismus in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, dem Druck des Klassenkampfes der Arbeiterklasse immer häufiger gezwungen ist, zu manövrieren und Zugeständnisse zu machen. Dabei handelt es sich keineswegs darum, daß der Imperialismus tatsächlich diese oder jene sozialistische Idee annehmen würde. Aber die politische Taktik einzelner Zugeständnisse, der „Heilung" der offensichtlichsten Schwären der kapitalistischen Gesellschaftsordnung widerspiegelt sich

zweifellos in bestimmten Ideen. Denn: Greift die herrschende Klasse unter dem Druck des Klassenkampfes der Werktätigen zu einzelnen Reformen, so erweist es sich als schwierig, die offizielle ideologische Doktrin in der früheren Form aufrechtzuerhalten; sie ist daher gezwungen, diese Doktrin der Taktik der Reformen anzupassen. Das gleiche betrifft auch die Zugeständnisse in der Außenpolitik und in vielen anderen Gebieten.

Natürlich ist dabei die Taktik der Zugeständnisse selbst wie auch deren ideologische Widerspiegelung Gegenstand der Auseinandersetzung der monopolistischen Bourgeoisie. Diese ist in verschiedene Gruppierungen gespalten, die jeweils ihre eigenen Vorstellungen haben. In diesem Sinne gibt es innerhalb der herrschenden Klasse ideologische Auseinandersetzungen, die die politischen fortsetzen und in deren Verlauf die Fragen der Taktik, der konkreteren Richtungen der Politik usw. entschieden werden.

Zur Strategie und Taktik der imperialistischen Politik und Propaganda

Die marxistisch-leninistische Theorie verwirft sowohl rechtsopportunistisches wie auch sektiererisch-dogmatisches Herangehen an die Analyse des Imperialismus und seiner Politik. Sie verpflichtet, an die neuen Erscheinungen und Probleme des Lebens, darunter an das Problem der Differenzierungen innerhalb der gegenwärtigen Bourgeoisie, mit größter Aufmerksamkeit heranzugehen.

Aus der ganzen Vielfalt, die das Bild der gegenwärtigen bürgerlichen Politik bietet, sollen zwei Linien herausgegliedert werden, von denen man im großen und ganzen sagen kann, daß sie grundlegend sind. Die eine Linie ist die der extremen Reaktion, der aggressivsten Kreise des Imperialismus, die vor allem auf die Gewalt setzen und für den Frontalangriff auf den Sozialismus eintreten. Das Wesen dieser Linie ist offensichtlich. Komplizierter ist es mit der anderen politischen Linie, die im Kampf um die Klasseninteressen der Bourgeoisie auch Umgehungsmanöver, Zugeständnisse, Kompromisse usw. vorsieht. Hier können allein schon die Bezeichnungen ihrer Anhänger („Gemäßigte", „Liberale" usw.) in die Irre führen. Wenn man auch den *taktischen* Charakter der Unterschiede zwischen diesen politischen Linien unterstreichen muß, darf man dennoch Tiefe und Bedeutung dieser Unterschiede keinesfalls verkleinern.

Betrachtet man beide Taktiken in ihrer Entwicklung und berücksichtigt die bestimmenden Tendenzen des Klassenkampfes, so kann man den Schluß ziehen, daß die eine mehr das Bestreben bestimmter Gruppierungen des Imperialismus zum Ausdruck bringt, in einer neuen historischen Situation mit alten Methoden zu handeln, während die andere durch das Bestreben diktiert ist, neue Wege des Kampfes zu suchen, die den Bedingungen der heutigen und möglicherweise der morgigen historischen Etappen mehr entsprechen. Meiner Auffassung nach ist die zweite Taktik mehr mit den gegenwärtigen Bedingungen verbunden; sie bringt den Ver-

such zum Ausdruck, die imperialistische Politik diesen neuen Bedingungen anzupassen. Dieser Prozeß ist eng mit neuen Formen der Organisation der Monopolbourgeoisie verbunden, in erster Linie mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dieser entstand nicht nur als Folge der weiteren Konzentration des Kapitals, der Entwicklung der modernen Produktivkräfte unter den Bedingungen der Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, sondern auch als Folge politischer Faktoren, die mit dem sich verschärfenden Klassenkampf zusammenhängen. In diesem Sinne kann man den staatsmonopolistischen Kapitalismus zweifellos als neue, verfeinerte Form der Organisation der herrschenden Bourgeoisie betrachten.

Das bedeutet, daß die Arbeiterklasse einen besser organisierten Klassenfeind vor sich hat, der seine ökonomischen Organisationen unmittelbar mit den politischen (darunter den höchsten, den staatlichen) wie auch mit den ideologischen vereinigt hat, einen gewaltigen Apparat der politischen und geistigen Herrschaft schuf und in der letzten Zeit zu neuen Formen der internationalen Organisation übergegangen ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß unter den Bedingungen der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zumindest bei einem Teil der imperialistischen Bourgeoisie das Bestreben entstehen mußte, eine neue Taktik des Klassenkampfes in ihr Arsenal aufzunehmen. Das Wesen dieser neuen Taktik: Suche nach effektiveren Wegen, um die Herrschaft über den Klassengegner, in dessen Reihen sich mit der Arbeiterklasse auch andere Klassen und soziale Schichten der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft befinden, zu sichern.

Durch Ausnutzung der gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten und der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution und gestützt auf einen gewaltigen und verzweigten Apparat der Klassenherrschaft, auf politische Parteien, eine kolossale Manipulierungsmaschinerie und wichtige Positionen in reformistisch orientierten Arbeiterorganisationen erhielt das Monopolkapital großen Spielraum für Manöver, für die Verbindung des direkten Drucks mit Zugeständnissen und sozialer Demagogie. Dadurch, daß der Bereich des gesellschaftlichen Lebens, der dem direkten und indirekten Einfluß des staatsmonopolistischen Mechanismus ausgesetzt ist, immer größer wird, kann das Monopolkapital an Stellen, an denen ein erbitterter Widerstand unvorteilhaft oder gefährlich wäre, ungehinderter zu Kompromissen greifen, um an Stellen, an denen der Gegner schwache Positionen innehat, das Verlorene wieder zu ersetzen.

So verhält es sich mit der Innenpolitik. Was den internationalen Klassenkampf der imperialistischen Bourgeoisie betrifft, so ergab sich die Notwendigkeit einer neuen Taktik sowohl im Zusammenhang mit den grundlegenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus als auch infolge des veränderten Charakters des Krieges durch die Raketen- und Kernwaffen. Das Ziel — wenigstens die weitere Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern, nach Möglichkeit jedoch den Gang der Ereignisse überhaupt rückgängig zu machen und die uneingeschränkte Herrschaft in der Welt wieder herzustellen — ist das gleiche geblieben. Aber unter den neuen Bedingungen erfordert der Kampf für dieses Ziel neue politische Mittel und Methoden, eine neue Taktik.

Es wäre falsch anzunehmen, diese neue Taktik löse die früheren Doktrinen von der „Zurückrollung" oder „Befreiung" der sozialistischen Länder, die die Methoden der militärischen Erpressung mit einer ausgedehnten subversiven Tätigkeit verbinden, einfach ab; der militärische Druck ist keineswegs von der Tagesordnung abgesetzt. Noch unbegründeter wäre die Annahme, der Imperialismus nehme von der offenen subversiven Tätigkeit Abstand oder schicke sich an, davon Abstand zu nehmen. Die Ereignisse der letzten Jahre zeugen vielmehr davon, daß die subversive Tätigkeit eine wichtige Waffe gegen den Sozialismus bleibt.

Trotzdem — und ungeachtet dessen, daß die "traditionellen" Mittel des Kampfes gegen den Sozialismus nicht aus dem Arsenal verschwunden sind — mehren sich die Anzeichen, daß auch anderen Methoden und einer anderen Taktik des Kampfes immer größere Aufmerksamkeit geschenkt werden wird.

Das Wesen dieses „neuen Herangehens" im Kampf gegen den Sozialismus hat sich bereits herauskristallisiert. Es besteht im Prinzip in folgendem: nicht so sehr auf die Vernichtung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus zu setzen, als vielmehr auf eine allmähliche „Transformation" oder „Erosion" des Sozialismus und Untergrabung der Einheit des sozialistischen Lagers; von einer Politik der unnachgiebigen Feindschaft und der maximalen Einschränkung der Kontakte und Verbindungen mit den sozialistischen Ländern auf der ganzen Linie zur Erweiterung und Nutzung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen überzugehen, um die eigenen Ziele zu verwirklichen. Eine erschöpfende Analyse dieser neuen Momente ist noch nicht möglich, aber Erwägungen können angestellt werden.

Eine erste besteht darin, daß diese neue Politik des Imperialismus gegenüber den sozialistischen Staaten ganz klar das Bewußtwerden der Tatsache zum Ausdruck bringt, daß die Hoffnungen der imperialistischen Länder, die sozialistische Gesellschaftsordnung sei nicht lebensfähig und es sei möglich, sie gewaltsam zu vernichten, Schiffbruch erlitten haben. In diesem Sinne trägt die neue Taktik ihrem Wesen nach Verteidigungscharakter, was sich in den ideologisch-theoretischen Konzeptionen zu ihrer Begründung ausdrückt. Eine andere Erwägung betrifft die Art und Weise, in der die Theoretiker dieser Politik solche Fragen wie Entspannung, Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit usw. behandeln.

Wie die Tatsachen zeigen, wurde die Anwendbarkeit und Nützlichkeit dieser Elemente für den Westen von vielen Ideologen der Politik des

„Brückenschlages" nach ganz bestimmten Kriterien eingeschätzt, die in keiner Weise mit dem Beitrag in Verbindung stehen, den diese Elemente zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, zur Entwicklung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beider Seiten beitragen könnten. Nein, dem Wesen nach wird hier etwas ganz anderes zum einzigen Kriterium: Wie kann man möglichst effektiv diese neuen Elemente der Politik zum Schaden des Sozialismus nutzen? Solche allgemein anerkannten Formen der internationalen Beziehungen, die seit Jahrhunderten einen guten Ruf genießen, wie Handel, kulturelle Beziehungen usw., verwandeln sich sogleich, sind sie erst durch den „Fleischwolf" ihres Denkens gegangen, in ihr Gegenteil — in Waffen der Diversionstätigkeit und der Zersetzung anderer Länder. Diese Schliche bringt natürlich die sozialistischen Länder von ihrem Kurs auf friedliche Koexistenz nicht ab. Eine andere Frage ist es, daß man wachsam sein muß, was die Versuche betrifft, die Einheit der sozialistischen Länder zu zerstören, dem Sozialismus Schaden zuzufügen.

Insgesamt gesehen erweisen sich aber gerade hier, im Bereich der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die Elemente eines realistischeren Herangehens an die Politik, d. h. Elemente, die zum Ausdruck bringen, daß man bestrebt ist, sich irgendwie den neuen Bedingungen anzupassen, besonders eng verflochten mit massiven antikommunistischen Traditionen und Vorurteilen; besonders hier sind sie mit den alten politischen Linien vereinigt, deren Unhaltbarkeit schon längst durch den gesamten Gang der Geschichte belegt ist.

In einer solchen Verbindung können realistische Elemente gegenstandslos werden. Möglich ist aber auch ein anderer Gang der Ereignisse, bei dem die Entwicklung der objektiven Wirklichkeit diese Elemente im Gegenteil festigen und sich ihr Einfluß auf die praktische Politik verstärken wird. Natürlich bleiben auch in diesem Falle die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus Beziehungen des Klassenkampfes. Aber sie können eine Richtung annehmen, die keine Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt, die die Möglichkeit des friedlichen Wettbewerbs, einer normalen Zusammenarbeit auf jenen Gebieten eröffnet, auf denen es für beide Seiten von Vorteil ist. Das eben sehen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz vor, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten in ihrer Außenpolitik verfechten.

Es gibt Äußerungen westlicher Theoretiker, aus denen sich ergibt, daß das Wachstum der Rolle des ideologischen Kampfes in vielerlei Hinsicht damit verbunden ist, daß es angesichts der Kernwaffen immer schwieriger und riskanter wird, auf den Krieg als Mittel zur Vernichtung des Gegners zu setzen. Diese Äußerungen der bürgerlichen Politiker und Theoretiker werden häufig auch in der marxistischen Literatur angeführt, wenn es darum geht zu erklären, warum der Imperialismus der ideologischen Auseinandersetzung eine solche Bedeutung beimißt. Diese Erklärung ruft

an und für sich keine Einwände hervor: Jenen westlichen Politikern, die zu begreifen beginnen, daß ein thermonuklearer Krieg Selbstmord für den Imperialismus wäre, bleibt in der Tat nichts anders übrig, als nach neuen Kampfmethoden gegen den Sozialismus zu suchen, darunter nach ideologischen. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß die Betonung des ideologischen Kampfes nur für die taktische Linie der gegenwärtigen Bourgeoisie charakteristisch ist, die elastischere Methoden, Umgehungsmanöver und die Kombination von Druck und Zugeständnissen vorsieht, während die andere, die direkte und frontale Taktik, die wachsenden militärischen Druck vorsieht, keine Neigung zu einer umfangreichen Anwendung ideologischer Mittel zeige.

In Wirklichkeit treffen wir auf ein anderes Bild. Für eine allseitige Entfaltung des ideologischen Kampfes gegen den Sozialismus treten auch die aggressivsten Gruppierungen der imperialistischen Bourgeoisie ein, einschließlich jener, die am meisten geneigt sind, auf eine gewaltsame Lösung zu drängen. Und das kann auch nicht verwundern. Denn die breite Anwendung ideologischer Kampfmittel war in den imperialistischen Ländern in erster Linie mit der Vorbereitung und Führung von Eroberungskriegen verbunden. Sogar die militantesten Politiker des Westens begreifen gut, daß die Vorbereitung zum Krieg einer besonders sorgfältigen und effektiven Bearbeitung der Hirne der Menschen bedarf. Daher kann die Grenze zwischen den beiden taktischen Linien in bezug auf die Ausnutzung der Mittel des ideologischen Kampfes nicht so gezogen werden, daß auf der einen Seite jene stehen, die für, und auf der anderen jene, die gegen die aktive Nutzung der Propaganda sind. Die Angelegenheit ist komplizierter, da sowohl die einen als auch die anderen „dafür" sind. Nicht darum geht also der Streit, sondern vielmehr um Inhalt, Formen und Methoden des ideologischen Kampfes, um seinen Platz in der Politik.

Es ist klar, daß eine politische Taktik, welche eine elastischere Anpassung der Politik an die realen Tatsachen und Bedingungen unserer Epoche vorsieht, nicht alle Methoden der Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf die Propaganda beschränken kann. Sie sieht auch vor, bestimmte Korrekturen an der Politik selbst vorzunehmen, darunter mit dem Ziel, der Politik einen bestimmten propagandistischen Effekt zu verleihen, sie geeigneter zu machen, effektiver auf die Meinung in der Welt einzuwirken. Dabei geht es keineswegs um die Veränderung der amerikanischen Politik in Übereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der öffentlichen Meinung, sondern um einen eigentümlichen „imperialistischen Reformismus", um dort, wo dies möglich ist, entlarvende Erscheinungen zu beseitigen oder in anderen Fällen noch besser zu tarnen. Die Verfechter dieser Linie zeichnen sich nicht unbedingt durch ein weniger aggressives Verhältnis zum Kommunismus aus. Die Meinungsverschiedenheiten liegen auf einer anderen Ebene: Welches sind die Ursachen für die große Verbrei-

tung der kommunistischen Ideen und welche Maßnahmen sind im Kampf gegen sie am effektivsten?
Der Kampf der Ansichten über die Methoden und Ziele der Propaganda, ihren Platz in der Politik ist bei weitem nicht zu Ende, wie auch nicht der Kampf zwischen den Anhängern der beiden taktischen Linien, von denen die Rede war. In der offiziellen Politik der imperialistischen Mächte widerspiegelt sich das in bestimmten Schwankungen nach der einen oder anderen Seite.
In ihrem Wesen ist diese Politik nach wie vor gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gerichtet. Das muß jedem klar sein, der von marxistisch-leninistischen Positionen und nicht von opportunistischen an die Analyse des Imperialismus und seine Politik herangeht. Jedem Marxisten-Leninisten muß noch etwas anderes klar sein: Eine andere, dem Sozialismus „freundschaftliche" Politik kann man von den imperialistischen Mächten nicht erwarten. Und die Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, die die Kommunisten vorschlagen, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, sehen auch keineswegs die Einstellung des unausbleiblichen Kampfes dieser beiden Systeme vor, sondern sollen lediglich die gewaltsamen Mittel zur Austragung dieses Kampfes ausschließen, die internationalen Spannungen entschärfen und in bestimmten Bereichen eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit der Staaten hervorbringen. Daraus folgt, daß bei der Analyse der imperialistischen Politik nicht die Frage, ob sie „freundschaftlich" oder „feindlich" dem Sozialismus gegenüber ist, der Ausgangspunkt sein kann — diese Politik wird ihrem Wesen nach immer antisozialistisch sein. Von Bedeutung ist etwas anderes: der Sinn der verschiedenen Tendenzen in der imperialistischen Politik und deren möglicher Einfluß auf die Weltlage, auf das Kräfteverhältnis in der Welt.

Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf

Die ideologische Kompromißlosigkeit der Kommunisten ist keineswegs ein Hindernis im Kampf um Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern. Ganz im Gegenteil: Der konsequente und entschiedene ideologische Kampf ist eine Bedingung für die Wahrung des Friedens. Denn wichtiger und untrennbarer Teil dieses Kampfes war und bleibt der Zusammenschluß der Millionenmassen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr.
Die Ursachen, aus denen heraus die kommunistischen Parteien, die es ja als ihr Ziel ansehen, die internationalen Beziehungen zu normalisieren, den ideologischen Kampf gegen den Imperialismus und die bürgerlichen Ideen als unausweichlich und notwendig ansehen, sind leicht zu verstehen. Das Wesen der Leninschen Konzeption der friedlichen Koexistenz besteht gerade darin, daß es nicht schlechthin um die parallele Existenz von unterschiedlichen Staaten geht, sondern von Staaten, die zu entgegengesetzten

sozialen Systemen gehören. Schon daraus folgt, daß sich die Beziehungen zwischen diesen Systemen nicht in diplomatischen Beziehungen erschöpfen können, so wichtig diese auch sind. Die Existenz dieser Systeme hat noch eine andere Seite: Jedes von ihnen verkörpert die Herrschaft einer Klasse (der Kapitalisten bzw. der Arbeiterklasse), zwischen denen ein unversöhnlicher Kampf ausgetragen wird, der den Hauptinhalt unserer Epoche ausmacht. Der Kampf dieser Klassen begann lange bevor die erste kommunistische Partei entstand, und nicht Karl Marx hat ihn ins Leben gerufen.
Entsprechend dem Standpunkt der Marxisten-Leninisten wird dieser Kampf mit dem vollen Sieg des Kommunismus enden. Der Sieg des Sozialismus in den Ländern, die heute das sozialistische Weltsystem bilden, ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel. Aber dieser Erfolg bedeutet nicht das Ende des Klassenkampfes. Zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse wird es immer Klassenkampf geben — sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf internationalem Gebiet, in dem sich ein großes historisches Ringen zwischen den zwei sozialen Systemen abspielt. Dieses historische Ringen auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet begann vor mehr als einem halben Jahrhundert und wird bis zum endgültigen Sieg des fortschrittlicheren sozialen Systems anhalten. Das ist eine unbestreitbare Tatsache der gesellschaftlichen Entwicklung, die objektiv besteht und nicht etwa durch den Willen von irgend jemandem.
Keine Regierung und keine politische Partei kann diese Tatsache „aus der Welt schaffen", d. h. den Klassenkampf „absetzen". Aber von den Regierungen, den herrschenden Kreisen und den politischen Parteien hängt es in vielem ab, welche Form dieses historisch unausbleiblichen Kampfes sie wählen. Indem die Kommunisten die friedliche Koexistenz vorschlagen, gehen sie gerade davon aus, daß man das Hinüberwachsen dieses Kampfes in bewaffnete Konflikte zwischen den Staaten verhindern, ihn in solche Bahnen lenken kann und muß, die keine so furchtbaren Folgen für die Völker bringen.
Darin sehen die Kommunisten die Vorzüge und die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, die die Lossage von der bewaffneten Form des Kampfes zwischen den Staaten bedeutet, seine Ersetzung durch den Wettbewerb der gesellschaftlichen Systeme, der dazu berufen ist, in der Praxis die historische Überlegenheit des fortschrittlicheren der beiden Systeme nachzuweisen. Diese Kampfform entspricht am meisten den Interessen der Menschheit. Sie verhindert alle Versuche, einem anderen Volk mit Waffengewalt diese oder jene Gesellschaftsform aufzuzwingen, garantiert einem jeden Volk das Recht, selbst zu entscheiden, welche Gesellschaftsordnung den Werktätigen einen hohen Lebensstandard, echte Freiheit, Erblühen der Kultur und bessere Bedingungen für die Entwicklung der Persönlichkeit zu geben vermag. Aber eine solche Form des Kampfes der zwei Gesellschaftssysteme hat unvermeidlich den ideologischen Kampf zur Vor-

aussetzung: Da Kapitalismus und Sozialismus um die Unterstützung durch die Völker ringen, ist der Kampf der Ideen unausbleiblich.

Ist die obengenannte Perspektive eine gute für die Menschheit? Unbedingt! Und mehr noch: Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist sie die beste von allen möglichen.

Zahlreiche bürgerliche Vertreter kritisieren das Prinzip der friedlichen Koexistenz dafür, daß es nicht „friedlich genug" sei. Dabei wird das Argument vorgebracht, die friedliche Koexistenz schließe in der Leninschen Auffassung nicht den ideologischen Kampf aus. Wenn das aber so sei, dann würde die Forderung nach friedlicher Koexistenz gegenstandslos. Denn Krieg würde auch so zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten nicht geführt. Aber das Fehlen von Kriegen unter den Bedingungen einer erbitterten ideologischen Auseinandersetzung sei weder neu, noch irgendwie anziehend — es handele sich um den „kalten Krieg", den die Menschheit ohnehin habe.

Das ist die hauptsächliche Taktik, zu der heute die Gegner der friedlichen Koexistenz Zuflucht nehmen — dieses Prinzip von den Positionen eines „echten" Friedens zu kritisieren, friedliche Koexistenz und „kalten Krieg" gleichzusetzen. Eine solche Wendung der Kritik erfordert vor allen Dingen, auf die prinzipielle Verschiedenheit zwischen der friedlichen Koexistenz und dem „kalten Krieg" einzugehen. Dabei kann man nicht einfach von Unterschieden sprechen, sondern davon, daß es sich hier um zwei *entgegengesetzte* Arten von Politik und politischen Prinzipien handelt. In dem Maße, in welchem angesichts der Macht der sozialistischen Gemeinschaft, des Widerstandes der Werktätigen aller Länder und ihres Kampfes um den Frieden die Anhänger des „heißen Krieges" in die Verteidigung getrieben werden und gezwungen sind, einige ihrer Positionen aufzugeben, in dem Maße wird der „kalte Krieg" mehr und mehr zum wirklichen politischen Antipoden der friedlichen Koexistenz.

Der „kalte Krieg" ist keineswegs ein ideologischer Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten sozialen Systemen, sondern ein Zustand scharfer Angespanntheit in den internationalen Beziehungen, eines ständigen Wettrüstens, politischer, ökonomischer und nicht selten militärischer Zusammenstöße — ein Zustand, der von der Politik des Imperialismus hervorgebracht wird. Er ist ein Kurs auf Expansion, auf die Eroberung von Märkten und Einflußsphären, auf das Eindringen in andere Länder und deren Unterwerfung unter die Herrschaft der großen imperialistischen Räuber, ein Kurs, der eine umfangreiche subversive Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder einschließt.

Die Politik der Spannungen und des „kalten Krieges" ist, unabhängig von den subjektiven Absichten dieser oder jener Politiker westlicher Mächte, eine große und reale Gefahr für den Frieden — besonders in unseren Tagen, da die Massenvernichtungswaffen schon die Gefahr eines „zufälligen" Krieges verstärken. In einer Atmosphäre des Schreckens, der Hysterie wächst

sich das Risiko eines „nicht beabsichtigten" Krieges zu einer realen Bedrohung aus. Der „kalte Krieg" schafft große Vorräte an Zündstoff, zugleich liefert er laufend Funken, die diesen in Brand setzen können. Seinem Wesen nach ist er mehr ein Ersatz für den Krieg als für den Frieden. Denn die Politik des „kalten Krieges" stützt sich auf militärische Macht, umfaßt als ein unabdingbares Element die Erpressung durch Kriegsdrohungen und stellt sich dem Wesen nach kriegerische Ziele.

Die Politik der friedlichen Koexistenz ist die einzig mögliche Alternative nicht nur zum Weltkrieg, sondern auch zum „kalten Krieg". Ihr Ziel ist es, solide Garantien für den Frieden zu schaffen, das gesamte System der internationalen Beziehungen gesunden zu lassen. Die Politik der friedlichen Koexistenz kann nicht darauf reduziert werden, daß zum gegebenen Zeitpunkt kein Krieg herrscht. Sie sieht einen entscheidenden Kampf gegen die imperialistische Aggression vor, die Beseitigung aller Gefahrenherde eines neuen Weltkrieges, die Lösung aller Streitfälle und Konflikte im Interesse der Völker auf friedlichem Wege, die Schaffung eines wirklichen internationalen Mechanismus zur Verhinderung von Aggressionen, zur Beendigung des Wettrüstens, zur Entwicklung ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen zwischen den Staaten.

Die Anerkennung der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des ideologischen Kampfes bedeutet in keiner Weise, daß mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz jede beliebige Propaganda, jede beliebige Tätigkeit zur Beeinflussung des Bewußtseins der Menschen vereinbar wäre. Die eine Sache ist der Kampf der Ideen, die Auseinandersetzung um die Einschätzung dieser oder jener Erscheinung der Wirklichkeit, um die Wege zur Erreichung der Ideale der Menschheit, um die Vorzüge oder Mängel der Gesellschaftsordnungen. Eine solche Auseinandersetzung kann und wird nicht — führt man sie in den entsprechenden Formen, und sei die Diskussion noch so scharf — den Frieden und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Mächten stören. Eine ganz andere Sache ist aber die Propaganda von Krieg und Völkerhaß, die Verleumdung, das Anstiften zu Sabotage und anderen Verbrechen sowie das Verbreiten von Gerüchten.

Eine solche Propaganda ist keine geistige Auseinandersetzung, sondern subversive Tätigkeit, Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, und mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz unvereinbar. Indessen besteht gerade in einer solchen Propaganda das Wesen des „psychologischen Krieges", den die internationale Reaktion gegen die Länder des Sozialismus entfacht hat. Es ist wichtig zu unterstreichen, daß die Propaganda dieser Art keine Phantasie einzelner Theoretiker ist, sondern schon lange untrennbarer Bestandteil der politischen Praxis der imperialistischen Staaten.

Im Lichte einer solchen Politik braucht man sich nicht zu wundern, daß sich in den letzten zwei Jahrzehnten viele angewöhnt haben, den ideologischen Kampf mit dieser Art „psychologischen Krieg" zu identifizieren, der in der Tat den Beziehungen zwischen den Staaten großen Schaden zufügt, Mißtrauen und Haß sät. Darauf versuchen heute einige Gegner der friedlichen Koexistenz zu spekulieren. Aber die ideologische Auseinandersetzung, wie sie die Kommunisten auffassen, ist keineswegs „psychologischer Krieg". Zwischen ideologischer Auseinandersetzung und „psychologischem Krieg" besteht ein ebenso großer prinzipieller Unterschied wie zwischen den beiden Arten von Politik, zu der sie gehören — der friedlichen Koexistenz und dem „kalten Krieg".

Das Herangehen der sozialistischen Länder, der Kommunisten an die friedliche Koexistenz schließt organisch die Aufgabe in sich ein, unversöhnlich gegen die bürgerliche Ideologie zu kämpfen. Welche Entwicklung die internationalen Beziehungen auch nehmen werden — es ist und bleibt die Pflicht der Kommunisten, ihre Ideen zu verteidigen und schöpferisch weiterzuentwickeln. Zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Weltanschauung kann es keinerlei Kompromisse geben — Privateigentum oder gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, bürgerliche oder sozialistische Demokratie, bürgerlicher Individualismus oder sozialistischer Gemeinschaftsgeist — in all diesen und anderen wichtigen Fragen kann man nur auf einer Seite der Barrikade stehen!

Roter Kalender
für Lehrlinge und Schüler
1972
Taschenkalender. 128 Seiten. Inhalt: Kalendarium mit brauchbaren oder lustvollen Hinweisen, Bildern, Comics. Alphabet für Freundesadressen. Lehrlingszentren. Rechtsanwälte. Pillen- und Drogeninformation. Ratgeber für Knast und Demonstrationen. Drucktechniken, Video, Super 8. Kapitalismus der BRD. Über Sozialismus. Literatur.
2.– Mark
Wagenbach
In jeder Buchhandlung. (Oder schreibt uns: Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 9.)

Die zweite durchschnüffelte Ausgabe erscheint am 1. Dezember 1971

Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam!

Raimund Teismann

Es soll hier versucht werden, in knappster Form einige Grundfragen des Kampfes der lateinamerikanischen Völker um ökonomische Selbständigkeit, Demokratie und Sozialismus zu behandeln. Ziel des Verfassers ist es keinesfalls, etwa eine detaillierte Untersuchung der ökonomischen Lebensverhältnisse der lateinamerikanischen Bevölkerung oder auch aller politischen Aktivitäten zu geben. Aufbauend auf ausführliche Untersuchungen und Dokumente wird auf aktuelle Fragestellungen, wie sie in der Auseinandersetzung mit opportunistischen Auffassungen in der BRD entstehen, eingegangen. Darüber hinaus soll zu Fragen Stellung genommen werden, die unter Marxisten noch nicht ausdiskutiert sind (z. B. Bestimmung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, die Problematik der eventuellen Führung nichtproletarischer Kräfte in der Revolution). Trotz dieser unterschiedlichen Aufgabenstellung wird Wert auf eine zusammenhängende Darstellung gelegt, um die Gefahr von Mißverständnissen bei der Behandlung der einzelnen Fragestellungen zu mindern.

Gegenwärtige Etappe des revolutionären Kampfes in Lateinamerika

„In das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in eine Situation eingetreten, in der sich die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus zuspitzt. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind die wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie und die Kultur[1])."

Diese Einschätzung im Hauptdokument der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien gilt besonders auch für die Völker Lateinamerikas. Nahezu 150 Jahre formaler nationaler Selbständigkeit der meisten lateinamerikanischen Staaten bewahrten die Völker Lateinamerikas nicht vor nationaler Unterdrückung und ökonomischer Ausplünderung größten Ausmaßes seitens der imperialistischen Weltmächte. Die Oktoberrevolution 1917 war auch für die Völker Lateinamerikas das Signal für das Ende der imperialistischen Weltherrschaft und Motor vieler Klassenschlachten gegen Ausbeutung, Fremdherrschaft und soziale Ungerechtigkeit. Doch spätestens mit der erfolgreichen kubanischen demokratischen Revolution und der darauffolgenden sozialistischen Umgestaltung Anfang der sechziger Jahre wurde die völlige Umgestaltung der Lebensverhältnisse für fast alle lateinamerikanischen Völker mit ihrer Perspektive im Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt.

Das leuchtende Beispiel der kubanischen Revolution, verbunden mit der Existenz eines ständig erstarkenden sozialistischen Weltsystems, der national-revolutionären

[1]) Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau am 17. Juni 1969, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Prag 1969, S. 13.

Befreiungsbewegung der Völker Afrikas und Asiens, führten, abgesehen von den jeweiligen nationalen Besonderheiten, zu einem mächtigen Anwachsen der revolutionären Bewegung in Lateinamerika. Die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam, das Scheitern der imperialistischen Integrationspolitik in der „Allianz für den Fortschritt" für Lateinamerika — ursprünglich eine Reaktion auf die kubanische Revolution, deren Propagandisten des „sozialen Fortschritts in Freiheit" sehr stumm geworden sind — haben den antiimperialistischen Kampf, und im besonderen gegen den US-Imperialismus, für immer breitere Bevölkerungsschichten zu einer Existenzfrage werden lassen. Die Frage nach der Souveränität der Länder über ihre Naturreichtümer wird immer dringlicher, bei deren Beantwortung die sozialistische Perspektive nicht mehr vom Tisch zu wischen ist. Keine politische Vasallenpartei des internationalen Monopolkapitals kommt in Lateinamerika mehr ohne pseudo-sozialistische Phrasen aus, selbst in Ländern, die von reaktionären Militärdiktatur-Regierungen beherrscht werden, wie etwa Brasilien oder Argentinien.

Der Sieg der Volkskräfte in Chile, die demokratischen Umwälzungen in Peru haben zu einem enormen Aufschwung der revolutionären Bewegung in allen Ländern Lateinamerikas geführt. Daß diese Bewegung nicht geradlinig verlaufen ist und wird, hat nicht zuletzt der zeitweilig erfolgreiche konterrevolutionäre Putsch in Bolivien im August dieses Jahres gezeigt. Eine unterschiedliche Entwicklung ergibt sich aus den oft sehr erheblichen nationalen Besonderheiten der Länder Lateinamerikas und der unterschiedlichen Stärke der revolutionären Abteilungen in diesen Staaten. Dennoch ist die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus für viele Völker Lateinamerikas in eine entscheidende Phase getreten, in der der Kampf um ökonomische Unabhängigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus nicht aufzuhalten ist.

Analyse des Kräfteverhältnisses

1. Der US-Imperialismus

Als Grundübel aller ökonomischen und sozialen Rückständigkeit gilt für alle Länder Lateinamerikas seit je der beherrschende Einfluß des US-Imperialismus. Seit Jahrzehnten werden alle wesentlichen Bereiche der Ausbeutung von Bodenschätzen, ob venezolanisches Erdöl, Kupfer in Chile, Edelmetalle in Bolivien, Gold und Silber in Mexiko, von amerikanischen Konzernen durchgeführt bzw. kontrolliert. Die wichtigsten Zweige der verarbeitenden Industrie sind in amerikanischer Hand. Ebenso wird die agrarische Produktion ganz den Bedürfnissen der US-Monopolgruppen unterworfen, entweder direkt oder indirekt vermittels des von ihnen beherrschten „Weltmarktes" kontrolliert[2]). Der US-Imperialismus kontrolliert die wichtigsten Bereiche des internationalen und sogar nationalen Handels. Die hervorragende Rolle der US-amerikanischen Banken hebt Gus Hall hervor[3]). Sie werden mehr und mehr

[2]) Der Bericht von Milton Jijón über den Einfluß des US-Imperialismus auf die nationale Wirtschaft Ecuadors trifft mit unterschiedlicher Intensität das Wesen des US-Imperialismus in allen Staaten Lateinamerikas: Milton Jijón, Die leninsche Lehre vom Imperialismus und die Gegenwart, in: Der Leninismus und der revolutionäre Prozeß, Internationale theoretische Konferenz, Prag 69, S. 348 f.

[3]) Gus Hall, Internationale Moskauer Beratung, a. a. O., S. 535

zu den Hauptzentren der Macht bei gegenseitiger Durchdringung mit den größten US-Industriemonopolen. Die Chase Manhattan Bank, eine Rockefeller Bank, kontrolliert z. B. alle wichtigen ökonomischen Aktivitäten in Venezuela über die „Banco Mercantil Agricola". In allen lateinamerikanischen Ländern — außer natürlich Kuba und mit Einschränkungen Chile — sind die Banken der imperialistischen Staaten, der USA, aber auch der BRD, Großbritanniens, Japans und Frankreichs, die letzteren zumeist als „Partner" der US-Banken, Schaltstellen für die vollständige imperialistische Durchdringung und Festigung der Fremdherrschaft. Eine wichtige Rolle spielt in der „Entwicklungspolitik" auch die von US-Monopolen beherrschte Weltbank.

Die Mittel zur Aufrechterhaltung der Machtpositionen sind im Zusammenspiel von Maßnahmen der ökonomischen Integration, der offenen Gewaltanwendung, der Cliquenpolitik und „Kooperation" mit Teilen der nationalen Bourgeoisie und einer massiven ideologischen und politischen Diversion gekennzeichnet. „Friedliche Entwicklungspolitik" des „Friedenscorps" und durch — den lateinamerikanischen Nationen aufoktroyierte — Entwicklungsprogramme sind nicht zu trennen von der permanenten militärischen Bedrohung und sind oft selbst Teil der militärischen und politischen Unterdrückungsmaschinerie. Beispiele der letzten Jahre für eine direkte bewaffnete Intervention waren die Besetzung Guatemalas, die „Polizeioperationen" in Panama und in der Dominikanischen Republik und ständige militärische Provokationen gegen das sozialistische Kuba.

Die Politik der übrigen imperialistischen Staaten gegenüber den lateinamerikanischen Völkern ist keineswegs „humaner", was durch das brutale Auseinanderjagen der demokratischen Regierung Jagan in „British-Guayana" 1964 und des von der britischen Regierung gebilligten Wahlbetrugs im selben Land 1968 unterstrichen wird. Führer bei all diesen Aktionen bleibt jedoch der amerikanische Imperialismus. In der Ausführung ist hierbei die Terrororganisation des CIA ein Hauptinstrument. Daneben zeichnet sich in Lateinamerika der Imperialismus der BRD durch besondere Aggressivität aus[4]).

Die alle Lebensbereiche der lateinamerikanischen Völker überschattende Politik des US-Imperialismus macht diesen zum Hauptgegner aller am sozialen Fortschritt und am Frieden interessierten Menschen. Zur Einschätzung des realen Kräfteverhältnisses in Lateinamerika ist diese Erkenntnis zunächst Voraussetzung.

2. Die Arbeiterklasse

Longino Becerra, Mitglied des ZK der KP Honduras, bestätigt für das Kräfteverhältnis in Lateinamerika: „Die Triebkraft der Revolution ist die breite Front der Volksmassen auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern bei führender Rolle der Arbeiterklasse[5])." Dies gilt für alle lateinamerikanischen Länder, auch bei der unterschiedlichen Klassenstruktur. Lediglich in Paraguay, Bolivien und Haiti ist die Arbeiterklasse noch schwach entwickelt. Doch überall gibt es, im Gegensatz zu einigen Ländern in Asien und Afrika, einen mehr oder weniger soliden Kern von Industriearbeiterschaft. Die Bevölkerung der Städte wächst ständig überproportional

[4]) Zur Rolle des Imperialismus der BRD sei auf: Manfred Uschner, „Entwicklungspolitik, Expansion, Globalstrategie, Lateinamerika als Schauplatz des westdeutschen Neokolonialismus", Berlin 1969, hingewiesen.

zur Gesamtbevölkerung, und schon jetzt wohnen insgesamt mehr Menschen in Städten über 20.000 Einwohner — ein Großteil davon in den Metropolen — als auf dem Land. In den Städten ist die Zahl der Angestellten sehr hoch, ebenfalls die der Halb- und Scheinbeschäftigungen im „Dienstleistungs-" und Handelsgewerbe. Auf dem Land besteht die überwiegende Masse, besonders in den von großen Nahrungsmittelkonzernen kontrollierten Landwirtschaftszweigen etwa in Brasilien, Ecuador oder den zentralamerikanischen Ländern, aus besitzlosen Landarbeitern.
Innerhalb der Arbeiterschaft sind durchgängig die Industriearbeiter am besten organisiert und bilden den fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse. Das heißt nicht, daß sie gegenwärtig in allen Ländern ihre Führung in der Politik, Ökonomie und Ideologie durchgesetzt hat. Doch überall, mit unterschiedlicher Stärke, bilden sie in diesen Bereichen die einzig unverfälschte revolutionäre Kraft, die auf Dauer in der Lage ist, den Kampf gegen den Imperialismus und dessen Helfershelfer konsequent zu führen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse ist der Garant für ein Zurückdrängen des Imperialismus in Chile und für sozialen Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus. Diese führende Rolle der Arbeiterklasse war zum Beispiel in Bolivien unter der fortschrittlichen Regierung Torres nicht gewährleistet, was als ein Hauptgrund für den zunächst erfolgreichen Verlauf des konterrevolutionären Putsches anzusehen ist. Alle Länder, in denen eine konsequent antiimperialistische Politik nicht gleichzeitig Regierungspolitik ist, wie im sozialistischen Kuba oder in Chile und zu großen Teilen in Peru, haben, im Gegensatz mannigfaltiger „Widerlegungen" revisionistischer Machart, eine Arbeiterklasse, die in der Lage ist, die führende Rolle im Staat wahrzunehmen. Sie führt schon weitgehend den Kampf gegen den Imperialismus. Im Kampf um die Macht wird ohne sie kein dauerhafter gesellschaftlicher Fortschritt möglich sein.

3. Die übrigen werktätigen Schichten

Steckenpferd aller revisionistischen Schreiberlinge à la Regis Debray ist die angebliche führende Rolle der nichtproletarischen Schichten in Lateinamerika, die die Revolution „vorantreiben", was dann als Beispiel für die westeuropäischen Staaten angepriesen wird. Die antisozialistische Stoßrichtung, besonders gegen die bestehenden sozialistischen Staaten, wird hier offensichtlich. Fest steht, daß das Proletariat immer mehr wächst und hierbei naturgemäß sich einer wachsenden Konfrontation einer der Arbeiterklasse feindlichen Ideologie gegenübergestellt sieht. „Die Hauptursache für das Entstehen „linksradikaler" Gruppen, die den nichtproletarischen, für die Sache der Revolution schädlichen Weg gehen, ist der Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie [6])."
Tatsächlich hat in der fortschrittlichen Bewegung der Völker Lateinamerikas der Opportunismus eine lange Tradition und zeitweise einzelne revolutionäre Abteilungen erheblich schwächen können. Der „rechte" Opportunismus hat entgegen manchen „Lateinamerikaexperten" hier sehr großen Schaden angerichtet. Ebenso „linkes" Sektierertum. Der ambivalente Charakter, der die lateinamerikanische Intelligenz prägt, ist dafür ausschlaggebend. Anders als in Westeuropa, ist es dem „linken" Opportunismus häufig gelungen, aufgrund des rapiden Anwachsens der Arbeiterklasse insgesamt, Eingang in die Arbeiterklasse selbst zu finden. Neben der großen Zahl der Angestellten und der Halb- und Scheinbeschäftigten im Handel sind es die nichtproletarischen Kreise selbst, Handwerker, Kleingewerbetreibende, technische Intelligenz, Advokaten und Literaten, die zunehmend durch ihre objektive Lage zu einer prinzipiell antiimperialistischen Haltung gezwungen werden; ihre Privilegien verführen sie aber oft dazu, ihren Ballast an kleinbürgerlicher Ideologie, ihren Antikommunismus und ihr imperialistisches Gedankengut nicht vollständig abzuwerfen, was wiederum seinen Einfluß auf die sprunghaft anwachsende Arbeiterklasse nicht verfehlt.
Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut ist es, diese Kreise fester an die Arbeiterklasse heranzuführen, sie mit ihrer Theorie, dem Marxismus-Leninismus, vertraut zu machen und sie im proletarischen Geist zu erziehen. Dies führt und hat dazu geführt, daß sich in allen Ländern Lateinamerikas immer mehr Vertreter nichtproletarischer Kreise an den Kampf der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Ausbeutung anschließen.

4. Die nationale Bourgeoisie

„In den meisten Ländern werden die herrschenden Klassen durch Großgrundbesitzer, Wucherer, die sogenannte bürokratische Bourgeoisie, und in bestimmtem Umfang auch durch die Unternehmerbourgeoisie aus der Großindustrie und dem Finanzbereich vertreten [7])."
In der Zusammensetzung der herrschenden Oberschicht in den sich unter dem imperialistischen Joch befindlichen lateinamerikanischen Ländern herrschen große Unterschiede und vollziehen sich Veränderungen im Kräfteverhältnis untereinander. Die bürokratische Bourgeoisie ist eine künstliche Erscheinung der deformierten kapitalistischen Entwicklung der Länder. Sie sind von Grund auf reaktionär, verbinden sich am ehesten mit der Großgrundbesitzerkaste und lassen sich weitgehend als direkte Agenten der imperialistischen Länder benutzen. Für die Unternehmerbourgeoisie besteht der ständige Konflikt zwischen ihren ureigensten Profitinteressen und der Abhängigkeit, Vormundschaft und ökonomischen Fremdherrschaft vor allem vom US-Imperialismus. Auf der einen Seite streben sie nach mehr ökonomischer Eigenständigkeit gegenüber dem US-Imperialismus, auf der anderen haben sie die Lebensinteressen ihrer Völker im Nacken, die sie zur Sicherung ihrer Machtposition an die imperialistischen Mächte kettet. Im Zeitalter des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus kommt der Bourgeoisie in keinem Fall eine eigenständige fortschrittliche Rolle mehr zu. Gerade in Lateinamerika zeigt sich, daß die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, auch nur ein lebenswichtiges Problem im Sinne eines gesellschaftlichen Fortschritts zu lösen. Das heißt nicht, daß besonders mit der mittleren Bourgeoisie Bündnisse im antiimperialistischen Kampf nicht möglich und sogar

[5]) Longino Becerra, „Der Leninismus und die aktuellen Probleme des revolutionären Kampfes in Lateinamerika", in: Der Leninismus und der revolutionäre Prozeß, Prag 1969.
[6]) Assis Tavares, „Die Krankheit des linken Radikalismus in Brasilien", in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1971, Nr. 4, S. 497.
[7]) Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Band 1 Klassenstruktur, Berlin 1969, S. 43.

nötig werden können. Inwieweit dieser Teil der Bourgeoisie in der Lage ist, ihre real vorhandene Perspektive bei einem konsequenten demokratischen Aufbau unter der Führung der Arbeiterklasse zu nutzen, hängt nicht zuletzt von ihrem eigenen konkreten Verhalten ab.

Die politischen Organisationen

1. Die kommunistischen Parteien

Die kommunistischen Parteien sind seit mehreren Jahrzehnten fest in der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung verankert. Schon Anfang 1918, also fast ein Jahr vor der Gründung etwa der KPD in Deutschland, entstand die erste kommunistische Partei in Argentinien. Kurz darauf folgten die Gründungen der KPs in Chile, Brasilien und Guatemala [8]). Heute gibt es in allen lateinamerikanischen Ländern Parteien. die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ihre Aufgaben wahrnehmen.

Natürlich sind entsprechend dem unterschiedlichen Kräfteverhältnis auch die Avantgardeparteien der Arbeiterklasse unterschiedlich stark. Es kann hier keinesfalls eine beckmesserische „Beurteilung" dieser Parteien gegeben werden. Die Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Besonderheiten und deren Einschätzung durch die kommunistischen und Arbeiterparteien sind zu akzeptieren. In allen Fällen stehen diese Parteien an der Spitze des revolutionären Kampfes. Selbstverständlich ist z. B. die KP Chiles mit ihrer über 50jährigen Kampferfahrung, ihrer auch zahlenmäßig äußerst starken Verankerung in der Arbeiterschaft und ihrer jahrzehntelang beharrlich geführten Bündnispolitik und jetziger direkter Beteiligung an der Staatsmacht auch qualitativ stärker in den Massen verankert als z. B. die in tiefster Illegalität kämpfende kommunistische Partei der Dominikanischen Republik, in der auch innerhalb der Partei prinzipielle Unsicherheiten auftauchen. Falsch wäre es jedoch, hieraus Unterschiede in der grundsätzlichen revolutionären Rolle und der eigenen Verantwortung dieser Arbeiterparteien zu konstruieren.

Verschiedene kommunistische Parteien der lateinamerikanischen Länder hatten und haben verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden auch innerhalb ihrer Reihen. Diese Schwierigkeiten tauchen immer dann auf, wenn es nichtproletarischen Kräften gelingt, zeitweise in der Partei über maßgeblichen Einfluß zu verfügen oder gar die Führung an sich zu reißen. Die jüngste Überwindung von Strömungen des Opportunismus, kleinbürgerlicher Ideologie, verbunden mit einer Verletzung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und einer Frontstellung gegen die bestehenden sozialistischen Staaten, in der KP Venezuelas zeigt, daß die kommunistischen Parteien sich ihrer Aufgabe, Führer der revolutionären Bewegung zu sein, bewußt sind und sich von allen prinzipiellen Gegnern des Marxismus-Leninismus zu trennen wissen. Obwohl in diesem Zusammenhang die Spalter der KP Venezuelas großen Schaden zugefügt haben, betont Jesus Faria: „Der größte Schaden wurde uns in der Führung des kommunistischen Jugendverbandes und an den Universitäten zugefügt.

Die Spalter vermochten keinen einzigen Bauern und fast keinen Arbeiter für sich zu gewinnen [9])."

Die kommunistischen Parteien trifft aufgrund ihrer unversöhnlichen, prinzipientreuen Haltung gegenüber dem Imperialismus und allen fortschrittsfeindlichen Elementen die geballte Brutalität der Reaktion, des gesamten Klassengegners. Die kommunistischen Parteien kämpfen zum Teil in tiefster Illegalität, gegen sie wird überall, wo die Kräfte des Imperialismus noch beherrschenden Einfluß ausüben, der Hauptstoß geführt. Dies schließt die Verleumdung aller Schattierungen ein, auch die Diffamierung als „revisionistisch", die das anwachsende Heer der ehrlich antiimperialistisch eingestellten Menschen desorientieren und einen Anschluß an ihre wahren Interessenvertreter bzw. eine Zusammenarbeit mit ihnen verhindern sollen.

2. Die übrigen politischen Parteien

In den meisten lateinamerikanischen Ländern halten sich die Kräfte des Imperialismus nur noch vermittels offener Militärdiktaturen. Die meisten Parlamente sind auseinandergejagt oder zur völligen politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt — und somit auch die meisten der nichtkommunistischen Parteien. In wenigen Ländern, wie etwa in Costa Rica, z. T. in Uurguay oder auch mit Abstrichen in Venezuela und Kolumbien, funktioniert formal noch ein System des bürgerlichen Parlamentarismus mit Regierungspartei und loyaler Opposition, deren Vertreter einem sehr engen Kreis der Großgrundbesitzer und Industriellen und der bürokratischen Bourgeoisie entstammen. Diese Parteien kaschieren sehr unvollkommen die fundamentalen Interessengegensätze in ihren Ländern und werden gezwungen, ihre volksfeindliche Politik immer brutaler durchzusetzen. Dies führt zu Differenzierungen und die besten Vertreter aus den bürgerlichen Parteien nähern sich der antiimperialistischen Bewegung. Reaktionäre Militärregimes werden zeitweise von Rechtsparteien gestützt, und umgekehrt werden diese benutzt zur notdürftigen Verschleierung der Gewaltpolitik. Einige Parteien erfüllen gewissenhaft ihre Aufgabe, durch soziale Demagogie die Massen irrezuleiten.

Darüber hinaus haben eine Reihe von Parteien, die sich sozialistisch, sozialdemokratisch, Fortschritts- oder Volkspartei nennen, ambivalenten Charakter. Es gelingt den herrschenden Oligarchien immer schwerer, diese Parteien vollständig vor ihren Karren zu spannen. Der wachsende Druck der antiimperialistischen Bewegung zwingt immer mehr ihrer Mitglieder und „Repräsentanten", die Volksinteressen zu berücksichtigen, um nicht zu völliger Bedeutungslosigkeit oder in offene Gegnerschaft zu den nationalen Interessen abzugleiten.

Daß nichtkommunistische und sogar rein bürgerliche Parteien eine Existenzberechtigung und echte Aufgaben in der Zeit einer demokratischen Umwälzung und darüber hinaus zu erfüllen haben, zeigt anschaulich die Entwicklung in Chile. Der Sieg der Volkskräfte in Chile war durch das Bündnis der kommunistischen Partei mit anderen demokratischen Parteien vorbereitet worden. Das loyale Verhalten zu den

[8]) Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Band 3, Wahl des Weges, Berlin 1970, S. 152.

[9]) Jesus Faria, Die Verschwörung der Spalter ist gescheitert, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1971, Heft 5, S. 619.

Parteien der Volkseinheit seitens der Mehrheit der Christdemokratischen Mitglieder und Abgeordneten bisher war eine wichtige weitere Voraussetzung für einen bisher relativ schmerzlosen Prozeß der einsetzenden demokratischen Umgestaltung im Lande[10]).

3. Die Gewerkschaften

In einigen Staaten schon vor der Jahrhundertwende gegründet, wie in Chile und Argentinien, sind die Gewerkschaften als Massenorganisationen der Arbeiterklasse heute fest in allen lateinamerikanischen Ländern verankert. Schon vor dem 2. Weltkrieg wurde die überstaatliche Dachorganisation der meisten lateinamerikanischen Gewerkschaften, der „Verband der Arbeiter Lateinamerikas", gegründet (CTAL). Der CTAL wurde 1945 Mitbegründer und Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes[11]). Der CTAL verfolgte seit seinem Bestehen eine konsequent demokratische, den Interessen der Arbeiter entsprechende, antiimperialistische Politik und gehörte zu den zuverlässigsten Stützen des Weltgewerkschaftsbundes, besonders zur Zeit zwischen 1946—49, in der proimperialistische Kräfte die internationale Gewerkschaftsbewegung zu schwächen suchten durch die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes und durch gleichzeitige Gründung des „Internationalen Bundes freier Gewerkschaften" (IBFG 1949). Die durch den IBFG und andere proimperialistische Kräfte veranlaßte Gründung der ORIT (Internationale Regionalorganisation der Werktätigen) als Gegenpol zur fortschrittlichen CTAL übte zunächst einigen Einfluß auf eine Anzahl nationaler lateinamerikanischer Gewerkschaften aus. Die ORIT verlor jedoch im letzten Jahrzehnt infolge ihrer proimperialistischen Politik entscheidend an Bedeutung. Die Masse der Gewerkschaftsorganisationen steht auf dem Boden des CTAL und seinem antiimperialistischen und sozialen Programm.
Die Gewerkschaftsorganisationen der lateinamerikanischen Länder gehen in der Regel über eine reine ökonomische Interessenvertretung der Arbeiter hinaus. Der CTAL hat dies wiederholt in seinen Programmen und Erklärungen, zum Beispiel zur kubanischen Revolution oder gegen die US-Aggression in Indochina, deutlich gemacht. In einigen Ländern, wie z. B. Brasilien, sind die Gewerkschaften, die auf dem Boden des CTAL stehen, verboten und nur „freie" Gewerkschaften zugelassen, was den Kampf der Arbeiter um ihre ökonomischen und politischen Rechte erheblich kompliziert[12]).

Wahl des Weges

1. Kapitalistischer Entwicklungsweg
Im Gegensatz zu den meisten jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas haben die unter imperialistischer Herrschaft stehenden lateinamerikanischen Staaten Erfahrungen in der kapitalistischen Entwicklung, wenn auch unter der Deformationsbedingung, seit eh und je von den kapitalistischen Industriestaaten ökonomisch abhängig und neo-kolonialisiert worden zu sein.
Es hat sich eine relativ starke nationale Bourgeoisie herausgebildet, die Teil der herrschenden Elite geworden ist und in Furcht vor den Volksmassen ihre Privilegien zu sichern sucht. Das ist der Grund für die Unmöglichkeit einer echten bürgerlichen Revolution, wie in einer Reihe von Ländern Lateinamerikas in den 50er Jahren gezeigt wurde[13]).
Die nationale Industrialisierung ist weit davon entfernt, eine sichtbare Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu erzielen. Jahrzehnte sind vergangen mit mehr oder minder pompösen Entwicklungsprogrammen. Fast jedes lateinamerikanische Land hat seine eigene „Planificacion" und eine Unzahl regionaler Entwicklungsprojekte, die scheiterten, und neue sind weiterhin zum Scheitern verurteilt, denn: „Die Investitionspolitik des internationalen Monopolkapitals wird nicht in den Hauptstädten der Entwicklungsländer, sondern in London, Paris, Brüssel und vor allem in New York gemacht und bestimmt sich nicht nach den nationalen Interessen der jungen Staaten, sondern den Interessen des Monopolkapitals. Darum befinden sich in allen Entwicklungsländern die Konzeptionen einer nationalen Wirtschaftsplanung mehr oder weniger im krassen Widerspruch zu den spontanen Bewegungsgesetzen des ausländischen Kapitals[14])."
Die nationale Industriebourgeoisie hat seit Jahrzehnten in Lateinamerika Gelegenheit gehabt, den Beweis für die Richtigkeit des kapitalistischen Entwicklungsweges anzutreten. Dieser „Weg" hat keines der brennenden sozialen und ökonomischen Probleme gelöst, sondern in eine immer tiefere, alle Lebensbereiche umfassende Krise geführt. Der Traum vom Nachholen der kapitalistischen Entwicklung nach dem Beispiel der entwickelten westlichen Industriestaaten ist im Zeitalter des Imperialismus und des Übergangs zum Sozialismus für alle ökonomisch rückständigen Länder ausgeträumt. Gerade die ökonomische Entwicklung der letzten 50 Jahre in Lateinamerika ist der Beweis, der dazu geeignet ist, die noch bestehenden gegenteiligen Illusionen bei vielen Vertretern der jungen Nationalstaaten in Afrika und Asien abzubauen.

2. Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg

Die Konzeption des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges beinhaltet die schon von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entwickelte Möglichkeit, daß bei der Existenz einer oder mehrerer sozialistischer Staaten es anderen Völkern möglich wird, das kapitalistische Stadium abzukürzen oder ganz zu umgehen. Klassisches Beispiel dafür bildet die Mongolische Volksrepublik, die die direkte Umwandlung von einer vorwiegend feudalen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung in einen entwickelten sozialistischen Industrie-Agrarstaat, dank der erfolgreichen sozialistischen Oktoberrevolution der Völker der Sowjetunion, vollzog. Mit der Herausbildung des

[10]) Vgl. hierzu auch: Louis Corvalan, „Das Volk kommt an die Macht", in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1970, H. 12, S. 1596—1606; und derselbe: „Der Weg zum Sozialismus ist geöffnet", in: Informationsbulletin, Wien 1971, Heft 12, S. 46—49.
[11]) 20 Jahre Weltgewerkschaftsbund, Bd. 1, Berlin 1965, S. 50 f., siehe auch Bd. 2, Berlin 1965, S. 138.
[12]) Vgl.: „Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern", Bd. 1, Klassenstruktur, Berlin 1969, S. 246.
[13]) Vgl.: „Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern", Bd. 3, Wahl des Weges, Berlin 1970, S. 286 f.
[14]) Gerhard Breme, Souveränität der jungen Nationalstaaten über Naturreichtümer, Berlin 1967, S. 36.

sozialistischen Weltsystems und dem immer kleiner werdenden direkten Operationsgebiet des Imperialismus ist aus dieser realen Möglichkeit eine Notwendigkeit für jeden langfristigen Erfolg in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung aller rückständigen Staaten geworden.

Für Lateinamerika gilt, wie für die Länder der jungen Nationalstaaten Afrikas und Asiens, der jeden echten Fortschritt hemmende Einfluß der imperialistischen Industriestaaten. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg ist jedoch in einzelnen Ländern Afrikas und Asiens als eine antiimperialistische demokratische Phase möglich, die unter der Führung nichtproletarischer Kräfte stehen kann, weil sich eben nationale Bourgeoisie und Proletariat noch nicht in dem Maße herausgebildet haben und unter dem Schutz des sozialistischen Weltsystems diese Völker reale Entwicklungsmöglichkeiten zur Vorbereitung der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus haben. In dieser Phase muß sich die Arbeiterklasse entwickeln und auf ihre führende Rolle vorbereitet werden.

Für die lateinamerikanischen Völker ist die Möglichkeit des Beschreitens des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges unter der Führung nichtproletarischer Kräfte weitgehend ausgeschlossen. Dies ist durch eine weitgehende Herausbildung, wenn auch deformierter, kapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse begründet. Eine echte antiimperialistische, nichtkapitalistische Entwicklung ist in Lateinamerika auf Dauer nur unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Volkskräften möglich. Dennoch ist es erforderlich, zur genauen Kennzeichnung des antiimperialistischen Kampfes um Demokratie und Sozialismus der lateinamerikanischen Völker vom nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu sprechen. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg für Lateinamerika beinhaltet doch gerade die Möglichkeit der Abkehr von den jahrzehntelangen vergeblichen Versuchen, die kapitalistische Entwicklung der imperialistischen Staaten nachzuholen. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg ist Hauptbestandteil eines jeden nationalen Programms der lateinamerikanischen Völker in der antiimperialistisch demokratischen Phase, die sozialistisch orientiert sein muß, da ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist[15]). Der Aufbau des Sozialismus erfordert einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Der Sozialismus kann nicht ohne Fundament errichtet werden unter den Bedingungen des Elends und der ökonomischen Rückständigkeit. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg eröffnet den lateinamerikanischen Ländern die Perspektive der Entwicklung des Sozialismus durch eine Etappe des Aufschwungs der Produktivkräfte und der Inangriffnahme konsequent demokratischer und sozialer Programme. Diese Etappe wird aufgrund der fortgeschrittenen Entwicklung der Klassenkräfte in den lateinamerikanischen Ländern relativ rasch in einen direkten Aufbau des Sozialismus umschlagen müssen, um die in dieser Phase erzielten Errungenschaften der Völker nicht wieder in Frage zu stellen. Hierbei sind die besonderen Bedingungen des Kräfteverhältnisses im

[15]) Zur Problematik des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges sei besonders auf: Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Band 3, Wahl des Weges, Berlin 1970, und G. Thole, R. Wünsche, „Leninismus und antiimperialistische Befreiungsbewegung heute", Berlin 1970, S. 48—53, hingewiesen.

Weltmaßstab zwischen Sozialismus und Imperialismus zu beachten, was genauere Voraussagen, ob etwa der Aufbau des Sozialismus in den jungen Nationalstaaten Afrikas und Asiens eher möglich ist als in den meisten lateinamerikanischen Ländern, zur Spekulation werden läßt.

Der Kampf um die Macht

1. Ebenen des Kampfes

Der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion nimmt in allen lateinamerikanischen Ländern zu. Die Polarisierung verschärft sich. Der Kampf gegen den US-Imperialismus schließt immer größere Volksmassen ein. Die Lösung der Frage: wer wen? steht auf der Tagesordnung. Neben den großen Klassenschlachten um soziale Verbesserungen und ökonomische Eigenständigkeit spitzt sich der Kampf um die Staatsmacht zu. Der Kampf der internationalen Monopole und ihrer Erfüllungsgehilfen aus der nationalen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzerkaste gegen die Volkskräfte wird immer erbitterter. Alle Ebenen der ökonomischen, politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Belange der Völker sind davon betroffen. Es gibt keinen „freien", von der Klassenauseinandersetzung unberührten Lebensbereich. Der Kampf der volksfeindlichen Kräfte wird allseitig geführt.

Zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen sind die lateinamerikanischen Völker gezwungen, den Kampf an allen wichtigen Entscheidungsfronten und auf allen Ebenen zu führen. Der direkte Kampf um die Staatsmacht ist verbunden mit dem Kampf um Sicherung und Ausweitung der politischen Aktionsmöglichkeiten der Volksmassen, des ökonomischen Kampfes, des Kampfes um soziale Verbesserungen, um Sicherung des kulturellen Erbes der Völker, um Volksbildung und verkürzte Arbeitszeit, um Mitbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dies muß unter Ausnutzung aller Kampfformen geschehen. Welche Kampfform im besonderen angewandt wird, muß Ergebnis einer wissenschaftlichen Einschätzung der jeweiligen Bedingungen sein. Keine Kampfform kann von vornherein ausgeschlossen werden.

2. Bündnispolitik der kommunistischen Parteien

Das Beachten aller Ebenen des Kampfes ist Pflicht einer jeden kommunistischen Partei. Auf dieser Grundlage ist es den lateinamerikanischen kommunistischen Parteien möglich, in allen Belangen die Interessen der Volksmassen zu verkörpern. Die relative Schwäche der einen oder anderen kommunistischen Partei widerlegt nicht die grundsätzliche Interessengleichheit zwischen Volksmassen und kommunistischer Partei. Aus dieser Interessengleichheit entspringt die Verantwortung der kommunistischen Parteien Lateinamerikas zu der Unterstützung und zum Vorantreiben aller dem Volke nützenden Kämpfe. Das schließt die wissenschaftliche Einschätzung des Kräfteverhältnisses ebenso ein, wie den praktischen Kampf der Kommunisten an allen Fronten des Klassenkampfes. Entscheidend für den Erfolg ist nicht zuletzt eine richtige Bündnispolitik, verbunden mit einer prinzipientreuen Haltung in allen nationalen und internationalen Fragen.

Eine der Hauptaufgaben ist die Schaffung einer breiten Front der Volkskräfte, die in der Lage ist, neben der Organisierung und Leitung der Massenaktionen in der täglichen Klassenauseinandersetzung auch die Macht des Staatsapparates zu über-

nehmen und damit eine entscheidende Etappe im Kampf des Volkes um die Macht einzuleiten. In Uruguay ist diese Politik vor einigen Monaten durch die Bildung der „frente amplia", der „breiten Front", gekrönt worden, in der die nichtimperialistischen Parteien, Parteilose, fortschrittliche Christen zusammengefaßt sind, die sich aus allen werktätigen Klassen und Schichten rekrutieren.
In Chile ist die Front der Volksaktion (FRAP) seit einem Jahr Führer des chilenischen Staates mit Regierungsgewalt. Das Bündnis der 6 antiimperialistischen Parteien ist gestützt auf die Volksmassen und auf eine starke Arbeiterbewegung mit einem fortschrittlichen Gewerkschaftsapparat. Breite Teile der Christdemokraten, der Armee und der offiziellen Kirchenvertreter verhalten sich zumindest loyal. Dies ist vor allem Ergebnis einer jahrzehntelangen beharrlichen Bündnispolitik in Chile.
In einer komplizierten Situation befinden sich in der Bündnispolitik die in der Illegalität oder Halblegalität kämpfenden kommunistischen Parteien. In vielen Ländern gibt es Gesetze, wie in Argentinien das „Gesetz zum Schutz des Landes gegen den Kommunismus"[16], das eine erfolgreiche Bündnispolitik erheblich erschwert. Selbst bei fortgeschrittenen Kreisen ist die Angst vor einer Zusammenarbeit, abgesehen von den vorhandenen antikommunistischen Vorurteilen, oft groß. Eine Stütze bilden in dieser Situation vor allem die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften. Darüber hinaus werden Aktionsbündnisse in unterschiedlichem Ausmaß in allen Ländern Lateinamerikas hergestellt. Arismendi spricht hier von einer Periode des Kräftesammelns, die „in der Mobilisierung, Organisierung und in der Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes" besteht[17].

3. Bewaffneter Kampf — nichtbewaffneter Kampf

Die Formen, in der die Auseinandersetzung um die Macht geführt werden, werden von Nichtmarxisten fast durchgängig — bewußt oder unbewußt — verwechselt mit der prinzipiellen Politik, die nur die Entscheidung für oder gegen die Volksinteressen zuläßt. Diese prinzipielle Haltung wird verwischt durch ein unsinniges Orakeln etwa über den friedlichen oder nichtfriedlichen Übergang zum Sozialismus. In Lateinamerika wird von den kommunistischen Parteien immer wieder betont, und die Geschichte gibt ihnen täglich recht, daß der Imperialismus nicht freiwillig auf seine Machtpositionen verzichtet. Die Mannigfaltigkeit der imperialistischen Unterdrükkungsmaschinerie erfordert eine hohe Beweglichkeit in der Anwendung der Kampfformen seitens der Volkskräfte. Ein Übergang zum Sozialismus wie jeglicher demokratischer Fortschritt vollzieht sich „gewaltvoll", da er auf den erbitterten Widerstand des imperialistischen Lagers stößt.
Im konkreten Kampf um die Staatsmacht und als Abwehr der terroristischen Maßnahmen der von den reaktionären Militärregimen geknechteten Völker spielt die Frage des bewaffneten bzw. nichtbewaffneten Kampfes eine wichtige Rolle. Beide Kampfformen sind möglich und welche von beiden vorherrscht, hängt vor allem von der Aggressivität des Gegners und der Kampfkraft der Volksmassen ab. Eine hohe Verantwortung kommt den kommunistischen Parteien bei der Einschätzung der

[16]) Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Bd. 3. a. a. O., S. 194.
[17]) R. Arismendi, „Einige aktuelle Probleme des revolutionären Prozesses in Lateinamerika", in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1964, Heft 10, S. 817 ff.; zitiert nach: Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Bd. 3, S. 196.

Möglichkeit und Notwendigkeit des Übergangs zur bewaffneten Aktion des Volkes zu. Eine Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses kann verheerende Folgen für die fortschrittliche Bewegung über Jahrzehnte hinaus haben. Die Massen müssen auf eine bewaffnete Auseinandersetzung sorgfältig vorbereitet werden, ebenso muß der Übergang zu vorwiegend nichtbewaffneten Aktionen rechtzeitig und vorbereitet erfolgen. Nachtrabpolitik wie auch Isolierung von den Massen wirken sich verhängnisvoll aus. Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas wissen um diese Verantwortung, — entgegen den oft aufgeregten Beschimpfungen seitens mancher lateinamerikanischer Intellektueller oder europäischer „Lateinamerikaologen".
Wichtig bei der Diskussion um den bewaffneten bzw. nichtbewaffneten Kampf ist deren Einordnung unter die prinzipielle Auseinandersetzung zwischen den Interessen der lateinamerikanischen Völker und deren Unterdrücker.

Internationale Aspekte des Kampfes

1. Nationalismus und kapitalistische Integration — kein Gegensatz

Ein wichtiges Instrument zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft ist für den Imperialismus das Schüren von Nationalismus und Chauvinismus. Er baut hier auf vorhandene Ressentiments und auch auf echten nationalen Gefühlen auf. Die demagogische Losung in Bolivien von der notwendigen „Rückeroberung des Meeres" (sprich Überfall auf Chile) und das jüngste Schüren eines Grenzstreites zwischen Kolumbien und Venezuela um den Festlandsockel und die Territorialgewässer im Golf von Venezuela sind zwei Beispiele dafür, wie der Imperialismus versucht, nationale Gegensätze zu schüren, um die lateinamerikanischen Völker vom Kampf gegen ihren wirklichen Feind, den Imperialismus, abzulenken. Der Grenzstreit zwischen Venezuela und Kolumbien zeigt noch mehr. Hinter den nationalistischen Phrasen verbirgt sich in Wirklichkeit ein Kampf internationaler Erdölkonzerne, der auf dem Rücken der beiden Völker ausgetragen werden soll.
Diese Politik steht keineswegs im Gegensatz zu den Plänen der imperialistischen Integration, einmal Schaffung „gemeinsamer Märkte" für Südamerika und Zentralamerika unter der Führung der US-Monopole sowie Schaffung von „Bündnissystemen", die streng gegen die lateinamerikanischen Völker selbst gerichtet sind. Hierdurch werden keineswegs etwa gleichberechtigte Kooperationsbeziehungen der Staaten untereinander angestrebt, sondern soll lediglich die globale Kontrolle des US-Imperialismus über den amerikanischen Kontinent gesichert werden. Hierbei kann das jeweilige Schüren von Konflikten der Staaten untereinander nützlich sein, um von vornherein Ansätze für ein gemeinsames Vorgehen der lateinamerikanischen Regierungen in diesen US-Zwangsgebilden zu verhindern.

2. Koexistenz und gleichberechtigte Beziehungen

Die Existenz des sozialistischen Weltsystems gestaltet die Aufrechterhaltung eines imperialistischen Zwangssystems nach beschriebenem Muster von bilateralen und multilateralen „Bündnissen" immer schwieriger. Diese Gebilde sind schon eine Reaktion auf die veränderte Weltlage seit Existenz des ersten sozialistischen Staates und insbesondere seit dem 2. Weltkrieg. Seit dieser Zeit bietet sich für die lateiname-

rikanischen Länder die Möglichkeit, auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und ohne Diktat des von den imperialistischen Industrienationen kontrollierten „Weltmarktes" in ökonomische Beziehungen zu treten. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz, also der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eröffnet erstmals für alle Staaten Lateinamerikas unter dem Prinzip völliger Gleichberechtigung die Gelegenheit, zwischenstaatliche Beziehungen aufzunehmen. Diese Perspektive ist ein Grund für das hektische Bemühen um immer neue antikommunistische „Schutzmaßnahmen" seitens der Imperialisten. Die Stabilisierung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse, der beste „Schutz", scheitert an den dem imperialistischen System innewohnenden — und nicht zu lösenden — Widersprüchen. Die Attraktivität westdeutscher „Entwicklungsprogramme" und der damit verbundenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR wird immer geringer. Die „Verteidiger der westlichen Freiheit" müssen einen immer rigider werdenden Druck auch durch die von ihnen beherrschten internationalen „Bündnis"-, Handels- und Finanzorganisationen ausüben. Eine finanzielle „Hilfe", wie sie heute betrieben wird, bei der die lateinamerikanischen Staaten insgesamt 87 % aller neuaufgenommenen Kredite zur Abdeckung und für die Zinsen alter Schulden aufbringen müssen, kann zur „Beseitigung der kommunistischen Gefahr" wohl kaum beitragen. Die schnelle, kontinuierliche Entwicklung des sozialistischen Kubas eben auf der Basis der völligen Gleichberechtigung und nichtdiskriminierender Bedingungen zum gegenseitigen Vorteil, verbunden mit der solidarischen Hilfe für das von Intervention und Invasion durch den US-Imperialismus bedrohte Volk seitens der sozialistischen Staaten, zeigt seine Wirkung in allen übrigen Ländern Lateinamerikas. Normale Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der friedlichen Koexistenz sind zu einer Hauptforderung der lateinamerikanischen Völker geworden.

3. Zusammenarbeit der revolutionären Abteilungen in Lateinamerika

Die Umklammerungstaktik des US-Imperialismus durch, wie schon gezeigt, „Bündnissysteme", internationale Handels- und Bankorganisationen, multilaterale Entwicklungsprogramme etc. aller noch vom US-Imperialismus kontrollierten Staaten erfordert von den Völkern Lateinamerikas eine zunehmende Zusammenarbeit und Verständigung. Gemeinsam ist gegen Nationalismus und Chauvinismus vorzugehen. Gemeinsam sind die Möglichkeiten über ein eventuelles Ausnutzen und Entwickeln von Ansätzen einer eigenständigen Politik gegenüber dem US-Imperialismus in den von den USA selbst geschaffenen Organisationen für Lateinamerika zu prüfen.
Die kommunistischen Parteien der lateinamerikanischen Länder führen regelmäßige gemeinsame Beratungen über die Aufgaben des Kampfes ihrer Völker durch und entwickeln allgemeine Grundsätze des antiimperialistischen Kampfes weiter. Ein gemeinsamer Erfahrungs- und Gedankenaustausch von Delegationen kommunistischer Parteien zweier oder mehrerer Länder wird häufig wahrgenommen. Das sozialistische Kuba unterhält vielfältige Beziehungen zu den revolutionären Abteilungen der lateinamerikanischen Völker.
Ein wichtiges Organ zur Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten der Arbeiterklasse Lateinamerikas ist der „Verband der Arbeiter Lateinamerikas" (CTAL). Eine Verstärkung des gemeinsamen Vorgehens der Völker Lateinamerikas ist unter Wahrung

völliger nationaler Eigenständigkeit und voller Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten im Interesse der weiteren Entfaltung der antiimperialistischen Bewegung unumgänglich.

4. Lateinamerika und der Kampf der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Staaten

Die Politik der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker seitens der kapitalistischen Industriestaaten traf in der langen Geschichte des Kolonialismus und Neokolonialismus immer auf den entschlossenen Widerstand breiter Teile der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Industriestaaten selbst. Hier sei nur auf einige bedeutende Aktionen der Solidarität mit den Völkern der unterdrückten Länder der deutschen Arbeiterklasse hingewiesen:
Die Kampagne der deutschen Sozialdemokratie gegen den Henker der ostafrikanischen Bevölkerung, Carl Peters, 1897, die Anprangerung des Ausrottungsfeldzuges in Südwest-Afrika 1904, die Aktionen der deutschen Sozialdemokratie gegen Kolonialismus und Ausbeutung anläßlich der sogenannten Hottentottenwahlen 1907. Diese Tradition des konsequenten antikolonialistischen Kampfes im Geiste von Marx und Engels wurde nach dem ersten Weltkrieg von der Arbeiterklasse unter der Führung der KPD fortgesetzt. Die machtvolle Losung „Hände weg von China" war Ausdruck einer erfolgreichen Kampagne gegen die Invasionsgelüste der Imperialisten. Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus wurde unter der Führung der KPD dieser konsequente Kampf gegen Neokolonialismus und Krieg fortgeführt, z. B. gegen die US-Invasion in Korea.
Heute ist der Kampf gegen den Neokolonialismus in allen kapitalistischen Industriestaaten integrer Bestandteil des gesamten antimonopolistischen Kampfes der Arbeiterklasse dieser Länder um Demokratie und Sozialismus. Für die lateinamerikanischen Völker bedeutet dieser Kampf eine erhebliche Hilfe im Ringen um ökonomische und politische Selbständigkeit in ihren Kämpfen gegen den Imperialismus. Dies wurde deutlich am Beispiel der kubanischen Revolution. Nicht zuletzt die internationalen Solidaritätsaktionen und die antiimperialistische Haltung breiter Teile der Volksmassen in den USA, Großbritannien, Frankreich, der BRD und in den anderen kapitalistischen Staaten trugen zum Scheitern aller bisherigen Invasionsversuche des US-Imperialismus gegenüber Kuba bei. Umgekehrt führen die zunehmenden Erfolge der Völker Lateinamerikas in ihrem Kampf gegen den Imperialismus zu einem mächtigen Aufschwung und zur Stärkung der Kampfkraft und Entschlossenheit der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes in den kapitalistischen Industrieländern. Die Solidaritätsbewegungen für die um ihre Freiheit ringenden Völker Indochinas, wie die Verbundenheit mit den Völkern Lateinamerikas, haben wesentlichen Anteil am wachsenden Vermögen der Volksmassen, die wirklichen Feinde zu erkennen.
In der Bundesrepublik vertritt als einzige Partei die DKP zur Frage des antiimperialistischen Kampfes der lateinamerikanischen Völker eine den Interessen der westdeutschen Bevölkerung entsprechende Politik der Solidarität mit dem Kampf der Völker Lateinamerikas gegen militärische und politische Unterdrückung, um ökonomische Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus und um gleich-

berechtigte Beziehungen mit allen Staaten. Im letzten Abschnitt der These 20 im Thesenentwurf zum Düsseldorfer Parteitag 1971 der Deutschen Kommunistischen Partei heißt es: „Es ist für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik eine Pflicht des proletarischen Internationalismus, Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus zu üben und die diskriminierende, neokolonialistische Politik der westdeutschen Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika zu bekämpfen."

Rezensionen:

Gerhard Heß (Gesamtredaktion): BRD—DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Hartmann — Schardt — Weiß — Harrer — Jung — F. Deppe — Dähne - Tjaden-Steinhauer — Tjaden — Fülberth — Knüppel — Kühnl — Römer — Lederer — Michels — Deppe — Wolfinger — v. Freyberg — H. U. Deppe — Wulff — Leisewitz — Rilling — Kramer — Schäfer — H. Schuler — M. Schuster — Steinhaus.
Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1971, 442 S., 12,80 DM.

„Die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist klassenmäßig, durch ihr Klasseninteresse und durch ihre geschichtliche Rolle objektiv miteinander verbunden." (402) „So vereint sich der äußere Widerspruch zwischen den Ländern, in denen die Arbeiterklasse die Macht ausübt, mit dem inneren Klassenwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Länder zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital als klassenmäßig prinzipiell ein- und derselbe Widerspruch." (402)
Die theoretische Auseinandersetzung mit den zwei antagonistischen Gesellschaftssystemen auf deutschem Boden gewinnt daher praktisch-politische Bedeutung. So hat sich im Verlauf der SPD-Ostpolitik eine neue Spielart des Antikommunismus entwickelt, die bekämpft werden muß. Aus dieser Situation gewinnen die 16 Artikel dieses Buches ihre politische Relevanz, weil sie nicht zur Auseinandersetzung im wissenschaftlichen Elfenbeinturm, sondern zur Problematisierung des Systemvergleichs beitragen. U. E. dient es in erster Linie der Diskussion innerhalb der BRD, da es im politischen Kampf gilt, gerade unter der Perspektive einer revolutionären Alternative den geschichtlichen Standort des BRD-Systems zu bestimmen.
In den hier beschriebenen Beiträgen wird versucht, die neueste Geschichte als Geschichte der Arbeiterbewegung zu begreifen. So stellen sie sich bewußt in Gegensatz zu Veröffentlichungen bürgerlicher Provenienz, die — wie die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971" — an den Phänomenen verhaftet bleiben.
Eingeleitet wird der Band von einer Betrachtung zur Entwicklung der Spaltung Deutschlands, die die gängige bürgerliche Interpretation der Teilung Deutschlands als antikommunistisch entlarvt und exakt die Spaltungsbemühungen und den Spaltungserfolg der imperialistischen Siegermächte unter Führung der USA nachzeichnet.
Es folgen Analysen der ökonomischen Systeme der BRD und der DDR sowie der Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion; ergänzt wird dieser Komplex durch Untersuchungen zu Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft und der Sozialstruktur beider Staaten.
Auf dieser sozio-ökonomischen Grundlage bauen die Artikel über bürgerliche und sozialistische Demokratie, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, die Grundrechte und die sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung in der BRD und der DDR auf.
Auf konkreterer Ebene werden einige gesellschaftliche Teilbereiche behandelt: Die soziale Lage der Frauen, medizinische Versorgung in Betrieben und von behinderten Kindern, Wissenschafts- und Forschungspolitik und Probleme des Bildungswesens.
Der abschließende Beitrag reflektiert den Stellenwert der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland und den Einfluß des sozialistischen Systems der DDR auf die Entwicklung der BRD.
Wie Harrer-Jung in ihrem Beitrag „Das ökonomische System in der BRD und der DDR" ausführen, spitzt sich der zentrale Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Reproduktion und der privaten Aneignungsweise, den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte zu, beschleunigt sich im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution und bezieht auch die wissenschaftliche Tätigkeit in den Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit ein. Daraus erwachsen aber auch Versuche des kapitalistischen Systems, seine Eigentumsverhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte anzupassen. (Vgl. den Übergang vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen System als Entwicklung der letzten Jahrzehnte).
Darüberhinaus können Veränderungen des Kapitalismus, speziell in Westdeutschland, nicht allein aus den Veränderungen der Verwertungsbedingungen des Kapitals abgeleitet werden (Vgl. 39). „Die Systemauseinandersetzung wirkt auf die Bedingungen des inneren Klassenkampfes" (39), so daß „die Existenz der DDR (gleichsam als „dritte Tarifpartei" (413) es ermöglichte, daß „die westdeutsche Arbeiterklasse in den fünfziger und sechziger Jahren wesentliche Erhöhungen der Löhne und Sozialleistungen durchsetzen konnte, ohne hierfür in der Regel in den Streik treten zu müssen" (414).
Bis 1956 waren die Strukturprobleme der westdeutschen Wirtschaft weitgehend vom Nachkriegsboom verdeckt worden, erst zu diesem Zeitpunkt zeichneten sich durch den Einbruch der wissenschaftlich-technischen Revolution Strukturkrisen im Bergbau ab.
Mit der Grenzsicherung am 13. August 1961 wurde auch das ökonomische Potential dem Zugriff der westdeutschen Mo-

Jean Meynaud, Heiner Stück, Jutta Matzner, Robert Jungk: Spekulationen über die Zukunft.
272 Seiten DM 13.– (ISBN 3 920802 67 5).

Die Autoren untersuchen detailliert den gesellschaftlichen Stellenwert und die Möglichkeiten von Zukunftsforschung. Das Buch ermöglicht einen ausgezeichneten Überblick über die verschiedenen Strömungen der Futurologie, der Entwicklungsforschungen und der Theorien, die sich generell mit den Chancen und Grenzen von Prognosen befassen. Von den auch in Deutschland bekannten Wissenschaftlern werden besprochen: Bertaux, Chardin, Gabor, Jouvenel, Habermas, Freyer, Galbraith, Aron, Flechtheim, Steinbuch, Lübbe und Toynbee.
Die Beiträge leisten eine scharfe Kritik an der Verherrlichung und Beschwörung der Zukunft aus technokratischem Geist. Entweder verbleibt die Futurologie mit ihrer Entwicklung von Antizipationen, die nicht mit den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen verbunden werden, praxisfern, oder aber sie gerät selbst zur Sozialtechnologie, die eher die Verhältnisse im staatlich regulierten Kapitalismus verfestigt als daß sie alternative, auf Praxis bezogene Handlungsmöglichkeiten zur Errichtung wirklich ‚wünschbarer Zukünfte' entwickelt. Diese Kritik an den Hauptrichtungen gegenwärtiger Futurologie wird mit Hilfe neuerer wissenschaftssoziologischer und politologischer Studien geleistet.

Rogner & Bernhard

nopole entzogen. Das Arbeitskräftereservoir der BRD war nahezu erschöpft, eine extensive Erweiterung der Produktion war nur noch beschränkt möglich. „Das macht einen Wachstumstyp der intensiven erweiterten Reproduktion notwendig, indem die Steigerung der Produktion nahezu ausschließlich durch Anwendung neuer Verfahren und Technologien sowie durch die weitere Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft durchgesetzt wird" (47).

In der Krise 66/67 war offensichtlich geworden, daß die alten Methoden der Wirtschaftsregulierung nicht mehr ausreichten und neue Strategien der Wirtschaftslenkung nötig wurden. So wurde in der BRD die konzertierte Aktion als spezifisch westdeutsche Form im System der Globalsteuerung entwickelt. (Vgl. 57).

Die Aktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1969/70 haben aber die Grenzen dieser Regulierung markiert. Findet so die „innere" Expansion des Systems immer wieder ihre Grenzen in der Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, wird sein äußerer Aktionsradius nicht nur durch die Stellung gegenüber den imperialistischen Rivalen bestimmt, sondern zunehmend durch den wachsenden Einfluß des sozialistischen Staatensystems eingeengt. (Vgl. 60)

F. Deppe zeigt die Versuche, in den Betrieben die eindimensionale Leitungsstruktur des kapitalistischen Unternehmens in eine mehrdimensionale umzuwandeln zu dem Zweck, den Widerspruch zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion zu neutralisieren und die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Produktion zu effektivieren.

Die Zielsetzung der ideologischen Beeinflussung der Arbeiter ist, das Arbeiterbewußtsein, das in der Erfahrung der kollektiven Klassenlage und der Einsicht in die Notwendigkeit des solidarischen und organisierten Handelns gründet, zu atomisieren. Als bislang erfolgreichster Hebel, diesen Individualisierungsprozeß und die faktische Machtlosigkeit des Arbeiters in Betrieb und Gesellschaft ideologisch zu kompensieren, hat sich die Orientierung auf Lohn und Konsum bewährt. (Vgl. 113)

Steinhaus legt dar, daß auch für die Politik des militanten Antikommunismus und für eine auf die Integration der westdeutschen Arbeiterklasse gerichtete Strategie von Anfang an ein Gefälle im Individualkonsum zwischen West und Ost unabdingbare Grundlage war. Im Hinblick auf die Strategie konnte sich die herrschende Klasse auf die günstigeren Startbedingungen Westdeutschlands stützen. „Sie konzentrierte sich darauf:

- im Inneren den Schwerpunkt auf relativ kurzfristig amortisierbare und für den Individualkonsum relevante Produktions- und Dienstleistungszweige zu legen
- den hierdurch vergrößerten ökonomischen Vorsprung zur Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR auszunutzen, womit Bildungsinvestitionen des sozialistischen Deutschland im kapitalistischen Deutschland wirksam wurden." (407)

So wurde im Bewußtsein der Menschen der individuelle Konsum zum wichtigsten Kriterium für die Einschätzung der beiden alternativen Gesellschaftssysteme.

Waren so einerseits dank der Erstarkung des sozialistischen Staatensystems die Versuche der imperialistischen Mächte, das sozialistische System in der DDR zu beseitigen, gescheitert, waren andererseits die antikommunistischen Strategien wirksam genug gewesen, die Ausstrahlungskraft des gesellschaftlichen Systems der DDR auf das Bewußtsein der westdeutschen Werktätigen weitgehend zu neutralisieren. Dieser politische Teilerfolg mußte jedoch mit einem hohen Preis erkauft werden: So wurden bestimmte Strukturbereiche (Bildungswesen, Landwirtschaft, Bau- und Bodenrecht, Mittelschichtenpolitik) in wachstumshemmender Weise sorgsam konserviert. In der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Systemkonkurrenz geraten diese konservativen Strukturen in Widerspruch zu der notwendig verstärkten Effektivierung des kapitalistischen Systems.

So ist die Tendenz feststellbar, anstelle der konservativen Beharrlichkeit die zukunftsweisende Fortschrittlichkeit des kapitalistischen Systems im Vergleich mit der DDR aufzuzeigen: Entweder wird die

Ineffektivität des sozialistischen Systems, seine „bürokratische Verkrustung" propagiert, oder der antagonistische Widerspruch durch Konvergenzgesäusel über „Industrielle Gesellschaften" verschleiert.

Es ist in diesem Buch gelungen, die historische Überlebtheit des BRD-Kapitalismus im Vergleich mit der DDR aufzuzeigen und damit auch die ideologischen Verknebelungen zu durchbrechen. Dies geschieht sehr konkret in den angeführten Themenkreisen, so daß das hier enthaltene Material einen wichtigen Beitrag zur ideologischen und politischen Auseinandersetzung liefert.

Zu bedauern ist, daß es — trotz seiner voraussichtlich primären Verbreitung im Hochschulbereich — nicht auf ultralinke Varianten des Antikommunismus eingeht.

Trotz des verarbeiteten Materials wird die konkrete gesellschaftliche Bewegung in der DDR nur ansatzweise nachvollzogen. Das mag ein Erbe der jahrzehntelangen Vernachlässigung der DDR sein. Der „Systemvergleich" ist die erste marxistische Veröffentlichung von BRD-Autoren zu dieser Auseinandersetzung. Bewältigt sie auch den ideologischen Ballast der DDR-Rezeption, so ist sie doch nur ein Anfang der wissenschaftlichen und politischen Orientierung auf die reale revolutionäre Alternative.

P. Hiedl, C. Hiedl, G. Dietrich

Der Imperialismus der BRD.
Hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1971. 687 Seiten. 11,– DM.

Das vorliegende Buch kann ohne Einschränkung als der bisher umfassendste Versuch bezeichnet werden, das staatsmonopolistische System im allgemeinen und dessen spezifische Züge und Erscheinungsformen in der BRD im besonderen zu analysieren. Vom 1965 erstmals erschienenen Buch „Imperialismus heute", das sich vor allem mit dem Prozeß der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigt hatte, unterscheidet sich die neue Untersuchung darin, daß sie sich „auf die Bewegung des umfassend herausgebildeten staatsmonopolistischen Systems, auf die davon ausgehende Vertiefung der Widersprüche und die Schlußfolgerungen für den Klassenkampf" konzentriert. (S. 6). Über das 1969 im Akademie Verlag Berlin erschienene (und vom Verlag Marxistische Blätter 1970 übernommene) Buch „Spätkapitalismus ohne Perspektive" (Hrsg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin) (vgl. die Rezension des Gen. Kievenheim in facit Nr. 21) geht „Der Imperialismus der BRD" insofern hinaus, als in ihm die neuesten ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen des westdeutschen Imperialismus vor allem im Hinblick auf die Erarbeitung einer antimonopolistischen Strategie der fortschrittlichen Kräfte konkret berücksichtigt werden.

So findet sich z. B. eine ausführliche und differenzierte Einschätzung der Rolle und Funktion der SPD, deren Führer „in einer Situation, da die Monopolbourgeoisie nach neuen Formen und Methoden der Machtausübung suchte, mit einer relativ geschlossenen strategischen Konzeption zur Fortsetzung der imperialistischen Politik in den siebziger Jahren, entsprechend den neuen strategischen Existenzbedingungen des Imperialismus, anboten" (S. 223). Im Wesen der imperialistischen Politik hat sich nichts geändert: alle Konzeptionen und praktischen Maßnahmen der Bonner Regierung (von ihrem außen- und innenpolitischen Aspekt) sind dem strategischen Ziel des Imperialismus untergeordnet: Liquidierung des bestehenden Sozialismus, Unterdrückung und Ausbeutung der Werkätigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, Ausplünderung und Unterwerfung der Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder. Modifikationen in den Formen und Methoden dieser Politik sind Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab und der verschärften inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Politik der rechten SPD-Führung entspricht heute den Bedürfnissen des Monopolkapitals, das „im Interesse seines Profit- und Expansionsstrebens nach größerer Effektivität der staatlichen Tätig-

nopole entzogen. Das Arbeitskräftereservoir der BRD war nahezu erschöpft, eine extensive Erweiterung der Produktion war nur noch beschränkt möglich. „Das macht einen Wachstumstyp der intensiven erweiterten Reproduktion notwendig, indem die Steigerung der Produktion nahezu ausschließlich durch Anwendung neuer Verfahren und Technologien sowie durch die weitere Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft durchgesetzt wird" (47).

In der Krise 66/67 war offensichtlich geworden, daß die alten Methoden der Wirtschaftsregulierung nicht mehr ausreichten und neue Strategien der Wirtschaftslenkung nötig wurden. So wurde in der BRD die konzertierte Aktion als spezifisch westdeutsche Form im System der Globalsteuerung entwickelt. (Vgl. 57).

Die Aktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1969/70 haben aber die Grenzen dieser Regulierung markiert. Findet so die „innere" Expansion des Systems immer wieder ihre Grenzen in der Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, wird sein äußerer Aktionsradius nicht nur durch die Stellung gegenüber den imperialistischen Rivalen bestimmt, sondern zunehmend durch den wachsenden Einfluß des sozialistischen Staatensystems eingeengt. (Vgl. 60)

F. Deppe zeigt die Versuche, in den Betrieben die eindimensionale Leitungsstruktur des kapitalistischen Unternehmens in eine mehrdimensionale umzuwandeln zu dem Zweck, den Widerspruch zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion zu neutralisieren und die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Produktion zu effektivieren.

Die Zielsetzung der ideologischen Beeinflussung der Arbeiter ist, das Arbeiterbewußtsein, das in der Erfahrung der kollektiven Klassenlage und der Einsicht in die Notwendigkeit des solidarischen und organisierten Handelns gründet, zu atomisieren. Als bislang erfolgreichster Hebel, diesen Individualisierungsprozeß und die faktische Machtlosigkeit des Arbeiters in Betrieb und Gesellschaft ideologisch zu kompensieren, hat sich die Orientierung auf Lohn und Konsum bewährt. (Vgl. 113)

Steinhaus legt dar, daß auch für die Politik des militanten Antikommunismus und für eine auf die Integration der westdeutschen Arbeiterklasse gerichtete Strategie von Anfang an ein Gefälle im Individualkonsum zwischen West und Ost unabdingbare Grundlage war. Im Hinblick auf die Strategie konnte sich die herrschende Klasse auf die günstigeren Startbedingungen Westdeutschlands stützen. „Sie konzentrierte sich darauf:

- im Inneren den Schwerpunkt auf relativ kurzfristig amortisierbare und für den Individualkonsum relevante Produktions- und Dienstleistungszweige zu legen
- den hierdurch vergrößerten ökonomischen Vorsprung zur Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR auszunutzen, womit Bildungsinvestitionen des sozialistischen Deutschland im kapitalistischen Deutschland wirksam wurden." (407)

So wurde im Bewußtsein der Menschen der individuelle Konsum zum wichtigsten Kriterium für die Einschätzung der beiden alternativen Gesellschaftssysteme.

Waren so einerseits dank der Erstarkung des sozialistischen Staatensystems die Versuche der imperialistischen Mächte, das sozialistische System in der DDR zu beseitigen, gescheitert, waren andererseits die antikommunistischen Strategien wirksam genug gewesen, die Ausstrahlungskraft des gesellschaftlichen Systems der DDR auf das Bewußtsein der westdeutschen Werktätigen weitgehend zu neutralisieren. Dieser politische Teilerfolg mußte jedoch mit einem hohen Preis erkauft werden: So wurden bestimmte Strukturbereiche (Bildungswesen, Landwirtschaft, Bau- und Bodenrecht, Mittelschichtenpolitik) in wachstumshemmender Weise sorgsam konserviert. In der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Systemkonkurrenz geraten diese konservativen Strukturen in Widerspruch zu der notwendig verstärkten Effektivierung des kapitalistischen Systems.

So ist die Tendenz feststellbar, anstelle der konservativen Beharrlichkeit die zukunftsweisende Fortschrittlichkeit des kapitalistischen Systems im Vergleich mit der DDR aufzuzeigen: Entweder wird die

Ineffektivität des sozialistischen Systems, seine „bürokratische Verkrustung" propagiert, oder der antagonistische Widerspruch durch Konvergenzgesäusel über „Industrielle Gesellschaften" verschleiert.

Es ist in diesem Buch gelungen, die historische Überlebtheit des BRD-Kapitalismus im Vergleich mit der DDR aufzuzeigen und damit auch die ideologischen Verknebelungen zu durchbrechen. Dies geschieht sehr konkret in den angeführten Themenkreisen, so daß das hier enthaltene Material einen wichtigen Beitrag zur ideologischen und politischen Auseinandersetzung liefert.

Zu bedauern ist, daß es — trotz seiner voraussichtlich primären Verbreitung im Hochschulbereich — nicht auf ultralinke Varianten des Antikommunismus eingeht.

Trotz des verarbeiteten Materials wird die konkrete gesellschaftliche Bewegung in der DDR nur ansatzweise nachvollzogen. Das mag ein Erbe der jahrzehntelangen Vernachlässigung der DDR sein. Der „Systemvergleich" ist die erste marxistische Veröffentlichung von BRD-Autoren zu dieser Auseinandersetzung. Bewältigt sie auch den ideologischen Ballast der DDR-Rezeption, so ist sie doch nur ein Anfang der wissenschaftlichen und politischen Orientierung auf die reale revolutionäre Alternative.

P. Hiedl, C. Hiedl, G. Dietrich

Der Imperialismus der BRD.
Hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1971. 687 Seiten. 11,— DM.

Das vorliegende Buch kann ohne Einschränkung als der bisher umfassendste Versuch bezeichnet werden, das staatsmonopolistische System im allgemeinen und dessen spezifische Züge und Erscheinungsformen in der BRD im besonderen zu analysieren. Vom 1965 erstmals erschienenen Buch „Imperialismus heute", das sich vor allem mit dem Prozeß der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigt hatte, unterscheidet sich die neue Untersuchung darin, daß sie sich „auf die Bewegung des umfassend herausgebildeten staatsmonopolistischen Systems, auf die davon ausgehende Vertiefung der Widersprüche und die Schlußfolgerungen für den Klassenkampf" konzentriert. (S. 6). Über das 1969 im Akademie Verlag Berlin erschienene (und vom Verlag Marxistische Blätter 1970 übernommene) Buch „Spätkapitalismus ohne Perspektive" (Hrsg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin) (vgl. die Rezension des Gen. Kievenheim in facit Nr. 21) geht „Der Imperialismus der BRD" insofern hinaus, als in ihm die neuesten ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen des westdeutschen Imperialismus vor allem im Hinblick auf die Erarbeitung einer antimonopolistischen Strategie der fortschrittlichen Kräfte konkret berücksichtigt werden.

So findet sich z. B. eine ausführliche und differenzierte Einschätzung der Rolle und Funktion der SPD, deren Führer „in einer Situation, da die Monopolbourgeoisie nach neuen Formen und Methoden der Machtausübung suchte, mit einer relativ geschlossenen strategischen Konzeption zur Fortsetzung der imperialistischen Politik in den siebziger Jahren, entsprechend den neuen strategischen Existenzbedingungen des Imperialismus, anboten" (S. 223). Im Wesen der imperialistischen Politik hat sich nichts geändert: alle Konzeptionen und praktischen Maßnahmen der Bonner Regierung (von ihrem außen- und innenpolitischen Aspekt) sind dem strategischen Ziel des Imperialismus untergeordnet: Liquidierung des bestehenden Sozialismus, Unterdrückung und Ausbeutung der Werkätigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, Ausplünderung und Unterwerfung der Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder. Modifikationen in den Formen und Methoden dieser Politik sind Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab und der verschärften inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Politik der rechten SPD-Führung entspricht heute den Bedürfnissen des Monopolkapitals, das „im Interesse seines Profit- und Expansionsstrebens nach größerer Effektivität der staatlichen Tätig-

keit zur Sicherung günstiger Verwertungsbedingungen des Kapitals und zur Eindämmung der Widersprüche drängt." (S. 227). Auf diesem Gebiet wurde ein Katalog zahlreicher Forderungen und Maßnahmen entwickelt, mit deren Hilfe die reaktionäre ‚innere Staatsreform' weitergeführt werden soll. Der Katalog reicht von der ‚Steigerung der Wirksamkeit der politischen Führung durch den Bundeskanzler und die Bundesregierung', von der ‚Modernisierung und Rationalisierung des Verwaltungsapparates' und der ‚Einführung moderner Informations-, Planungs- und Führungsmethoden' über die ‚Entwicklung des kooperativen Föderalismus' und die ‚Reform des Parlaments' bis zum ‚personellen Austausch und Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, freiem Beruf und öffentlichem Dienst'. Damit soll versucht werden, „die fortschreitende reaktionär-bürokratische Zentralisierung mit der Aufrechterhaltung und scheinbar sogar Erweiterung bestimmter bürgerlich-demokratischer Methoden der Herrschaftsausübung zu vereinen." (S. 227).

Daß es der SPD-Führung hierbei in Wirklichkeit nicht um die Erweiterung des politischen Einflusses der Werktätigen geht, sondern im Gegenteil um das „Abfangen demokratischer Bestrebungen des Volkes" (S. 228), kann auch nicht durch die Propagierung von ‚besserer Unterrichtung' des Bürgers, ‚Transparenz staatlicher Entscheidungen', ‚Mitverantwortung', ‚Teilhabe' usw. verschleiert werden. Die soziale und politische Demagogie der sogenannten „sozial-liberalen" Regierungskoalition beruht einzig und allein auf der Notwendigkeit, „das politische Herrschaftssystem zuverlässig vor jeglichen demokratischen Einflüssen abzuschirmen, jedoch im Interesse des verstärkten Kampfes gegen den Sozialismus nach einer möglichst breiten Gefolgschaft zu streben." (S. 230). Gegenüber den mehr oder weniger offen autoritären Tendenzen früherer CDU/CSU-Konzepte gewinnt eine diesen Erfordernissen Rechnung tragende „angepaßtere" Strategie der „Integration" größere Bedeutung. Durch ein vielseitiges Instrumentarium ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel (wie die „Konzertierte Aktion", die Ausweitung des Spektrums parlamentarischer Spielregeln, die Mitwirkung in „staatstragenden" Parteien, Verbänden und Organisationen, der Dienst in der Bundeswehr, als „Entwicklungshelfer" neokolonialistischer Politik, die Verstärkung der „politischen Bildung" u. a.) sollen die Forderungen und Bestrebungen großer Teile der Arbeiterklasse, der Jugend und der Intelligenz nach demokratischen Veränderungen aufgefangen und in Aktivitäten für den imperialistischen Staat umgewandelt werden.

Gleichzeitig wird jedoch der Ausbau der politischen und militärischen Machtmittel weiter fortgesetzt, wobei die Verstärkung der Schlagkraft der Bundeswehr als Instrument reaktionärer Innen- und Außenpolitik im Vordergrund steht. Gerade auch der in letzter Zeit zunehmende Druck der Bundesregierung auf demokratische und sozialistische Organisationen (DKP, SdAJ, SPARTAKUS, vds und SHB) zeigt, daß keine die Interessen der Monopole vertretende Partei auf die offene Gewaltanwendung verzichten kann. „Der massive Einsatz politischer Zwangsmittel und die offene Gewaltanwendung bleiben also auch unter den Bedingungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung die ‚ultima ratio' der imperialistischen Politik für den Fall, daß im Ergebnis akuter Verschärfung der Klassengegensätze das staatsmonopolistische System in Gefahr gerät." (S. 231).

Dennoch bieten sich unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung bessere Bedingungen und Möglichkeiten des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um mehr Demokratie und sozialen Fortschritt. Ansatzpunkte für diesen Kampf ergeben sich erstens aus der Tatsache, „daß die rechten SPD-Führer in der Regierungsverantwortung stärker unter dem Druck demokratischer Forderungen ihrer Mitglieder und Anhänger stehen als frühere Regierungskoalitionen", (S. 227) und zweitens daraus, daß der Versuch, unter Losungen wie „Mitverantwortung", „Teilhabe", usw. das Demokratiestreben der Massen zu kanalisieren, immer wieder an die durch die imperialistischen Machtverhältnisse gezogenen Grenzen stößt. Durch das Weiterwirken der Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte des Imperialismus wird der „Spielraum für staatsmonopolistische Reformen und soziale Manöver gegenüber den Werktätigen eingeengt" (S. 232); die Erwartungen der sozialdemokratischen Anhänger werden enttäuscht. Dies führt in der Arbeiterklasse sowohl zu einem „Prozeß der Desillusionierung" (S. 233), als auch zu der Erkenntnis, daß sie von jeder effektiven Mitbestimmung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ausgeschlossen ist. Als „fördernde Faktoren dieses Erkenntnisprozesses" werden sich — neben der Aktivität der antimonopolitischen Kräfte unter Führung der Kommunistischen Partei in der BRD — die „Entfaltung der sozialistischen Demokratie, die Freiheit und Selbstbestimmung der Werktätigen in der DDR" erweisen. (S. 232).

So wie hier die Rolle und Funktion der SPD im staatsmonopolistischen Kapitalismus nach ihren verschiedenen Seiten — Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven — betrachtet wird, werden die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus insgesamt analysiert. Das vorliegende Buch vermittelt umfassende Einsichten in die Bewegungsgesetze des Kapitalismus unter den Bedingungen der verschärften Systemauseinandersetzung (Kapitel 2), der wissenschaftlich-technischen Revolution und dem immer wichtiger werdenden Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik (Kapitel 3), der sich daraus ergebenden Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisen unter Berücksichtigung neuer Krisenerscheinungen (Kapitel 4; vgl. dazu auch den Beitrag von V. Gransow in „Sozialistische Politik" Nr. 12; eine Zeitschrift übrigens, die es verdient, noch mehr verbreitet und gelesen zu werden!) und der zunehmenden objektiven Polarisierung der Klassenverhältnisse (Kapitel 5). Wichtig scheint mir vor allem auch, was über den Kampf gegen die Diktatur des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesagt wird (Kapitel 9). Sowohl der Charakter als auch der Stellenwert der fortschrittlichen, antiimperialistischen Demokratie werden hier näher präzisiert und in Verbindung mit dem Kampf um den Sozialismus diskutiert. Alle wesentlichen aus den aktuellen Erfordernissen des Klassenkampfes resultierenden Fragen werden vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus beantwortet, wobei die Erfahrungen aus den verschärften Klassenauseinandersetzungen der letzten zwei Jahre (Herbststreiks 1969 und 1970) berücksichtigt werden.

Das Buch „Der Imperialismus der BRD" wird mit Sicherheit zur Grundlage jeder weiteren Schulungsarbeit im Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS; es wird zur Grundlage der theoretischen Auseinandersetzungen mit allen Spielarten des modernen Revisionismus; und es wird schließlich, von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse angeeignet und angewandt, zu einer wichtigen Waffe im ökonomischen, politischen und ideologischen Kampf gegen den Imperialismus der BRD.

Peter Strutynski

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Werbe-und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Neuerscheinungen:

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit in der Literatur von F. W. Plesken; ca. 2,– DM, 56 Seiten.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS 308 Seiten, Taschenbuch mit Fotos, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8 broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 S. **facit-Reihe 7** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6 32 Seiten 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

Proletariat und Kunst: Expressionismus und Realismus – Materialien zur Theorie-Praxis einer antiimperialistischen Literatur und Kunst" von F. W. Plesken und G. Peters **„Gesellschaft, Künstler und Kommunismus" von Wieland Herzfelde facit-Reihe 4,** broschiert, 120 S., 4,– DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute" die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. Aus dem Inhalt: Systemdenken und Klassenkampf; ‚Futurologie' als Bewahrung der Vergangenheit; Funktion der Konvergenztheorie; Theorie der ‚Überflußgesellschaft' und die Wirklichkeit; Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Pervertierung in Destruktivkräfte; Kriterien des revolutionären Potentials einer Klasse; Die Angestellten in der Sozialstruktur; Gewerkschaften ohne Zukunft? u. a. **facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A4, 64 S., 3,– DM

Woran starb der SDS? – Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff **RK extra 9** 32 Seiten, DIN A4, 1,50 DM

Futurologie – Wer plant denn da? Was? – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann) **RK extra 7** 52 Seiten, DIN A4, 2,50 DM

SDS in Sofia – Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS – Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS. **facit aktuell 3,** DIN A4, 124 S., nur 1,– DM

Steffen Lehndorff: Grundlade der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenheim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linke; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971. **facit Nr. 24** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christoph Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte an der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. **facit Nr. 22/23** (Doppelheft) 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21** 1,– DM

„Parteien in der BRD": G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20** 1,– DM

„Leninismus heute": Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a. **facit Nr. 17** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolitstischen Kapitalismus; u. a. **facit Nr. 16** 1,– DM

Juan Diz (KP Spaniens): Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf; René Hermann: Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; H. Heinemann: Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen; M. Maercks: DKP-Student zur Hochschulpolitik; Bernard/Schweicher: Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik; u. a. **facit Nr. 15** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledwohn/A. Nigbur: Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a. **facit Nr. 13/14** 1,– DM

„SDS – Teil der Arbeiterbewegung"; „New York Universitätsimpressionen"; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung"; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution' und einigen ideologischen Implikationen"; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr"; u. a. **facit Nr. 12** 1,– DM

„Karl Marx in Köln in der Revolution von 1948/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie. **facit Nr. 9** 0,50 DM

UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

BESTELLSCHEIN

☐ Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM

☐ Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probeexemplares

1 Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Lehrlinge kostet 13,– DM bei jährlicher Vorauszahlung.

.....
(Unterschrift)

.....
(Name)

.....
(Vorname)

.....
( )(Wohnort)

.....
(Straße u. Hausnummer)

absenden an
Dr. Wenzel-Verlag GmbH
Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12